



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Schlaglichter der Wirtschaftspolitik

Monatsbericht Oktober 2016



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Öffentlichkeitsarbeit
11019 Berlin
www.bmwi.de

Redaktion

Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi)
Redaktionsteam „Schlaglichter der
Wirtschaftspolitik“

Gestaltung und Produktion

PRpetuum GmbH, München

Redaktionsschluss:

28. September 2016

Druck

Bonifatius GmbH, Paderborn

Bildnachweis

Kick Images – Jupiter Images (Titel), BMWi/Maurice Weiss (S. 2),
NI QIN – iStock (S. 5), weyo – Fotolia.com (S. 6), Freepik (S. 10),
Romolo Tavani – Fotolia.com (S. 13), xiaoliangge – Fotolia.com
(S. 14), shantihesse – Fotolia.com (S. 17), Rawpixel.com –
Fotolia.com (S. 18), skyneshar – iStock (S. 20), branislavp –
Fotolia.com (S. 22), apoint – Fotolia.com (S. 24), NicoElNino –
Fotolia.com (S. 26), the-lightwriter – iStock (S. 27), alvarez –
iStock (S. 29), yoh4nn – iStock (S. 33)

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.
Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum
Verkauf bestimmt. Nicht zulässig ist die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen
der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder
Aufkleben von Informationen oder Werbemitteln.



Das Bundesministerium für Wirtschaft und
Energie ist mit dem audit berufundfamilie® für
seine familienfreundliche Personalpolitik
ausgezeichnet worden. Das Zertifikat wird von
der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der
Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, verliehen.



Diese und weitere Broschüren erhalten Sie bei:
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Referat Öffentlichkeitsarbeit
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmwi.de

Zentraler Bestellservice:
Telefon: 030 182722721
Bestellfax: 030 18102722721

Inhalt

Editorial.....	2
I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen.....	4
Auf einen Blick.....	5
Überblick über die wirtschaftliche Lage.....	11
Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch.....	13
Von Bitcoin zum Smart Contract.....	24
Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“.....	29
II. Wirtschaftliche Lage.....	35
Internationale Wirtschaftsentwicklung.....	36
Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.....	38
III. Übersichten und Grafiken.....	49
1. Gesamtwirtschaft.....	50
2. Produzierendes Gewerbe.....	58
3. Privater Konsum.....	66
4. Außenwirtschaft.....	68
5. Arbeitsmarkt.....	70
6. Preise.....	72
7. Monetäre Entwicklung.....	76
Erläuterungen zur Konjunkturanalyse.....	78
Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben.....	80

Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Über viele Jahre mussten wir erleben, was passiert, wenn sich der Staat bei den Investitionen zurückzieht: Straßen werden marode, Brücken gesperrt, Schulgebäude verfallen und Schwimmbäder werden geschlossen.

Es war richtig, dass die Bundesregierung hier entschlossen gegengesteuert hat. Seit 2013 ist kein Ausgabenbereich im Bundeshaushalt stärker gestiegen als die Investitionen. Im kommenden Jahr gibt der Bund 33,3 Milliarden Euro für Investitionen aus – über ein Drittel mehr als zu Beginn der Legislaturperiode. 12,8 Milliarden Euro gehen davon allein in die Verkehrsinfrastruktur. Zudem entlasten wir die Kommunen zwischen 2013 und 2018 um 22 Milliarden Euro und eröffnen ihnen damit dringend benötigte Spielräume für Investitionen. Denn zu einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik gehört eben nicht nur, die Staatsverschuldung zu begrenzen, sondern auch die Grundlage unseres Wohlstandes für kommende Generationen zu bewahren.

Doch nicht nur der Staat, gerade auch die Unternehmen sind gefragt, wenn es um Investitionen geht. Denn Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum hängen wesentlich davon ab, ob sich die Betriebe – vor allem auch mittelständische Unternehmen – in einer immer komplexeren und dynamischeren Umgebung behaupten und neue Geschäftsfelder erschließen können. Deshalb haben wir große Anstrengungen unternommen, um den Unternehmen mehr Rückenwind für die dafür erforderlichen Investitionen zu verschaffen und um Steine aus dem Weg zu räumen. So haben wir die Unternehmen um über zwei Milliarden Euro an Bürokratiekosten entlastet. Um Unternehmensgründungen und Start-ups zu unterstützen, haben wir die bestehenden Förderprogramme erweitert und neue Finanzierungsinstrumente aufgelegt. Am 14. September hat das Bundeskabinett die steuerliche Verlustrechnung beim Anteilseignerwechsel neu geregelt. Gerade junge Unternehmen erhalten jetzt einen besseren Zugang zu privatem Risikokapital, das sie dringend für ihr Wachstum brauchen.

Wesentlicher Impulsgeber war dabei die von mir eingesetzte Expertenkommission „Stärkung von Investitionen in Deutschland“ unter Leitung von Prof. Marcel Fratzscher. Sie hatte im Frühjahr 2015 wegweisende Vorschläge für mehr und bessere Investitionen vorgelegt und hat nun in ihrer Sitzung am 14. September 2016 Bilanz gezogen. Viele ihrer Empfehlungen haben wir aufgegriffen und umgesetzt.

Dennoch: Es bleibt noch vieles tun. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, dass der Bildungsaufstieg für viele Menschen immer noch nur schwer gelingt. Wir brauchen ein inklusiveres und besser finanziertes Bildungssystem, um sozial Schwächere und Migranten besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Deshalb müssen wir genauso entschlossen in Deutschlands sozialen Zusammenhalt investieren. Dazu gehört auch die Abschaffung des Kooperationsverbots, damit Länder und Kommunen in der Bildungsfinanzierung nicht alleingelassen werden, sondern vom Bund wirksam unterstützt werden können.

In der aktuellen Diskussion wird immer wieder die Befürchtung laut, dass zusätzliche staatliche Investitionen den Schuldenabbau verzögern. Aktuelle Studien zeigen jedoch: Das Gegenteil ist der Fall. Gezielte staatliche Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Innovationen sorgen nicht nur für mehr Wachstum und ziehen private Investitionen nach sich. Sondern sie rentieren sich auch für die Staatskasse. Investitionen und Schuldenabbau können so Hand in Hand gehen. Ein Artikel in dieser Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ stellt den Forschungsstand und die Ergebnisse eines aktuellen Kurzgutachtens hierzu vor. Besonders interessant: Investitionen in die Ganztagsbetreuung in Schulen und Kitas erzielen von allen untersuchten Maßnahmen die höchste Rendite – sowohl gesamtwirtschaftlich als auch fiskalisch – und sie amortisieren sich für den Staat schon nach elf Jahren.

Neben den Wachstums- und Haushaltseffekten von Investitionen nimmt diese Ausgabe der „Schlaglichter der Wirtschaftspolitik“ eine der möglichen nächsten großen Innovationen der digitalen Wirtschaft in den Blick, die so genannte „Blockchain-Technologie“. Ihr bekanntestes Anwendungsbeispiel ist die virtuelle Bitcoin-Währung, doch auch darüber hinaus gibt es vielfältige Anwendungsmöglichkeiten. Ebenso berichtet die aktuelle Ausgabe über die Studie „Innovativer Mittelstand 2025“ sowie über weitere aktuelle wirtschaftspolitische Themen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre!

Ihr



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie

I. Wirtschaftspolitische Themen und Analysen

Auf einen Blick

Weichen stellen für die Energiewende: Diskussionsprozess „Strom 2030“ gestartet



Erneuerbare Energien decken heute rund ein Drittel des Bruttostromverbrauchs in Deutschland und leisten einen wichtigen Beitrag auf dem Weg zu einer sicheren, bezahlbaren und klimafreundlichen Energieversorgung. Damit das so bleibt, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im Strombereich in dieser Legislaturperiode wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht – von der Reform des EEG über das Strommarktgesetz bis hin zu dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende.

Die Energiewende schreitet weiter voran: Bis 2050 sollen durch Investitionen in Effizienztechnologien und erneuerbare Energien Treibhausgasemissionen weitgehend vermieden und dabei zugleich die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland gestärkt werden. Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft wirken aber lange nach. Investitionen der 2020er Jahre werden auch das Energiesystem der 2050er Jahre prägen. Deshalb kommt es darauf an, rechtzeitig die richtigen Rahmenbedingungen für die Investitionen in das Energiesystem von morgen zu setzen.

Welche Weichen in den kommenden Jahren gestellt werden müssen, um die Energiewende im Strombereich langfristig kostengünstig zu gestalten, möchte das BMWi in den kommenden Monaten mit der Öffentlichkeit diskutieren. Dazu hat das BMWi vor wenigen Tagen das Impulspapier „Strom 2030 – Langfristige Trends, Aufgaben für die kommenden Jahre“ veröffentlicht.

Auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Studien beschreibt es, wie Wind- und Solarstrom zukünftig zunehmend das Energiesystem prägen, sukzessive zum wichtigsten Energieträger werden und die Stromversorgung dabei sicher und kostengünstig bleiben kann. Dabei wird deutlich, dass zunächst der Energieverbrauch insgesamt deutlich verringert werden muss. Den verbleibenden Energiebedarf decken dann weitestgehend erneuerbare Energien – zunächst über die direkte Nutzung in den Sektoren (z.B. über Solarthermie) und schließlich über die Sektorkopplung. So wird bei deutlich geringerem Gesamtenergiebedarf erneuerbarer Strom, vor allem aus Wind und Sonne, zunehmend auch für Wärme, Verkehr und Industrie eingesetzt.

Damit sich die skizzierten Trends in der Realität einstellen, muss der energiepolitische Rahmen weiterentwickelt werden. Im Zentrum steht dabei die Vollendung des Strommarkts 2.0¹: Ein zunehmend flexibles Stromsystem gleicht Erzeugung und Verbrauch aus und gewährleistet eine sichere und kostengünstige Versorgung mit Strom. Zentral dafür sind gut ausgebaute nationale und europäische Netze, die europaweite Kopplung der nationalen Strommärkte und die Nutzung der Chancen, die die Digitalisierung der Energiewelt bietet. Gleichzeitig muss der Strommarkt zu einem Energiemarkt 2.0 weiterentwickelt werden, in dem effizient eingesetzter erneuerbarer Strom fossile Brennstoffe für Wärme, Mobilität oder Industrieprozesse weitgehend ersetzt. Für diese Entwicklung stellt das Impulspapier verbesserte Wettbewerbsbedingungen für Wind- und Sonnen-

strom im Wärme- und Verkehrsbereich gegenüber fossilen Energieträgern zur Diskussion.

Bis zum 31. Oktober 2016 können Stellungnahmen und Diskussionsbeiträge per E-Mail an strom2030@bmwi.bund.de eingereicht werden. Ein Schlusspapier wird im Jahr 2017 die Ergebnisse des Diskussionsprozesses zusammenfassen.

Kontakt: Laure Kaelble
Referat: Grundsatz Strom, Sektorkopplung Strom, Kraftwerke
und Dr. Steffen Lohmann
Referat: Langfristfragen Stromnetze

Beiratgutachten zu fiskalischer Nachhaltigkeit und Altersarmut



Der Wissenschaftliche Beirat beim BMWi hat am 29. September 2016 sein jüngstes Gutachten mit dem Titel „Nachhaltigkeit in der sozialen Sicherung über 2030 hinaus“ vorgestellt. Im Zentrum des Gutachtens steht die Forderung nach einer langfristig ausgerichteten Sozialpolitik. Eine Vorausschau bis 2030, wie sie bisher im Rahmen des Rentenversicherungsberichtes der Bundesregierung vorgenommen wird, reicht nach Auffassung des Beirats nicht aus, um langfristig zu planen und so eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherung in Deutschland zu gewährleisten.

Die Tragfähigkeitslücke – besonders groß in der Krankenversicherung

Ausgangspunkt der Analyse des Beirats ist die demografische Entwicklung. Die verstärkte Zuwanderung der letzten Jahre sowie ein gewisser Anstieg der Geburtenrate seien zwar neue Entwicklungen, so der Beirat. An dem zunehmenden Missverhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern, das für umlagefinanzierte Sozialsysteme problematisch ist, ändere dies aber wenig. Trotz der weitreichenden

1 Vgl. Weißbuch des BMWi „Ein Strommarkt für die Energiewende“, Juli 2015.

Reformen, die seit dem Jahr 2000 durchgeführt wurden, drohen nach 2030 erhebliche Finanzierungslücken. Ausgehend von der heutigen Rechtslage könne der Gesamtbeitragssatz in der Sozialversicherung von heute knapp 40 Prozent auf 54 Prozent im Jahr 2040 ansteigen. Am größten ist die Tragfähigkeitslücke gemäß den Vorausberechnungen in der gesetzlichen Krankenversicherung. Allein hier gehen die Experten von einem Anstieg der Beitragssätze um mehr als neun Prozentpunkte aus. Aber auch mit Blick auf die gesetzliche Rentenversicherung muss – sofern es nicht zu Anpassungen kommt – schon in den frühen 2030er Jahren mit einem Beitragssatz über der bisher gesetzten Obergrenze von 22 Prozent gerechnet werden.

Wege zu mehr Nachhaltigkeit in der Rentenversicherung

Besonders ausführlich widmet sich der Wissenschaftliche Beirat der gesetzlichen Rentenversicherung. Um die langfristige Tragfähigkeit des Systems zu gewährleisten, schlägt der Beirat vor, die Lebenszeit, die im Zuge der stetig ansteigenden Lebenserwartung hinzugewonnen wird, regelmäßig im Verhältnis 2:1 auf zusätzliche Arbeits- und zusätzliche

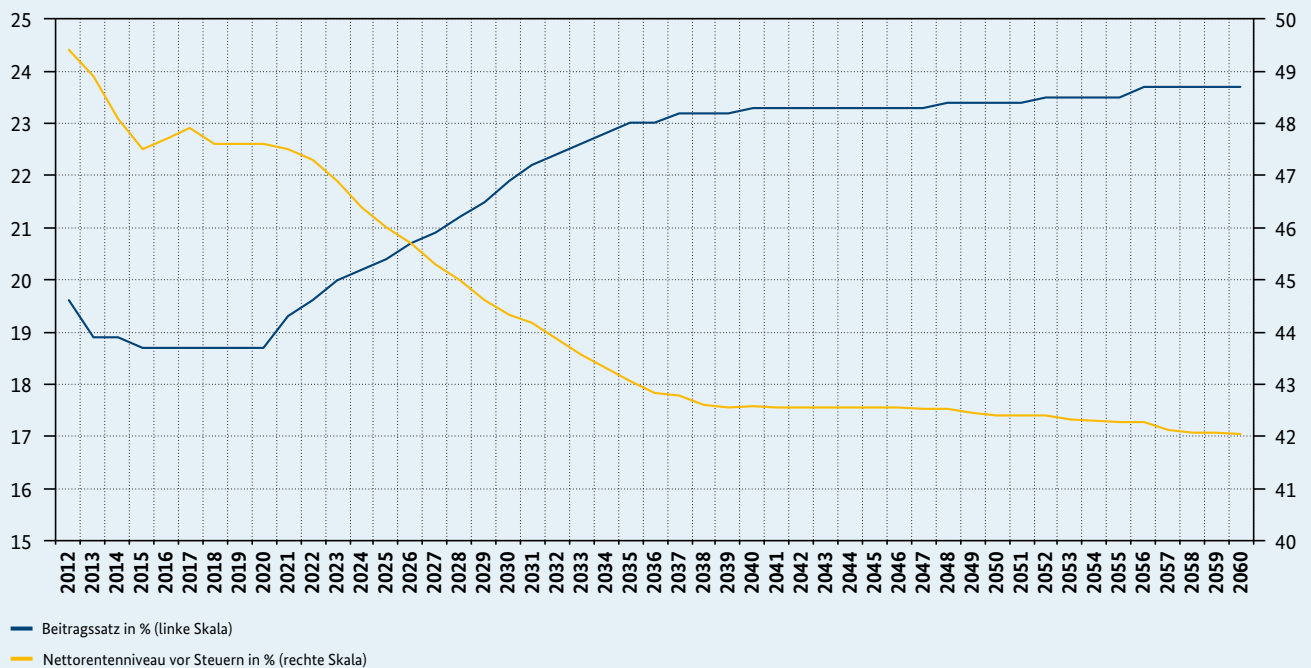
Rentenjahre aufzuteilen. Durch eine derart transparente Formel werde deutlich, dass eine Anhebung der Regelaltersgrenze dennoch mit einer Verlängerung der Rentenbezugszeit einhergeht. Dabei berücksichtigt der Beirat allerdings nicht, dass sich die Lebenserwartung nicht über alle sozialen Gruppen gleich entwickelt.

Eine weitere Erhöhung des Bundeszuschusses zur gesetzlichen Rentenversicherung lehnt der Beirat ab, ebenso wie eine Festschreibung des „Rentenniveaus“ auf einen festen Wert. Der Beirat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Kaufkraft der Renten nicht – wie oft fälschlicherweise angenommen – durch den Nachhaltigkeitsfaktor absolut sinke. Es sei im Gegenteil davon auszugehen, dass die Kaufkraft der Renten 2040 um etwa 30 Prozent höher liegen werde als heute.

Zur Interpretation des „Rentenniveaus“

In der rentenpolitischen Diskussion spielt der Indikator des „Rentenniveaus“ eine zentrale Rolle. Dabei handelt es sich nicht – wie gelegentlich angenommen wird – um einen absoluten Wert. Das „Rentenniveau“

Abbildung 1: Vorausschätzung von Beitragssatz und Sicherungsniveau



Quelle: Bis 2030: Rentenversicherungsbericht 2015. Ab 2030: Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik (2016)

bezeichnet das Verhältnis zwischen der so genannten Standardrente und dem Durchschnittseinkommen der Erwerbstätigen. Solange das reale Durchschnittseinkommen der Versicherten ansteigt, kann ein sinkendes „Rentenniveau“ mit realen Rentenzuwächsen einhergehen. So geht der Wissenschaftliche Beirat in seinem Gutachten davon aus, dass die Kaufkraft der Renten – trotz der bei heutiger Gesetzeslage zu erwartenden Abnahme des Rentenniveaus auf 43 Prozent – weiter ansteigen wird.

Vorschläge zur Vermeidung von Altersarmut

Altersarmut stellt für die Mitglieder des Beirats kein aktuell drängendes sozialpolitisches Problem dar. Angesichts der zunehmenden Zahl betroffener Haushalte, die auch durch eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze zusätzlich ansteigen würde, empfiehlt der Beirat dennoch mehrere konkrete Maßnahmen zur Verringerung künftiger Altersarmut. Dazu gehören großzügigere Erwerbsminderungsrenten für Langzeit-Erwerbsgeminderte, der Wiedereinbezug von Langzeitarbeitslosen in die Rentenversicherung sowie der Einbezug der Soloselbständigen in die Rentenversicherung. Nicht zuletzt spricht sich der Beirat in seinem Gutachten für Freibeträge in der Grundsicherung aus, um eine vollständige Verrechnung privater Vorsorgeleistungen zu verhindern und so die Anreize für eine private Vorsorge zu verbessern.

Mehr Markttransparenz bei Riester-Produkten

Kapitalgedeckte Vorsorgeelemente können die Beitragslasten für die jüngeren Generationen reduzieren. Die Riester-Rente und die betriebliche Altersvorsorge stellen für den Beirat dabei nach wie vor zweckmäßige, aber reformbedürftige Vorsorgeformen dar. Im Gutachten sprechen sich die Experten u. a. dafür aus, bestehende Informationsmängel abzubauen und die Markttransparenz zu erhöhen. Konkret wird empfohlen, die Informationen über die individuellen Rentenansprüchen so zu standardisieren, dass ein Vergleich von gesetzlichen, betrieblichen und privaten Altersvorsorgeansprüchen problemlos möglich ist. Gleichzeitig sollte die Förderberechtigung auf alle Haushalte ausgeweitet und die Zulagenverwaltung vereinfacht werden. Nicht zuletzt sollte es nach Auffassung des Beirats vordefinierte Standardprodukte geben, die eine Verzinsung ungefähr in Höhe des realen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts garantieren.

Für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen

Anknüpfend an frühere Gutachten plädiert der Beirat für eine Stärkung des Wettbewerbs sowohl zwischen den Krankenkassen als auch zwischen den Leistungserbringern. Hierzu gelte es u. a. die Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern zu stärken.

Kontakt: Johannes Vatter

Referat: Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitische Termine des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Oktober 2016	
06.10.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (August)
07.10.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (August)
10./11.10.	Eurogruppe/ECOFIN
12.10.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
20./21.10.	Europäischer Rat
Ende Oktober 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
November 2016	
07./08.11.	Eurogruppe/ECOFIN
07.11.	Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (September)
08.11.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (September)
11.11.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
11.11.	Handelsministerrat
16.11.	ECOFIN und Kohäsionsrat
21.11.	vrs. Eurogruppe
28.11.	Wettbewerbsfähigkeitsrat/Industrie
Ende November 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)
Dezember 2016	
02.12.	TTE-Rat (Telekommunikation)
05.12.	TTE-Rat (Energie)
05.12.	Eurogruppe
06.12.	ECOFIN; Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe (Oktober)
07.12.	Produktion im Produzierenden Gewerbe (Oktober)
12.12.	Pressemeldung zur wirtschaftlichen Lage
15./16.12.	Europäischer Rat
Ende Dezember 2016	Schlaglichter (Newsletter und Veröffentlichung auf Website)

In eigener Sache: Die „Schlaglichter“ als E-Mail-Abonnement

Der Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ist nicht nur als Druckexemplar, sondern auch im Online-Abo als elektronischer Newsletter verfügbar. Sie können ihn unter der nachstehenden Internet-Adresse bestellen:
www.bmwi.de/DE/Service/abo-service.html



Darüber hinaus können auf der Homepage des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie auch einzelne Ausgaben des Monatsberichts sowie Beiträge aus älteren Ausgaben online gelesen werden:
www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht.html

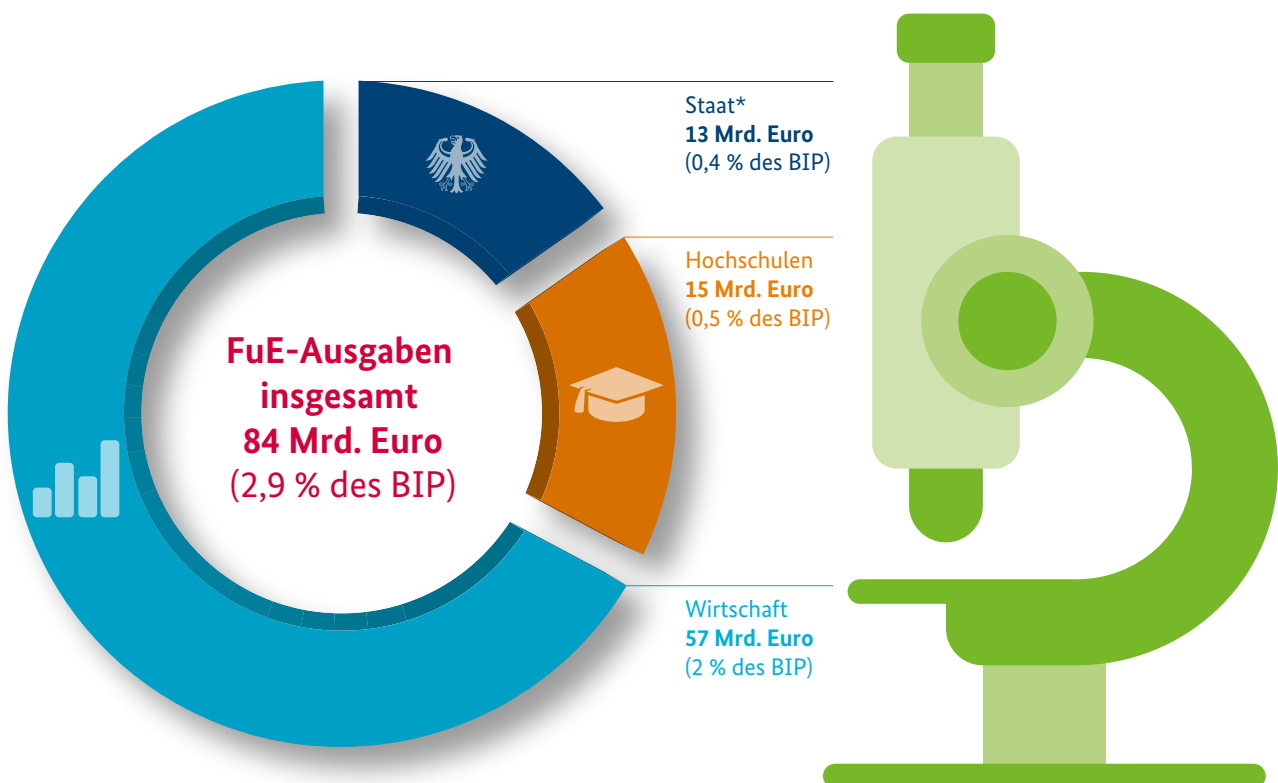


Grafik des Monats

Forschung und Entwicklung ...

... schaffen die Basis für die hohe Innovationskraft der deutschen Volkswirtschaft und sichern langfristig Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze. Forschung und Entwicklung finden in Deutschland zum weit überwiegenden Teil in den Unternehmen statt – insbesondere in der Industrie. Mit fast 57 Milliarden Euro wurden im Jahr 2014 etwa zwei Drittel der gesamten Ausgaben für Forschung und Entwicklung von deutschen Unternehmen getätigt. Dies entspricht etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das restliche Drittel teilte sich nahezu gleichmäßig auf Hochschulen (rund 15 Milliarden Euro oder 0,5 Prozent des BIP) und staatliche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (rund 13 Milliarden Euro oder 0,4 Prozent des BIP) auf. Insgesamt sind in Deutschland – umgerechnet auf Vollzeitstellen – mehr als 600.000 Beschäftigte im Bereich Forschung und Entwicklung tätig, wovon wiederum der Großteil in deutschen Unternehmen arbeitet.

Verteilung der FuE-Ausgaben in Deutschland (2014)



* Staat: Darunter fallen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie öffentlich geförderte private Einrichtungen ohne Erwerbszweck. Unter anderen gehören hierzu die Helmholtz-Zentren, die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft, die Institute der Max-Planck-Gesellschaft, die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft oder die Akademien der Wissenschaften.

Überblick über die wirtschaftliche Lage

- ▶ Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft bleibt solide, das Wachstumstempo wird im zweiten Halbjahr aber niedriger ausfallen als im ersten Halbjahr.
- ▶ Das außenwirtschaftliche Umfeld bleibt schwierig. Hierzu trägt unter anderem die Brexit-Entscheidung bei. Starke positive Impulse für die deutschen Exporte sind daher derzeit rar.
- ▶ Die Nachfrage nach Industrieprodukten, die industriellen Umsätze und die Produktion entwickeln sich gegenwärtig tendenziell schwächer. Die Bauwirtschaft befindet sich demgegenüber im Aufwind.
- ▶ Angesichts der erneut positiven Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung bleibt der private Konsum weiterhin das Fundament einer soliden Konjunktur.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Expansionskurs.¹ Nach der relativ starken Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2016 schlägt sie nunmehr im zweiten Halbjahr eine etwas ruhigere Gangart ein. Im ersten Halbjahr wurde die gesamtwirtschaftliche Leistung gegenüber dem zweiten Halbjahr 2015 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,1% erhöht.² Überdurchschnittlich trugen hierzu das Baugewerbe, die Unternehmens- und die öffentlichen Dienstleister bei. Neben dem milden Winter dürften hierbei vor allem die zusätzlichen Aktivitäten zur Bewältigung der Zuwanderung der Flüchtlinge maßgeblich gewesen sein. Die Impulse hieraus werden im zweiten Halbjahr geringer ausfallen. Damit wird das nach wie vor schwierige außenwirtschaftliche Umfeld, einschließlich der erhöhten Unsicherheit durch die Brexit-Entscheidung, wieder prägender für die deutsche Wirtschaft. Allerdings sind wichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte nach wie vor intakt. So signalisiert das Geschäftsklima für die Dienstleistungsbereiche eine Fortsetzung des Aufschwungs und auch der Bausektor steht bei bereits hoch ausgelasteten Kapazitäten einer wachsenden Nachfrage gegenüber. Dagegen hat sich das Geschäftsklima im

Verarbeitenden Gewerbe, auch wenn es weiterhin gut ist, zuletzt eingetrübt. Die zögerliche Nachfrage aus dem In- und Ausland wirkt sich auf die Produktionsdispositionen, aber auch auf die Investitionen der Unternehmen aus. Die deutsche Wirtschaft wird daher mit einem moderaten Tempo expandieren.

Das globale Wachstum bleibt verhalten. Gemessen an der Industrieproduktion hat sich die globale Aktivität nach dem schwachen Winterhalbjahr aber im Verlauf des laufenden Jahres ausgehend von den Schwellenländern Asiens etwas belebt. Insgesamt dürfte das diesjährige Weltwirtschaftswachstum aber kaum höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Für dieses Jahr geht der Internationale Währungsfonds gemäß seiner im Juli veröffentlichten Prognose von einem Anstieg des globalen BIP von 3,1% und im Folgejahr von 3,4% aus. In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur nach dem schwachen Winterhalbjahr im zweiten Quartal etwas angezogen. Im Eurogebiet verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Quartal leicht auf 0,3%. In Japan fiel das Wachstumstempo nach einer Beschleunigung im ersten Quartal wieder zurück. Die Wirtschaft im Vereinigten Königreich scheint sich nach der Brexit-Entscheidung robuster zu entwickeln als zunächst erwartet. Im Vergleich zu anderen Schwellenländern verzeichnet China weiterhin ein deutliches Wachstum, das sich aber tendenziell etwas verlangsamt. Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien sind weiterhin durch die relativ niedrigen Rohstoffpreise beeinträchtigt. Insgesamt wurden die Wachstumserwartungen für die deutschen Absatzmärkte daher in den letzten Monaten nach unten korrigiert. Die Abwärtsrisiken im außenwirtschaftlichen Umfeld haben sich auch durch die Brexit-Entscheidung erhöht.

Vor diesem Hintergrund wurden im Juli saisonbereinigt 3,6% weniger Waren und Dienstleistungen ausgeführt als im Vormonat. Die nominalen Einfuhren an Waren und Dienstleistungen nahmen um 2,5% ab. Damit ergab sich im Juli insgesamt erneut ein positiver Saldo von Waren und Dienstleistungen (einschließlich Ergänzungen zum Außenhandel) in Höhe von 16,8 Mrd. Euro. Der Leistungsbilanzsaldo lag nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank mit 18,6 Mrd. Euro um 6,7 Mrd. Euro deutlich unter dem Vorjahreswert. Der Rückgang der Warenausfuhren vollzog sich vor allem gegenüber den Ländern außerhalb der Euro-

1 In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2016 vorlagen.

2 Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsdaten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

päischen Union. Alles in allem sind nicht zuletzt aufgrund der außenwirtschaftlichen Risiken für die deutschen Exporte derzeit keine starken positiven Impulse erkennbar.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe entwickelt sich gegenwärtig wenig dynamisch. Im Juli fiel die Erzeugung um 1,5% geringer aus als im Vormonat. Während die Bauleistung nach einer erwarteten ruhigen Frühjahrsbelegung wieder um 1,8% ausgeweitet wurde, ging die Industrieproduktion recht deutlich um 2,3% zurück. Die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes sowohl im In- als auch im Ausland schwächten sich in den vergangenen drei Berichtsmonaten ab. Vor diesem Hintergrund haben sich die Produzenten zunächst einmal abwartend verhalten. So lag die Industrieproduktion im Juli für Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter unter dem Produktionsniveau des zweiten Quartals. Die sich eher seitwärts bewegende Entwicklung der Bestellungen und das etwas eingetrübte Geschäftsklima weisen gegenwärtig auch nicht auf eine durchgreifende Belegung in der nächsten Zeit hin. Für die Bauwirtschaft deutet sich demgegenüber ein kräftiger Aufschwung an. Die Auftragseingänge lagen in den vergangenen drei Monaten etwa 18% über dem Niveau vor einem Jahr und die Zahl der Baugenehmigungen sogar um rund 30% höher.

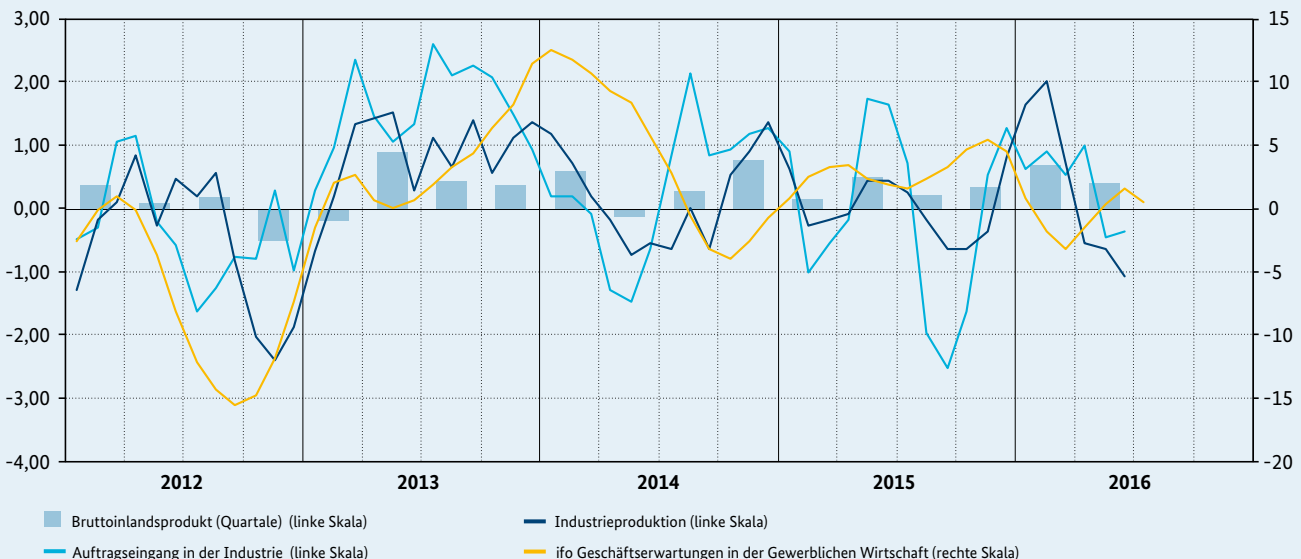
Der private Konsum hat auch im zweiten Quartal zum Wirtschaftswachstum beigetragen, wenn auch weniger stark als im ersten. Angesichts der positiven Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung wird er auch weiterhin das

Fundament für eine solide Konjunktur bilden. Die Umsätze im Einzelhandel sind im Juli mit einem Anstieg von 0,6% im Vergleich zum Vormonat gut ins dritte Quartal gestartet. Die zuletzt recht volatilen Umsätze im Kfz-Handel waren jedoch im zweiten Quartal hinter dem starken Vorquartalsergebnis zurückgeblieben. Die Kauflaune unter den Verbrauchern ist dagegen ungebremst. Dies zeigt sich auch im GfK-Konsumklima. Der Indikator erreichte zuletzt wieder den Höchststand vom letzten Sommer.

Die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes hält an. Die Zahl der Erwerbstätigen erhöhte sich im Juli um 1,2% gegenüber dem Vorjahresmonat und stieg auf eine neue Rekordmarke von über 43,7 Mio. Personen. Saisonbereinigt waren 39.000 Personen mehr beschäftigt als im Juni. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist vor allem auf die in der Tendenz kräftig steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Die registrierte Arbeitslosigkeit nahm im August aufgrund der Sommerferien leicht auf 2,68 Mio. Personen zu, saisonbereinigt setzt sich aber ihr Abbau fort. Hierzu trugen allerdings auch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei. Die Unterbeschäftigung stieg daher nicht zuletzt mit der zunehmenden Zahl anerkannter Asylbewerber weiter an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt auf einem sehr hohen Niveau. Die Frühindikatoren senden weiter zuversichtliche Signale für den Arbeitsmarkt. Die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt damit der Motor für den soliden Expansionskurs der deutschen Wirtschaft.

Konjunktur auf einen Blick*

Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt, Produktion und Auftragseingang in der Industrie sowie ifo Geschäftserwartungen



* zentrierte gleitende 3-Monatsdurchschnitte bzw. Quartale, saisonbereinigt, Veränderungen gegenüber Vorperiode in v. H. bzw. Salden bei ifo

Quellen: StBA, BBk, ifo Institut

Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch

Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Effekte öffentlicher Investitionen

Angesichts der relativ schwachen Entwicklung der privaten und öffentlichen Investitionen in Deutschland und der auf absehbare Zeit günstigen Finanzierungsbedingungen erfährt die Debatte um höhere öffentliche Investitionen neuen Schwung. Investitionen in Infrastruktur, Bildung sowie Forschung und Entwicklung können nicht nur die kurz- und langfristigen Wachstumsperspektiven eines Landes verbessern. Zahlreiche empirische Studien lassen den Schluss zu, dass sie sich infolge der Wachstums- und Beschäftigungseffekte mittel- bis langfristig auch für die Staatskasse rentieren können. Allerdings fehlte es bislang an Studien, die in einem umfassenden, konsistenten Ansatz verschiedene Politikalternativen miteinander vergleichen. Ein aktuelles Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie versucht, diese Lücke zu schließen.



Zusammenfassung

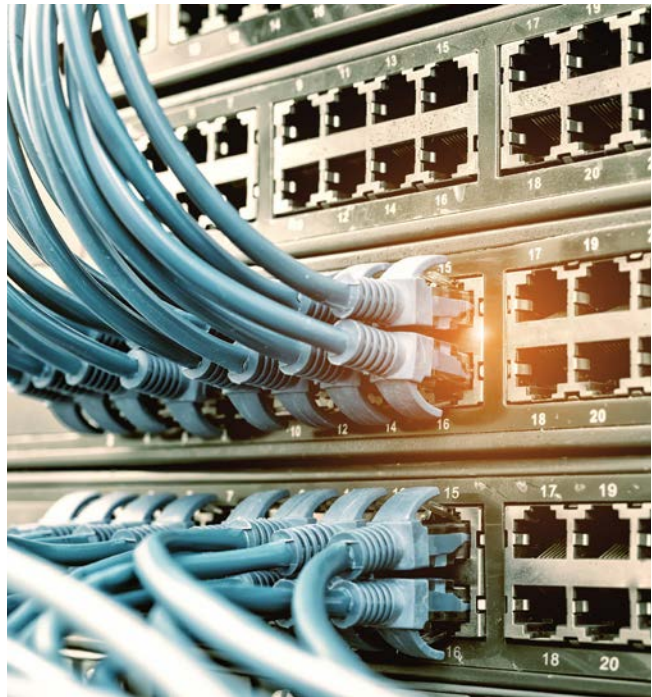
Experten fordern immer wieder höhere öffentliche Investitionen vor allem in die Infrastruktur, in Bildung sowie in Forschung und Entwicklung (F&E).¹ Die Frage, welche Art von öffentlichen Investitionen die größten gesamtwirtschaftlichen Effekte hervorruft, ist bei der Abwägung unterschiedlicher Politikalternativen von großer Bedeutung. Allerdings beschränken sich vorliegende Studien in aller Regel auf einzelne Politikmaßnahmen und weisen zudem je nach verwendeter Methodik, untersuchten Ländern und Beobachtungszeiträumen deutlich unterschiedliche Ergebnisse aus.

Ein Überblick über wissenschaftliche Studien zeigt aber grundsätzlich: Öffentliche Investitionen etwa in die (Verkehrs-)Infrastruktur, die schulische und frühkindliche Bildung sowie F&E schaffen nicht nur einen kurzfristigen Nachfrageeffekt. Bedarfsorientierte, effizient umgesetzte öffentliche Investitionen können dauerhaft die Wirtschaftsleistung und damit die Einnahmenbasis des öffentlichen Haushalts stärken. Selbst kreditfinanzierte Investitionen können sich – gerade vor dem Hintergrund der derzeit niedrigen Zinsen – somit langfristig für den Staatshaushalt lohnen. Sie stellen dann, anders als vielfach behauptet, kein Risiko für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen dar.

1 Prominente Beispiele sind der Bericht der so genannten Fratzscher-Kommission („Stärkung von Investitionen in Deutschland – Bericht der Expertenkommission im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel“, 2015) sowie der Bericht von Henrik Enderlein und Jean Pisani-Ferry („Reformen, Investitionen und Wachstum: Eine Agenda für Frankreich, Deutschland und Europa“, 2014).

Auf Basis der Erkenntnisse aus empirischen Studien lassen sich folgende erste grobe Rentabilitätsaussagen für öffentliche Investitionen treffen:

- ▶ Eine Investition in Höhe von einer Milliarde Euro in die Verkehrsinfrastruktur mit einer Nutzungsdauer von 30 Jahren könnte das BIP um durchschnittlich rund 155 Millionen Euro pro Jahr erhöhen. Die gesamtwirtschaftliche jährliche Rendite (Wirkung auf das BIP) betrüge rund 22 Prozent, die fiskalische Rendite (Wirkung auf Einnahmen aus Steuern und Sozialabgaben) rund sechs Prozent.
- ▶ Auch Investitionen in den Breitbandausbau können laut Studien signifikante Wachstumseffekte auslösen. Aussagen zu gesamtwirtschaftlichen oder fiskalischen Renditen lassen die vorliegenden Untersuchungen jedoch bislang nicht zu.
- ▶ Private und öffentliche Investitionen in Bildung können vor allem in der langen Frist große Einkommenseffekte erzeugen und lohnen sich dann im Sinne der o.g. Selbstfinanzierung auch für den Staatshaushalt. Die fiskalische Rendite eines höheren Bildungsniveaus – jeweils in Relation zum nächstniedrigeren Abschluss – ist laut verschiedenen Studien hoch. Im Bereich tertiärer Bildung (Hochschulen) liegt sie zwischen fünf und zehn Prozent, die Renditen der höheren Sekundarbildung sowie der Berufsausbildung werden deutlich höher geschätzt (auf 15 Prozent bis 25 Prozent). Bildungsinvestitionen entfalten langfristig auch deutliche BIP-Wirkungen, die gesamtwirtschaftliche Rendite ist hoch.
- ▶ Auch private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) können das Wachstum ankurbeln. So könnte eine Erhöhung der F&E-Ausgaben um eine Milliarde Euro das BIP in den folgenden zehn Jahren um durchschnittlich 350 Millionen Euro pro Jahr erhöhen, dabei im ersten Jahr um 630 Millionen Euro. Die gesamtwirtschaftliche jährliche Rendite betrüge dann rund 50 Prozent, die fiskalische Rendite rund 8,5 Prozent.



Diese Wirkungsabschätzungen auf Basis vorliegender empirischer Studien beruhen auf teilweise sehr unterschiedlichen Abgrenzungen öffentlicher Investitionsbereiche und Messkonzepten für die ökonomischen Effekte. Sie sind somit nicht auf einzelne konkrete Investitionsvorhaben übertragbar. Für genauere Abschätzungen müssten auch die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und in Europa explizit in die Analyse einbezogen werden.

Bisher fehlte es an Studien, die in einem umfassenden, konsistenten Ansatz verschiedene Politikalternativen miteinander vergleichen.² Eine klare Effizienz-Rangfolge einzelner Investitionsbereiche lässt sich somit nicht ableiten. Das BMWi hat daher ein Gutachten vergeben, welches anhand eines gesamtwirtschaftlichen Simulationsmodells in einem konsistenten Rahmen öffentliche Investitionen in die Verkehrs- bzw. digitale Infrastruktur, in Ganztagschulen und in die Ganztagsbetreuung in Kitas sowie in Hochschulen miteinander vergleicht.³ Die Simulationen bestätig-

2 Zu Politikalternativen gehören auch Steuersenkungen – allerdings liegen uns keine Studien vor, die einen Vergleich der Effekte von Steuersenkungen zu den hier diskutierten Investitionsvorhaben in der langen Frist zulassen. Einige Studien stellen für Investitionsvorhaben in der kurzen Frist höhere gesamtwirtschaftliche Wirkungen fest als für Steuersenkungen. Siehe z. B. Batini, Nicoletta; Eyraud, Luc; Forni, Lorenzo und Anke Weber (2014) – Fiscal Multipliers: Size, Determinants, and Use in Macroeconomic Projections, IMF Technical Notes and Manuals.

3 Dabei handelt es sich um ein mikrofundiertes, dynamisches stochastisches allgemeines Gleichgewichtsmodell (DSGE-Modell). Krebs, T. und M. Scheffel (2016) – Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland, Studie im Auftrag des BMWi. Die Studie finden Sie hier: www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=781222.html

gen, dass Investitionen in diesen Bereichen sich über höheres Wachstum, steigende Beschäftigung und höhere Staatseinnahmen mittel- bis langfristig selbst finanzieren und damit fiskalisch nachhaltig sind. Vor allem Investitionen in Schulen und Kitas generieren mit 14 Prozent pro Jahr die höchste fiskalische Rendite. Sie amortisieren sich bereits nach elf Jahren. Auch die Renditen von Investitionen in die Infrastruktur und Hochschulen übersteigen die Refinanzierungskosten des Staates deutlich.

Festzuhalten ist jedoch, dass öffentliche Investitionen und die damit verbundenen Wachstums- und Fiskaleffekte für den Staat sich nicht beliebig ausweiten lassen (so genannter abnehmender Grenzertrag). So könnten massive Erhöhungen staatlicher Investitionen die Verwaltungskapazität des Staates und – im Falle von Infrastrukturinvestitionen – die Produktionskapazitäten der Unternehmen überfordern, über steigende Verschuldung zu höheren Finanzierungskosten führen und das Reservoir guter Investitionsprojekte erschöpfen. Innerhalb der Spielräume der europäischen und deutschen Fiskalregeln (und vermutlich auch darüber hinaus) sind die genannten gesamtwirtschaftlichen und staatlichen Effekte bei einer klugen Auswahl von Investitionen jedoch durchaus realistisch.

Die langfristigen Wachstumseffekte staatlicher Investitionen in ausgewählten Bereichen

Der überwiegende Teil der empirischen Literatur zeigt, dass Investitionen in den öffentlichen Kapitalstock das gesamtwirtschaftliche Potenzialwachstum mittel- und langfristig erhöhen. Die Ergebnisse dieser Studien sind aber nicht ohne weiteres auf ein bestimmtes Investitionsvorhaben übertragbar.

Zum einen üben die makroökonomischen Rahmenbedingungen einen Einfluss auf die gesamtwirtschaftlichen Effekte von Investitionen aus. Nach einem aktuellen Arbeitspapier des IWF⁴ ist der Wachstumseffekt umso größer

- ▶ je schlechter die konjunkturelle Lage ist,
- ▶ wenn die Zentralbank als Reaktion nicht die Zinsen erhöht,
- ▶ je effizienter die staatlichen Investitionen sind,
- ▶ wenn die staatlichen Investitionen durch neue Schulden (und nicht durch Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen oder Steuererhöhungen) finanziert werden.

Zum anderen weisen auch die Studien je nach verwendeter Methodik, untersuchten Ländern und Beobachtungszeiträumen unterschiedliche Ergebnisse aus. Die Autoren einer vom ifo-Institut veröffentlichten Untersuchung⁵ verwenden daher das Konzept der Meta-Studie – einer statistischen Auswertung der Ergebnisse einer Vielzahl an (heterogenen) Forschungsarbeiten zu einem Themenkomplex. Aus 76 empirischen Untersuchungen für diverse Bereiche öffentlicher Investitionen (u. a. Straßen, Schienen, Krankenhäuser, Schulen sowie andere öffentliche Gebäude) ermitteln sie als Kenngröße für den Wachstumseffekt eine mittlere Output-Elastizität von 0,081. Diese gibt an, um wie viel Prozent das BIP ansteigt, wenn man einen Produktionsfaktor (hier: den öffentlichen Kapitalstock) um einen Prozentpunkt erhöht. Das hieße für Deutschland, dass staatliche Infrastrukturinvestitionen in Höhe von einer Milliarde Euro das BIP um durchschnittlich 130 Millionen Euro pro Jahr erhöhen würden, wenn man eine Nutzungsdauer von 30 Jahren unterstellt.⁶ Die jährliche gesamtwirtschaftliche (Wachstums-)Rendite betrage rund 17 Prozent, die fiskalische Rendite betrage knapp vier Prozent (siehe Kasten).

4 Abiad, Abdul; Furceri, Davide; Topalova, Petia (2015) – The Macroeconomic Effects of Public Investment: Evidence from Advanced Economies; IMF Working Paper 15/95.

5 Bom, Pedro und Jenny Lighthart (2008) – How productive is public capital – a meta-analysis, CESifo Working Paper No. 2206.

6 Unsere Berechnung folgt RWI (2010) – Verkehrsinfrastrukturinvestitionen – Wachstumsaspekte im Rahmen einer gestaltenden Finanzpolitik, Endbericht Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, S. 128; Annahmen: Bestand an Sachanlagen des Staates 2014: 1.248 Mrd. Euro (Destatis (2015) – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Anlagevermögen nach Sektoren 2014), BIP: 2.916 Mrd. Euro; geometrisch progressive Abschreibungen über 30 Jahre, d. h. der Nutzen der Investition nimmt in den ersten Jahren langsam ab, die Abnutzung beschleunigt sich aber mit zunehmenden Alter des Investitionsobjektes. Die Berechnung stützt sich auf die langfristigen Wachstumseffekte einer Infrastrukturinvestition. Die kurzfristigen Nachfrageeffekte dürften hierbei höher ausfallen.

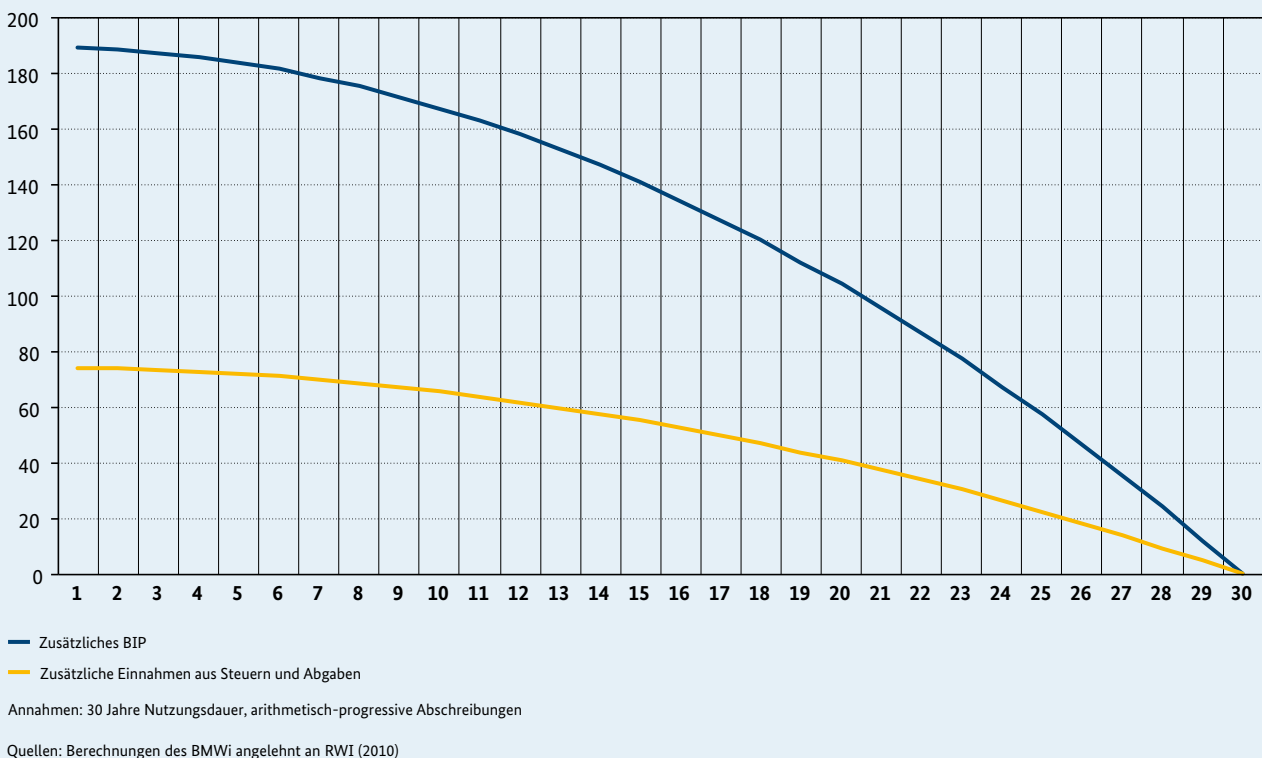
Gesamtwirtschaftliche und fiskalische Renditen einer Infrastrukturinvestition

In diesem Artikel verwenden wir zur Beurteilung der Renditen den so genannten internen Zinsfuß. Dieser gibt denjenigen Zinssatz an, mit dem künftige Nettoerträge diskontiert werden müssen, damit der Gegenwartswert der Investition null entspricht. Beispiel: Zur Ermittlung der **gesamtwirtschaftlichen Rendite** anhand der oben genannten Meta-Studie wird die Anfangsinvestition (hier: eine Milliarde Euro) in Bezug zu den daraus resultierenden BIP-Erhöhungen in den Folgejahren gesetzt (siehe Abbildung 1). Zur Ermittlung der **fiskalischen Rendite** werden aus den BIP-Erträgen zunächst die zusätzlichen Einnahmen aus Steuern und Abgaben (mit Hilfe der Steuer- und Abgabenquote) errechnet.

Ist die fiskalische Rendite höher als der Finanzierungszins des Staates, ist die Investition aus fiskalischer Sicht wirtschaftlich.

Eine Priorisierung verschiedener Investitionsvorhaben ist auf Basis der internen Zinsfußmethode allerdings nur eingeschränkt möglich.

Abbildung 1: Effekte auf BIP und Staatseinnahmen pro Jahr bei einer Investition von 1 Mrd. Euro (in Mio. Euro)



Für eine Priorisierung einzelner staatlicher Investitionen wäre es wünschenswert, eine Abstufung nach der jeweils zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen (sozialen) Rendite – hier die höchste investitionsinduzierte Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – vornehmen zu können. Studien, die die Wachstumswirkungen einzelner Bereiche staatlicher Investitionen umfassend miteinander vergleichen, liegen allerdings nicht vor.

Es gibt aber Studien, die sich auf einzelne Bereiche, wie etwa (Verkehrs-)Infrastruktur-, Bildungs- oder Forschungsinvestitionen konzentrieren. Aufgrund von Unterschieden hinsichtlich der Methodik, der untersuchten Länder sowie des betrachteten Zeitraums erlauben diese Studien zwar nicht die Erstellung einer Effizienz-Rangordnung, geben aber einen Eindruck, inwieweit staatliche Investitionen auf Wachstum und Beschäftigung wirken – mit anderen Worten, ob sie sich rentieren.

Investitionen in die (Verkehrs-)Infrastruktur

Verbesserungen bei der Verkehrsinfrastruktur können eine Volkswirtschaft über verschiedene Kanäle beeinflussen. Transport-, Produktions- und Distributionskosten sinken und tragen zu einer höheren Wettbewerbsintensität und Produktivität bei.

Die positiven Wachstumswirkungen von Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind empirisch relativ gut belegt, wenngleich sich eine gewisse Streuung hinsichtlich der genauen Höhe ergibt. Zudem sind Studien mit Fokus auf Deutschland recht selten.

Laut einer Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) für das Bundesfinanzministerium aus dem Jahr 2010 haben Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland positive Konjunkturergebnisse in der kurzen Frist und steigern auch langfristig das Wirtschaftswachstum. Auf Basis der Ergebnisse des RWI erhöht eine Investition in die Verkehrsinfrastruktur von einer Milliarde Euro das BIP um durchschnittlich rund 155 Millionen Euro pro Jahr, wenn eine Nutzungsdauer von 30 Jahren unterstellt wird. Dies impliziert eine gesamtwirtschaftliche Rendite der Investition von rund 22 Prozent. Die Investition ist also aus Sicht des Staates im Sinne der Erhöhung des BIP rentabel. Dies gilt auch für den Staatshaushalt: Die fiskalische Rendite beträgt rund sechs Prozent.

Es ist anzunehmen, dass die Wachstumswirkung mit dem Bestand und der Qualität der Verkehrsinfrastruktur variiert und auch hier das Gesetz abnehmender Grenzerträge eine Rolle spielt. Es ist daher zielführend, Infrastrukturprojekte mit einer möglichst hohen Nutzen-Kosten-Relation auszuwählen. In der Praxis liegen beispielsweise der Auswahl von Projekten im Bundesverkehrswegeplan solche Nutzen-Kosten-Analysen von Verkehrsprojekten zu Grunde. Dabei geht es jedoch nicht um die Abschätzung von Wachstums- und Produktivitätseffekten, sondern um ein anderes Konzept zur Messung wirtschaftlichen Nutzens („Wohlfahrts-



effekte“). So werden bei einer Investitionsentscheidung die Vorteile einer Investitionsentscheidung (z. B. kurze Reise- und Transportzeiten, geringere Abgasemissionen durch die Vermeidung von Staus) monetär bewertet und den Kosten dieser Maßnahme gegenübergestellt.

Neben der Verkehrsinfrastruktur können auch Investitionen in die Breitbandinfrastruktur und -nutzung spürbare Wachstumswirkungen entfalten. Die wenigen verfügbaren Studien kommen zu hohen positiven Effekten, die sich aber zwischen den Studien erheblich unterscheiden. So erwarten die Autoren einer vom ifo-Institut veröffentlichten Studie⁷, dass eine Erhöhung der Breitbandpenetration (also des Anteils der Bevölkerung, der Breitbandzugang nutzt) um zehn Prozentpunkte zu einem zusätzlichen Pro-Kopf-Wachstum von 0,9 bis 1,5 Prozentpunkten führt. Andere Autoren schätzen den Effekt auf lediglich rund einen viertel Prozentpunkt.⁸ Jegliche Schätzung der Wachstumswirkungen des Breitbandausbaus unterliegt aber hohen Unsicherheiten.⁹

7 Czernich, Nina; Falck, Oliver; Kretschmer, Tobias; Woessmann, Ludger (2009) – Broadband Infrastructure and Economic Growth, CESifo Working Paper No. 2861. Das Papier wurde mit Unterstützung der Deutschen Telekom erstellt.

8 Für eine Übersicht siehe: ITU (2012) – Impact of broadband on the economy – research to date and policy issues.

9 Die Gründe sind vielfältig: Insbesondere differenzieren Studien in der Regel nicht zwischen Breitbandgeschwindigkeiten. Da es sich zudem um eine vergleichsweise „junge“ Infrastruktur handelt, liegen außerdem keine langfristigen Zeitreihendaten vor. Durch den rapiden technologischen Wandel und den sich verändernden Umfang an digitalen Dienstleistungen dürfte sich zudem die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Breitbandausbau laufend verändern. Verschiedene Wirkungskanäle sind außerdem nicht statistisch messbar. Ein Nutzen ergibt sich beispielsweise aus einem besseren Zugang zu Informationen, Bildung, Unterhaltung/Kultur und Dienstleistungen.

Investitionen in Bildung

Ausgaben für Bildung (Investitionen und Personalausgaben) haben ebenfalls deutlich positive Effekte, wirken allerdings erst mit großer Verzögerung auf Wachstum und Volkseinkommen. Die größten Effekte zeigen sich in der Regel erst, wenn die Menschen erwerbstätig werden. Dafür erstrecken sich die Erträge über einen langen Zeitraum, was zu einem gewissen Grad ihre hohe Rentabilität erklärt. Das gilt sowohl für die schulische, berufliche und universitäre Bildung als auch für die frühkindliche Bildung.

In der empirischen Forschung werden zumeist die Bildungsrenditen privater Ausgaben geschätzt, die das Kosten-Nutzen-Verhältnis einer Bildungs-„Investition“ auf individueller Ebene erfassen. Für Deutschland liegen diese zwischen rund fünf und zehn Prozent.¹⁰ Entscheidender bei der Beurteilung von öffentlichen Investitionen sind jedoch – wie auch bei Verkehrs- und Breitbandinvestitionen – die fiskalischen und gesamtwirtschaftlichen Renditen, die öffentliche Ausgaben im Bildungsbereich mit sich bringen.

Bei den **fiskalischen Bildungsrenditen** stehen den direkten Bildungsausgaben auf der Kostenseite die bildungsinduzierten Zuwächse an Steuern und Sozialbeiträgen bzw. die Einsparungen an staatlichen Transfers (für z. B. Arbeitslosigkeit, Gesundheit) auf der Nutzenseite gegenüber. In empirischen Untersuchungen fallen die Renditen je nach gesetzten Annahmen deutlich unterschiedlich aus, sie sind aber insgesamt recht hoch. Unter Einbeziehung der gesamten Einkommensverteilung in Deutschland schätzt das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) die fiskalische Rendite eines Studiums auf 5,7 Prozent pro Jahr.¹¹ Vergleichspunkt ist dabei eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Autoren weisen z. B. darauf hin, dass die Bildungsrenditen im Hochschulbereich nach Fächergruppen sehr stark variieren. Medizinische Studiengänge sind beispielsweise so ausgabenintensiv, dass eine spätere Gegenfinanzierung durch Steuereinnahmen, selbst bei hohem Einkommen, nur unzureichend erfolgt.



Die Rendite einer Berufsausbildung ist mit durchschnittlich 23,5 Prozent sogar deutlich höher. Vergleichspunkt ist hier allerdings die Alternative weder Berufsausbildung noch Studium. Diese hohen Ausbildungsrenditen lassen sich vor allem durch die hohen Einsparungen von Transferleistungen bei Ausbildungsabschluss sowie die Tatsache, dass die Ausbildung den Staat vergleichsweise wenig kostet, erklären. Ähnliche Berechnungen werden von der OECD erstellt. Demnach weist Deutschland im OECD-Vergleich in der Sekundarbildung II mit 15 Prozent für Männer bzw. 16,4 Prozent für Frauen eine überdurchschnittliche jährliche Bildungsrendite auf. Für eine Tertiärbildung (Hochschulbildung) liegt die fiskalische Rendite mit 8,7 Prozent pro Jahr für Männer bzw. 4,5 Prozent für Frauen unterhalb des OECD-Durchschnitts von 10,6 Prozent bzw. 8,6 Prozent.¹² Eine weitere Studie¹³ findet ähnlich hohe fiskalische Bildungsrenditen für Deutschland, die je nach Abschluss und Geschlecht zwischen fünf Prozent und 18 Prozent pro Jahr schwanken.

10 OECD (2015) – Education at a Glance 2015: OECD Indicators, OECD Publishing; Buschle N. und C. Haider (2013) – Über den Nutzen der Bildung – Ansätze zur Berechnung von Bildungsrenditen, Wirtschaft und Statistik, November 2013, Wiesbaden.

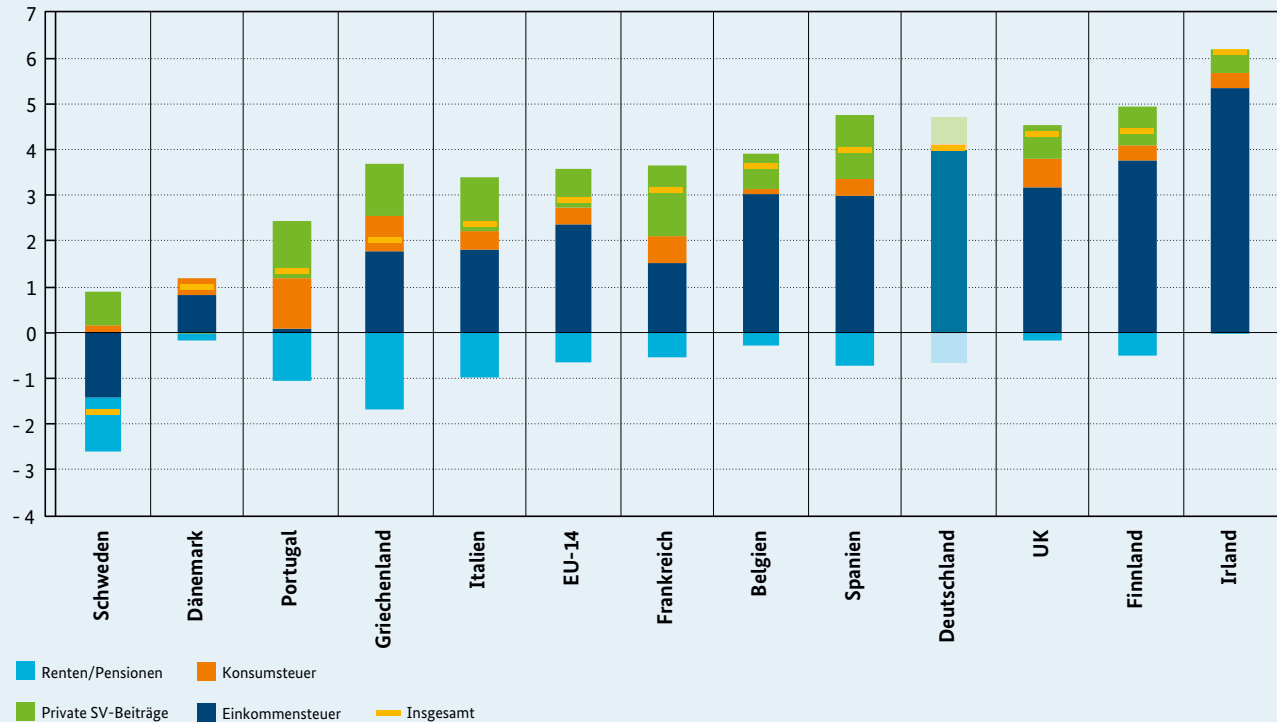
11 Sie schwankt in verschiedenen Szenarien zwischen 1,9 und 8,5 Prozent. Pfeiffer und Stichnoth (2015) – Fiskalische und individuelle Bildungsrenditen – aktuelle Befunde für Deutschland; ZEW Discussion Paper 15-010.

12 OECD (2015) – Education at a Glance 2015: OECD Indicators, OECD Publishing. Anders als Pfeiffer und Stichnoth (2015) werden in der OECD-Schätzung Beiträge zur Rentenversicherung als Erträge berücksichtigt, die Umsatzsteuer jedoch nicht.

13 O'Donoghue, C. (1999) – Estimating the Rate of Return to Education Using Microsimulation. Economic and Social Review, 30(3), 249-266.

Abbildung 2: Zerlegung der fiskalischen Rendite eines zusätzlichen Schuljahres

Rendite eines zusätzlichen Schuljahres in %



Quelle: De la Fuente und Jimeno (2009), Darstellung und Berechnungen des BMWi

De la Fuente und Jimeno (2009)¹⁴ wählen einen anderen Ansatz als obige Studien und simulieren die fiskalische Rendite eines zusätzlichen Schuljahres für einige EU-Staaten. Sie zerlegen die Rendite in die Komponenten Einkommensteuer, Konsumsteuer, Beiträge zur Sozialversicherung und Renten/Pensionen (vgl. Abbildung 2). In fast allen Ländern ist die Rendite eines zusätzlichen Schuljahrs positiv. Der überwiegende Anteil der Rendite ist auf eine höhere Einkommensteuer zurückzuführen.

Eine Untersuchung¹⁵ der Wirkungen eines Maßnahmenpakets gegen Fachkräftemangel in Deutschland, welches zum Teil auch Bildungsinvestitionen enthält, ergab, dass diese zusätzlichen Staatsausgaben eine reale fiskalische Rendite von 13 Prozent vor allem durch zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge von höher Qualifizierten erwirtschaften.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die fiskalischen Bildungsrenditen in der empirischen Literatur recht hoch geschätzt werden. Im Bereich tertiärer Bildung schwanken sie zwischen fünf und zehn Prozent. Die Renditen der höheren Sekundarbildung sowie der Berufsausbildung sind ungleich höher (Schätzungen von 15 Prozent bis 25 Prozent).

Auch Ausgaben für frühkindliche Bildung weisen in den Studien hohe Renditen auf. So wurde gezeigt, dass die reale fiskalische Rendite von quantitäts- und qualitätsfördernden Ausgaben in diesem Bereich rund acht Prozent beträgt.¹⁶ Über alle Studien hinweg liegen die fiskalischen Renditen für Deutschland in allen Bildungsbereichen merklich über dem durchschnittlichen Renditeniveau zehnjähriger Bundesanleihen für die letzten 20 Jahre.

14 De la Fuente, A. und J. F. Jimeno (2009) – The Private and Fiscal Returns to Schooling in the European Union, *Journal of the European Economic Association* 7 (6), S. 1.319-1.360.

15 Koppel, O. und A. Plünnecke (2008) – Wachstums- und Fiskaleffekte von Maßnahmen gegen Fachkräftemangel in Deutschland – Bildungsökonomische Analyse und politische Handlungsempfehlungen insbesondere im MINT-Bereich, IW Köln.

16 Anger, C., A. Plünnecke und M. Tröger (2007) – Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, IW Köln.

Allerdings könnten die Renditen gerade für Berufsabschlüsse in den Studien insofern überschätzt sein, als sie auf den tatsächlich beobachteten Ausgaben und Einkommensverläufen des „durchschnittlichen“ Absolventen einer Berufsausbildung beruhen. Sofern im Vergleich dazu z. B. die Ausgaben zum erfolgreichen Abschluss einer Berufsausbildung für Personen, die bisher ohne eine solche Ausbildung geblieben wären, höher ausfallen, würde das die fiskalische Rendite verringern.

Dem steht aber gegenüber, dass Studien die „tatsächliche“ Rendite auch unterschätzen könnten, da sie sich zumeist nur auf die direkten, individuellen Effekte von höherem Einkommen (und somit Steueraufkommen und Sozialversicherungseinnahmen- und -ausgaben) beziehen. Ein Zuwachs an Bildung kann beispielsweise über so genannte Spillover von Wissen auch die Produktivität Dritter positiv beeinflussen. Anders als im Falle der oben genannten fiskalischen Renditen von Investitionen in die (Verkehrs-) Infrastruktur sind in diesen Studien zusätzliche fiskalische Erträge, die sich durch Spillover-Effekte und den sich daraus ergebenden BIP-Effekten ergeben, nicht berücksichtigt. Diese indirekten Effekte sind aber eine gewichtige Begründung dafür, warum der Staat Bildungsangebote bereitstellen sollte, um das wohlfahrtstheoretisch optimale Bildungsniveau zu erreichen.

Die **gesamtwirtschaftliche Rendite** (Wirkung auf BIP) von Bildungsinvestitionen, die diese indirekten Effekte berücksichtigt, wird in der Literatur meist nicht direkt ausgewiesen. Statt der Rendite (=interner Zinsfuß) wird häufig der kumulierte Effekt eines zusätzlichen Ausbildungsjahres auf das BIP bzw. der Wachstumseffekt ermittelt, der auch die Kosten nicht berücksichtigt. Nach einer länderübergreifenden Studie erhöht ein zusätzliches Ausbildungsjahr z. B. das BIP pro Kopf um fünf bis zwölf Prozent.¹⁷ Positive Wachstumseffekte können auch ohne einen zusätzlichen fiskalischen Impuls erzielt werden, indem Staatsausgaben hin



zum Bereich Bildung verschoben werden. Laut einer Analyse von 17 OECD-Staaten führt eine permanente Verschiebung der Staatsausgaben in Höhe von einem Prozent des BIP hin zu Bildungsausgaben zu einer Erhöhung des langfristigen Potenzialwachstums um 0,07 Prozentpunkte.¹⁸

Im Gegensatz zu obigen Studien weisen Anger et al. (2007) für den Bereich der frühkindlichen Betreuung gesamtwirtschaftliche Renditen aus.¹⁹ Mit Hilfe des Wachstumsmodells des Sachverständigenrats wird eine gesamtwirtschaftliche Rendite von 13 Prozent ermittelt, die deutlich über der fiskalischen Rendite von acht Prozent liegt. Allerdings ist es möglich, dass der gesamtwirtschaftliche Effekt von frühkindlicher Betreuung hier noch unterschätzt wird, da er hauptsächlich den Bildungskanal abbildet. Ein großer Vorteil des Ausbaus qualitativ anspruchsvoller Ganztagsbetreuung besteht auch darin, dass sich nicht nur langfristig die Erwerbschancen der heutigen Kleinkinder und Grundschüler verbessern, sondern bereits kurzfristig eine (anteilige) Gegenfinanzierung über die signifikante Erhöhung des Arbeitsangebots der Eltern eintritt.²⁰ Zum Beispiel findet eine Studie im Auftrag des BMWi²¹ langfristig positive Beschäftigungseffekte für Eltern und einen sich daraus

17 Barro R. J. und J. W. Lee (2010) – A new data set of educational attainment in the world, 1950–2010, NBER Working Paper No. 15902, Cambridge, MA.

18 Barbiero, M. und B. Cournède (2013) – New Economic Estimates of Long-Term Growth Effects of Different Areas of Public Spending, Economics Department Working Paper No. 1100, OECD.

19 Die betrachteten Investitionen würden zu einer Anhebung des Ausbildungszeitraums von 13,5 auf 13,7 Jahre führen.

20 Bonin, H., M. Clauss, I. Gerlach, I. Laß, A. L. Mancini, M.-A. Nehrhorn-Ludwig, V. Niepel, R. Schnabel, H. Stichnoth und K. Sutter (2013) – Evaluation zentraler ehe- und familienbezogener Leistungen in Deutschland – Endbericht, Gutachten für die Prognos AG, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, Mannheim.; Müller, K.-U., C. K. Spieß, C. Tsiasioti, K. Wrohlich, E. Bügelmayer, L. Haywood, F. Peter, M. Ringmann und S. Witzke (2013) – Evaluationsmodul Förderung und Wohlergehen von Kindern, DIW Berlin, Politikberatung kompakt Nr. 73.; Rainer, H., S. Bauernschuster, W. Auer, N. Danzer, M. Hancioglu, B. Hartmann, T. Hener, C. Holzner, N. Ott, J. Reinkowski und M. Werding (2013) – Kinderbetreuung, ifo Forschungsbericht Nr. 59, München.

21 Krebs, T. und M. Scheffel (2015) – Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen Effekte ausgewählter Reformvorschläge der Studie „Reforms, Investment and Growth: An Agenda for France, Germany and Europe“.

ergebenden BIP-Effekt von 0,3 Prozent bei einer Ausweitung der Ganztagsbetreuungsplätze der Drei- bis 14-Jährigen um zwei Millionen.

Über fiskalische und gesamtwirtschaftliche Renditen hinaus sind zudem weitere Externalitäten und **soziale Effekte** durch Bildungsinvestitionen möglich, die die Wohlfahrt erhöhen, sich aber nicht unbedingt in einem direkten BIP-Effekt widerspiegeln. Dazu gehören z.B. eine erhöhte Lebenszufriedenheit, verringerte Kriminalität oder eine höhere Bereitschaft für gesellschaftliches Engagement.²²

Investitionen in Forschung und Entwicklung

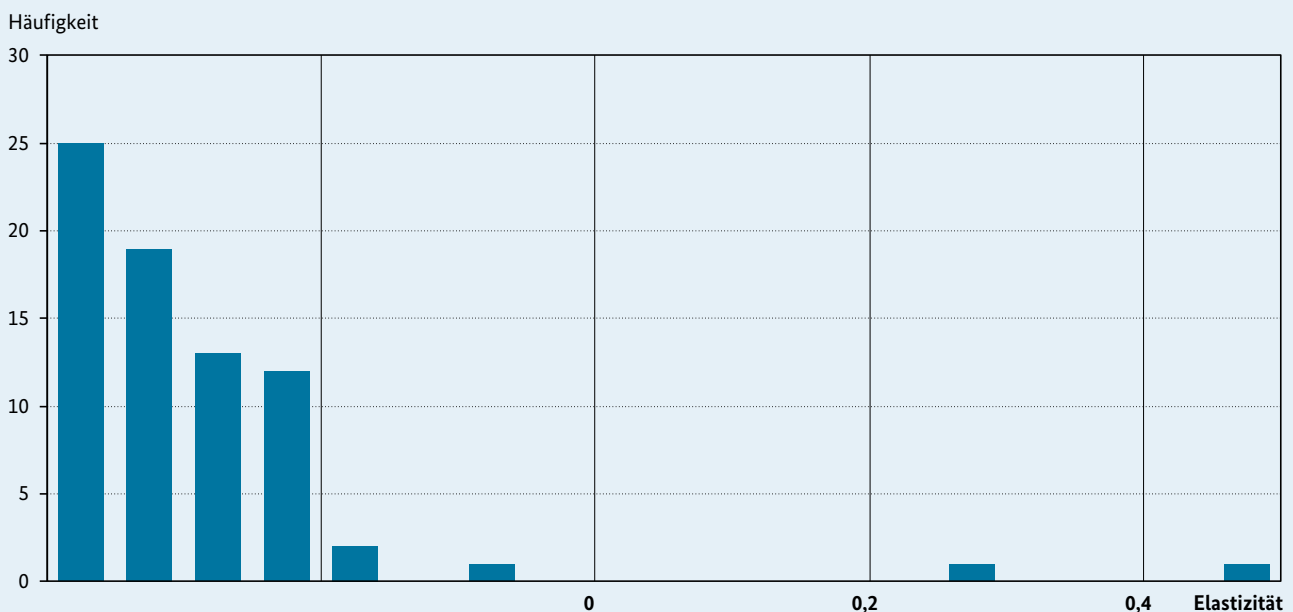
Gerade in wissensbasierten Volkswirtschaften sind Forschung und Entwicklung (F&E) Grundlage für Innovationen und damit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, der Produktivitätsentwicklung und des Wirtschaftswachstums. Dies gilt insbesondere für offene Volkswirtschaften wie

Deutschland, die stark im internationalen Wettbewerb stehen und sich gegen Länder mit zumeist niedrigeren Lohnkosten behaupten müssen. Hierfür sind stetige Innovationen erforderlich, die einen gewissen technologischen Vorsprung sichern.

Die Ausgaben für F&E sind in Deutschland in den letzten Jahren stetig angestiegen und erreichten 2014 knapp 2,9 Prozent des BIP (OECD-Durchschnitt: knapp 2,4 Prozent).²³ Davon entfallen rund ein Drittel auf den Staat und zwei Drittel auf die Wirtschaft. Bei den privaten F&E-Ausgaben nimmt das Verarbeitende Gewerbe mit rund 85 Prozent eine dominante Rolle ein.

Auch für den Bereich F&E gilt, dass die Schätzung der Wachstumswirkungen (entspricht der Elastizität in Abbildung 3) einer gewissen Unsicherheit unterliegt, was sich in der recht breiten Streuung der empirischen Forschungsergebnisse widerspiegelt.

Abbildung 3: Häufigkeitsverteilung der geschätzten Wachstumseffekte von F&E-Ausgaben in der Forschungsliteratur



Quelle: Entnommen aus DIW (2015) Wirkung von Forschung und Entwicklung auf das Wirtschaftswachstum, Gutachten des DIW Berlin im Auftrag der KfW Bankengruppe. Abbildung basiert auf Hall, Bronwyn H., Jacques Mairesse und Pierre Mohnen (2010) – Measuring the Returns to R&D, Handbook of the Economics of Innovation, von Bronwyn H. Hall und Nathan Rosenberg, 1033-1082.

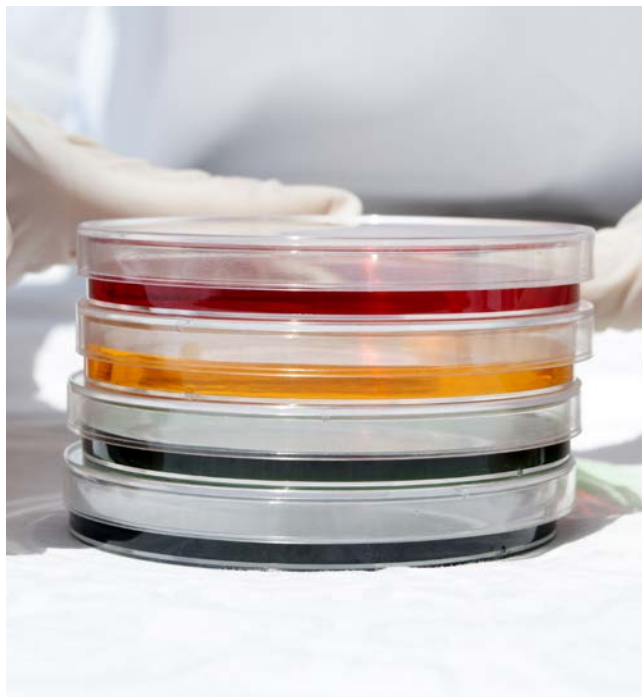
22 Saxton, J. (2000) – Investment in Education, Private and Public Returns, Joint Economic Committee, US Congress, Washington, D.C.; Schäfer, A. und S. Roßteutscher (2014) – Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl, in: K.-R. Korte (Hrsg.): „Die Bundestagswahl 2013, Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsforschung“, Springer Verlag; Wößmann, L. (2016) – The Economic Case For Education, Education Economics, 24 (1): 3-32.

23 <https://data.oecd.org/rd/gross-domestic-spending-on-r-d.htm>

Das DIW schätzt in einer Studie aus dem Jahr 2015²⁴ die Output-Elastizität von F&E-Ausgaben langfristig auf 0,12 und liegt damit leicht oberhalb der Ergebnisse vergleichbarer Studien (vgl. Abbildung 3). Auf Basis der DIW-Ergebnisse ergibt sich, dass eine Erhöhung der F&E-Ausgaben um eine Milliarde Euro das BIP in den folgenden zehn Jahren um durchschnittlich rund 350 Millionen Euro pro Jahr erhöht.²⁵ Die gesamtwirtschaftliche Rendite betrüge 50 Prozent, die fiskalische Rendite gut 8,5 Prozent. Eine Unterscheidung der Wirkungen öffentlicher und privater F&E-Ausgaben kann das DIW allerdings nicht treffen. Entscheidend für die wachstumsfördernde Wirkung öffentlicher F&E-Ausgaben dürfte sein, dass diese komplementär zu den Ausgaben der Wirtschaft sind (also etwa in Form von Grundlagenforschung) und diese nicht verdrängen.²⁶

Vergleich der Maßnahmen in einem konsistenten Rahmen

Öffentliche Investitionen und die damit verbundenen Wachstumseffekte bzw. langfristigen fiskalischen Effekte lassen sich nicht beliebig ausweiten (abnehmender Grenzertrag). So könnten massive Erhöhungen der Investitionen die Verwaltungskapazität des Staates – und im Falle von Infrastrukturinvestitionen die Produktionskapazitäten der Unternehmen – überfordern, über steigende Verschuldung zu höheren Finanzierungskosten führen und das Reservoir guter Investitionsprojekte erschöpfen. Daher ist eine kluge Auswahl von Investitionen notwendig. Hierfür ist ein über verschiedene Investitionsbereiche konsistenter Analyserahmen notwendig. Im Rahmen eines Forschungsgutachtens mit dem Titel **„Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland“**²⁷ wurden die Wirkungen öffentlicher Investitionen in die Verkehrs- bzw. digitale Infrastruktur, in Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung in Kitas sowie in Hochschulen auf Wachstum, Beschäftigung, Verteilung und Generationengerechtigkeit in einem einheitlichen, mikrofundierten, dynamischen Modellrahmen simuliert und evaluiert. Um einen Vergleich



der verschiedenen Investitionspakete zu ermöglichen, wurde ein einheitliches Volumen für die öffentlichen Investitionsprogramme von jährlich zehn Milliarden Euro in den ersten fünf Jahren und von sechs Milliarden Euro in den folgenden Jahren angenommen.

Alle betrachteten Maßnahmen steigern mittel- bis langfristig spürbar die Wirtschaftsleistung und Beschäftigung (vgl. Tabelle 1). Die BIP-Effekte unterscheiden sich nach 20 Jahren nur unwesentlich (+1,0 bis +1,1 Prozent). Von den untersuchten Maßnahmen weisen Investitionen in Schulen und Kitas den größten Effekt auf Wohlstand und Generationengerechtigkeit auf. Auch die Arbeitsmarkteffekte sind hier mit einem Beschäftigungsanstieg von reichlich einer halben Million Vollzeitkräften besonders stark ausgeprägt. Zudem steigt die Qualität der Beschäftigung, da atypische Arbeitsverhältnisse – v. a. geringfügige Beschäftigung – deutlich zurückgehen. Die hohen gesamtwirtschaftlichen Effekte sind vor allem darauf zurückzuführen, dass eine Auswei-

24 DIW (2015) – Wirkung von Forschung und Entwicklung auf das Wirtschaftswachstum, Gutachten des DIW Berlin im Auftrag der KfW Bankengruppe (KfW).

25 Abweichend von unseren Berechnungen zur Verkehrsinfrastruktur unterstellen wir hierbei eine „Nutzungsdauer“ von lediglich zehn Jahren bei linearen Abschreibungen. Letztlich variiert die Nutzungsdauer je nach Branche stark. So beträgt sie im Automobilbereich rund acht, in der chemischen Industrie rund 21 Jahre. Siehe Adler, Walther; Gühler, Nadin; Oltmanns, Erich; Schmidt, Daniel; Schmidt, Pascal und Ingeborg Schulz (2014) – Forschung und Entwicklung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt, 2014, 703-717.

26 S.a. Thöne, Michael (2004) – Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame öffentliche Ausgaben („WNA“), BMF-Monatsbericht März 2004.

27 Krebs, T. und M. Scheffel (2016), s.o.

Tabelle 1: Simulationsergebnisse im Überblick

	Infrastruktur (Verkehr & Digitales)	Ganztagsbetreuung in Schule und Kitas	Hochschulen
BIP	+1,0 %	+1,1 %	+1,0 %
Beschäftigung*	+49 Tsd.	+522 Tsd.	+43 Tsd.
<i>darunter: atypische B.*</i>	-4 Tsd.	-219 Tsd.	-8 Tsd.
Arbeitslosigkeit	-32 Tsd.	-223 Tsd.	-22 Tsd.
Fiskal. Rendite (langfristig, pro Jahr)	7,0 %	14,3 %	8,7 %
Amortisationszeit	20 Jahre	11 Jahre	18 Jahre

* hochgerechnet auf Vollzeitstellen. Im Modell wird bei atypischer Beschäftigung lediglich zwischen Teilzeit und geringfügiger Beschäftigung unterschieden.

Erläuterung:

Fiskalische Rendite ist der Diskontierungssatz, bei dem der Gegenwartswert aller zukünftigen Nettoerträge des Investitionsprojekts null ist.

Amortisationszeit ist die Zeit, bis das staatliche Schuldenniveau das ursprüngliche Niveau erreicht hat.

Quelle: Krebs/Scheffel (2016)

tung des Betreuungsangebots in Schulen und Kitas nicht nur längerfristig das Bildungsniveau von Kindern erhöht, sondern auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, wodurch sich schon in der kurzen Frist positive Beschäftigungseffekte bei Zweitverdienern einstellen.

Die Simulation zeigt, dass alle betrachteten Investitionsmaßnahmen sich über höheres Wachstum, Beschäftigung und Staatseinnahmen mittel- bis langfristig selbst finanzieren und damit fiskalisch nachhaltig sind. Investitionen in Schulen und Kitas generieren mit 14 Prozent pro Jahr die höchste fiskalische Rendite. Sie amortisieren sich bereits nach elf Jahren. Aber auch die fiskalischen Renditen von Investitionen in die Infrastruktur und Hochschulen übersteigen die Refinanzierungskosten des Staates deutlich. Die Simulation bestätigt damit insgesamt die oben dargestellten Ergebnisse aus bisherigen Studien.

Die Studie ist hier veröffentlicht:

www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen,did=781222.html

Kontakt: Dr. David Büttner
Referat: Finanzpolitik, konjunkturpolitische
Koordinierung
und Dr. Kai Hielscher
Referat: Wirtschaftspolitische Analyse

Von Bitcoin zum Smart Contract

Anwendungspotenziale der Blockchain-Technologie

In der digitalen Wirtschaft wird die Blockchain-Technologie derzeit häufig als eine der nächsten großen Innovationen bezeichnet. Was zunächst vor allem als Grundlage des virtuellen Zahlungsmittels Bitcoin in Fachkreisen bekannt war, ist neuerdings Geschäftsmodell von Start-up-Unternehmen und Forschungsprojekt von Konzernen. Dieser Beitrag gibt einen ersten Einblick darin, was sich hinter dem Schlagwort „Blockchain“ verbirgt, und wirft einen Blick auf mögliche Anwendungsbereiche.



Bitcoin als Beispiel für die Funktionsweise der Blockchain

Eine Blockchain ist eine verschlüsselte Datenbank von in Blöcken zusammengefassten Informationen, die auf allen Rechnern eines Blockchain-Netzwerks gleichzeitig gespeichert wird. Ein Verschlüsselungsverfahren sorgt dafür, dass ihr Inhalt leicht ablesbar, aber zugleich schwer manipulierbar ist.

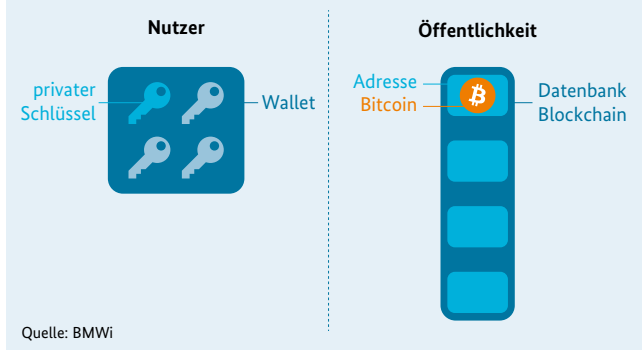
Das erste und in der Öffentlichkeit bekannteste Anwendungsbeispiel für die Blockchain-Technologie ist das seit 2009 bestehende virtuelle Zahlungsmittel Bitcoin, das von mehreren Dienstleistern im Internet sowie vereinzelt auch in physischen Geschäften akzeptiert wird. Für Bitcoin wird ein Blockchain-Netzwerk genutzt, um Zahlungsvorgänge zu dokumentieren und Guthaben zuzuordnen.

Bitcoin basiert auf einem weltweit offenen Netzwerk: Jeder Betreiber eines Computers kann sich dem Bitcoin-Netzwerk anschließen, indem er ein Programm installiert und die

dazugehörige Blockchain-Datenbank aus dem Bitcoin-Netzwerk auf seinen Rechner herunterlädt. In der Blockchain des Bitcoin-Netzwerks sind in verschlüsselter Form virtuelle Währungseinheiten, so genannte Bitcoin, verzeichnet und jeweils einer bestimmten Adresse zugeordnet. Bildlich gesprochen gleicht die Adresse einem Schließfach, in dem Bitcoin gelagert werden können, während die Blockchain einem öffentlichen Raum gleicht, in dem die Schließfächer mit Bitcoin untergebracht sind. Zu einer Adresse gehört jeweils ein privater (geheimer) Schlüssel, der Zugang zum Inhalt der Adresse (den Bitcoin) verschafft. Den Schlüssel muss man sich als eine Zeichenfolge vorstellen, die jeweils mit einer dazugehörigen Adresse korrespondiert.

Nutzer der Bitcoin-Blockchain können ihre privaten Schlüssel in einem so genannten „Wallet“ speichern. Im Unterschied zu einer physischen Geldbörse ist diese digitale Geldbörse ein Software-Programm, das nicht Bitcoin selbst (das Geld) enthält, sondern die privaten Schlüssel, die es ermöglichen, an bestimmten Adressen der Blockchain (den Schließfächern) über Bitcoin zu verfügen.

Abbildung 1: Bitcoin und privater Schlüssel

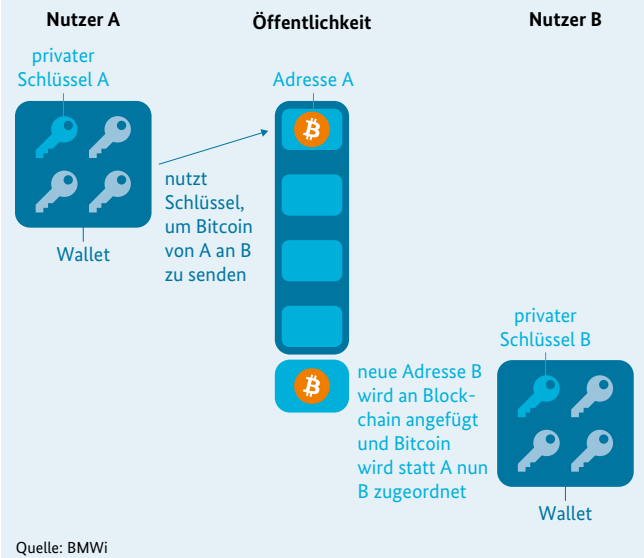


Wer Bitcoin erwerben will, kann mit seinem Computer eine (zunächst leere und nicht auf der Blockchain verzeichnete) Adresse generieren. Er muss dann einen Geschäftspartner finden, der ihm bereits auf der Blockchain verzeichnete Bitcoin überträgt. Das ist beispielsweise in Bitcoin-Börsen im Internet möglich. Der Veräußerer muss seinen privaten Schlüssel zu einer Adresse auf der Blockchain dazu verwenden, um die dieser Adresse zugeordneten Bitcoin der Adresse des Empfängers zuzuordnen. Der private Schlüssel legitimiert den Veräußerer gleichsam, über in dem passenden Schließfach abgelegte Bitcoin zu verfügen und sie in das Schließfach des Empfängers zu transferieren. Diese neue Zuordnung von Bitcoin wird an das Blockchain-Netzwerk gemeldet. Die Blockchain-Datenbank wird danach von einem Netzwerk-Rechner in einem rechenintensiven Verfahren um einen zusätzlichen verschlüsselten Informationsblock erweitert, der die Neuordnung der verkauften Bitcoin an die Adresse des Zahlungsempfängers enthält. Damit wird die Transaktion bestätigt. Die erweiterte Blockchain wird dann von den übrigen Teilnehmern des Netzwerks nach und nach übernommen.

Bisher hält sich die Akzeptanz von Bitcoin – besonders außerhalb des Internet – in Grenzen. Ob Bitcoin sich etablieren kann, ist noch ungewiss. Spektakuläre Fälle von Passwort-Diebstählen haben die Sicherheit von Bitcoin im alltäglichen Gebrauch in Frage gestellt. Zudem ist die Leistungsfähigkeit des Bitcoin-Netzwerks begrenzt; die Bestätigung einer Transaktion dauert rund zehn Minuten. Für zeitkritische Anwendungen, etwa am Finanzmarkt, dürfte Bitcoin deshalb wenig attraktiv sein.

Die grundlegende Eigenschaft der Blockchain-Technologie – die in einem dezentralen Netzwerk in einer Blockchain-Datenbank abgelegten Informationen sind kaum manipulierbar und für jedermann leicht lesbar – macht diese über Bitcoin hinaus aber auch für eine Fülle weiterer Einsatzzwecke interessant.

Abbildung 2: Bitcoin-Transaktion



Neue Anwendungen für die Blockchain-Technologie

Die bisher bekannten Anwendungen, die allerdings meist noch nicht über die Erprobungsphase hinausgekommen sind, lassen sich nach zwei Zielrichtungen unterscheiden:

- ▶ Nutzung der Blockchain zur sicheren Dokumentation (Notariatsfunktion)
- ▶ Nutzung der Blockchain zur selbständigen Ausführung vertraglicher Vereinbarungen (Smart Contracts)

Dabei wird teilweise die bestehende Bitcoin-Blockchain, teilweise eine neue Blockchain verwendet, die – wie Bitcoin – öffentlich oder auch privat, also mit begrenztem Teilnehmerkreis, ausgestaltet sein kann. Große Technologie-Unternehmen wie Microsoft oder IBM bieten mittlerweile Umgebungen zur Erprobung von Blockchain-Anwendungen an. Technologie- und besonders Finanzunternehmen arbeiten an einer Standardisierung und Weiterentwicklung der Blockchain-Technologie.

Die Blockchain als Notar

Im Bitcoin-System ist Kernfunktion der Blockchain, alle Transaktionen und damit die Zuordnung der Bitcoin manipulationsicher zu dokumentieren. Außer Zahlungstransaktionen lassen sich allerdings über kryptographische Verfahren auch beliebige andere Informationen (z. B. Nachrichten oder Bilder) in eine Blockchain einbinden.



Die Blockchain dient damit gleichsam als Notariat, um eine Information manipulationssicher abzulegen.

Nachfolgend zwei Anwendungsbeispiele:

- ▶ Ein Konsortium von Großbanken und anderen Finanzdienstleistern kündigte im August 2016 an, im institutionellen Zahlungsverkehr eine so genannte Utility Settlement Coin (USC) auf Basis der Blockchain-Technologie einsetzen zu wollen. Die USC soll es ermöglichen, Wertpapiertransaktionen unter Umgehung von Abwicklungsdienstleistern zu verrechnen. Auf diese Weise hoffen die Teilnehmer, etwa bei der Hinterlegung von Sicherheiten bei Zentralbanken erhebliche Zeitersparnis zu erzielen. Die Blockchain dient hier der Dokumentation von Zahlungstransaktionen; anders als Bitcoin soll die USC aber kein eigenes Zahlungsmittel sein, sondern lediglich Verrechnungsvereinbarungen zwischen bestehenden Vermögenswerten, etwa Wertpapieren, beweissicher dokumentieren.
- ▶ Das britische Unternehmen Everledger will zentrale Eigenschaften (z.B. Identifikationsnummern) von Diamanten erfassen und diese sowie die Eigentümerhistorie eines Steins in die Bitcoin-Blockchain einspeisen. Dabei

soll der Umstand genutzt werden, dass wesentliche Eigenschaften eines Diamanten nicht oder nur unter starkem Wertverlust verändert werden können. Die von Everledger erfassten und durch die Blockchain gleichsam beglaubigten Informationen sollen dazu beitragen, die Transaktionshistorie eines bestimmten Steins offenzulegen, so dass beispielsweise gestohlene Steine beim Verkauf am Markt erkannt werden können.

Grundsätzlich kommt der Einsatz einer Blockchain überall in Betracht, wo Vertrauen auf die Echtheit von Informationen wichtig ist. Außer im Wertpapierhandel könnte auch für Grundstücke oder Kunstgegenstände eine Blockchain eine kostengünstige und schnelle Alternative zu einem zentralen Register sein oder – etwa in Staaten, in denen kein zentrales Grundbuch existiert – überhaupt erst eine verlässliche Dokumentation der Eigentumszuordnung schaffen.

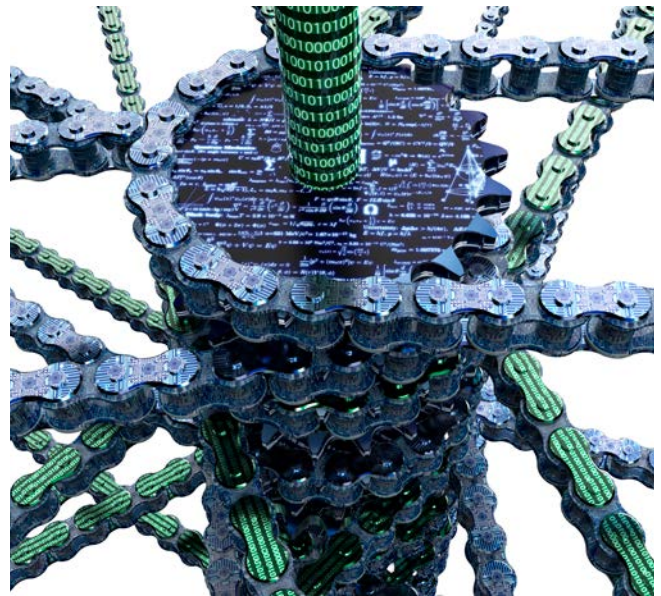
Die Blockchain könnte bei solchen Anwendungen in die Sphäre bisher staatlich geregelter Tätigkeit (z.B. Grundbuchamt) eindringen oder etablierte Intermediäre (z.B. Abwicklungsdienstleister im Finanzmarktbereich) verdrängen. Aus heutiger Sicht wird wohl noch einige Zeit vergehen, bis es möglicherweise zu solchen Verdrängungseffekten

ten kommt. Zudem hat das Blockchain-System Grenzen, die weiterhin Geschäftsfelder für Intermediäre ermöglichen dürften. So muss ein öffentliches Blockchain-Netzwerk sehr groß sein, um das nötige Vertrauen in die gegenseitige Kontrolle der Teilnehmer sicherzustellen. Dies dürfte in der Regel zu Lasten der Kapazität und Transaktionsgeschwindigkeit gehen. Die Bitcoin-Blockchain hat zudem den Nachteil, dass alle Transaktionen öffentlich sind und mögliche Fehler oder Lücken vielleicht nicht schnell genug von einer zentralen Instanz behoben werden können. Diese Lücken können Hackern Angriffspotenzial bieten. Vertrauenswürdige Intermediäre könnten diesen Nachteilen abhelfen, indem sie schnellere und vertrauliche eigene Blockchains zwischen ausgewählten Teilnehmern anbieten.

Smart Contracts

Als Smart Contracts werden Computerprogramme bezeichnet, die vertragliche Vereinbarungen selbständig ausführen. Auch Smart Contracts sind Informationen, die in einer Blockchain weitgehend manipulations sicher abgelegt werden können. So wird etwa im BMWi-Projekt SAMPL (Secure Additive Manufacturing Platform) im Förderschwerpunkt Digitale Technologien in der Wirtschaft (PAiCE) die Blockchain als Möglichkeit zur Absicherung von Lizenz- und Urheberinformationen für 3D-Druckverfahren erprobt, damit 3D-Modelle von räumlich entfernten 3D-Druckern nur entsprechend der Vereinbarung mit dem Urheber genutzt werden können.

Neue Anbieter, wie beispielsweise das Unternehmen Ethereum, das eine eigene Blockchain betreibt, streben darüber hinaus an, selbsterfüllende Verträge (self-fulfilling contracts) mittels eines Blockchain-Netzwerks umzusetzen. Grundsätzlich muss dabei zunächst eine Vereinbarung in Programmiersprache (Code) gefasst werden, wobei für das Eintreten bestimmter Bedingungen (z. B. Lieferung einer Ware) bestimmte Folgen (z. B. Zahlung) definiert werden. Die Blockchain erfüllt dabei die Aufgabe, durch Feststellung des Bedingungseintritts automatisch die Folge auszulösen und die im Vertrag vereinbarten Leistungen abzuwickeln. Die Blockchain-Technologie übernimmt damit die Funktion eines Sicherungsmechanismus bei der Erfüllung gegenseitiger Verträge. Sie kann dadurch die Vertragserfüllung erleichtern und löst vor allem das Vertrauensproblem, das entsteht, wenn Leistungen der Vertragsparteien nicht simultan erfolgen und eine Partei einseitig in Vorleistung treten müsste.



Einige Anwendungsbeispiele:

- ▶ Das Versicherungsunternehmen Allianz hat im Juni 2016 bekannt gegeben, in einem Pilotprojekt den Einsatz der Blockchain-Technologie bei so genannten Katastrophenswaps eingesetzt zu haben. Gegenstand des Projekts seien Verträge, mit denen das Risiko einer Katastrophe (z. B. Hurrikan) gegen Zahlung auf eine andere Partei übertragen wird. Die Blockchain-Technologie sei genutzt worden, um bei einem vordefinierten Ereignis automatisch die vertraglich vorgesehenen Folgen auszulösen.
- ▶ Das Brooklyn Microgrid, ein Projekt in New York, nutzt die von Ethereum betriebene Blockchain, um ein lokales Stromnetz zu verwalten. Stromverbraucher, die z. B. über eine Solaranlage auf dem Dach auch selbst Strom erzeugen, können über Smart Contracts überschüssigen Strom direkt an andere Kunden abgeben oder von anderen Produzenten beziehen.
- ▶ Im Ethereum-Netzwerk wurde im April 2016 ein Smart Contract-Projekt namens The DAO („Decentralized Autonomous Organization“) durchgeführt, das ähnlich wie ein Investmentfonds Geld in andere Projekte investieren soll. Medienberichten zufolge wurde allerdings durch Ausnutzung einer Lücke im Code von The DAO im Juli 2016 ein Betrag von mehr als 50 Millionen US-Dollar abgezweigt und konnte nur durch manuellen Eingriff der Entwicklergemeinschaft von Ethereum teilweise zurückgeholt werden.

Das letzte Beispiel verdeutlicht, dass der Einsatz von Smart Contracts in einer öffentlichen Blockchain auch erhebliche Risiken birgt: Sind die Vertragsbedingungen unvollständig oder fehlerhaft, ist die Lücke für jedermann erkennbar und das System angreifbar.

Wahrscheinlich werden selbsterfüllende Verträge daher zunächst eher in privaten, von einer zentralen Instanz administrierten Blockchain-Anwendungen Verbreitung finden, etwa in von Finanzdienstleistern verwalteten Netzwerken für Zahlungsverkehr, Wertpapierhandel oder Risikotransfer. Perspektivisch denkbar sind allerdings auch selbsterfüllende Verträge, mit denen Ferienwohnungen oder Mietwagen verwaltet werden. In einem künftigen „Internet der Dinge“, in dem jeder Gegenstand über ein Netzwerk kommuniziert, könnte Smart Contracts eine wichtige Steuerungsfunktion zukommen.

Regulatorische Herausforderungen

Eine weitere Verbreitung Blockchain-basierter Anwendungen in der Wirtschaft würde voraussetzen, dass die Rechtsordnung den Einsatz der Blockchain hinreichend anerkennt. Grundsätzlich lässt zwar die Vertragsfreiheit genügend Spielraum zur Vereinbarung und Nutzung neuer Technologien bei der Vertragserfüllung, wenn die Beteiligten das wollen. Soweit die Blockchain aber Funktionen gesetzlich verankerter Sicherungs- und Schutzmechanismen übernehmen soll (Beispiel: Notariatsfunktion), setzt dies eine Anerkennung durch die Rechtsordnung voraus. Der Gesetzgeber stünde dann vor der Frage, ob er eine auf dezentralisiertem Vertrauen und kryptographischen Methoden basierende Lösung anerkennen will. Grundsätzlich dürfte es dabei sinnvoll sein, unabhängig von der Technologie ein Geschäftsmodell mit gleichem Risiko auch denselben Regeln zu unterwerfen. In der Welt der selbsterfüllenden Verträge stellen sich aber noch viel weiter gehende rechtliche Fragen, zum Beispiel: Wie ist das Verhältnis zwischen in der Blockchain abgelegtem Code und dem Zivilrecht? Wie kann gewährleistet werden, dass die Grenzen der Vertragsfreiheit, etwa das Verbot der Sittenwidrigkeit, und die Grundsätze richterlicher Auslegung beachtet werden? Welches Recht kommt bei internationalen Transaktionen zur Anwendung? Ebenso wie die Entwicklung von Smart Contracts dürfte auch ihre juristische Einbettung noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Fazit

Während die Zukunft des Zahlungsmittels Bitcoin ungewiss ist, zeigen sich für die zugrunde liegende Technologie Blockchain verschiedene weitere Anwendungsmöglichkeiten. Ob sich die jeweiligen Anwendungen durchsetzen, dürfte entscheidend davon abhängen, wem die Nutzer mehr Vertrauen schenken – einem dezentralen Blockchain-Netzwerk oder etablierten Intermediären, wie etwa Finanzmarktunternehmen. In jedem Fall bietet die neue Technologie bestehenden Intermediären, aber auch neuen Marktteilnehmern, die Gelegenheit, Geschäftsmodelle in einer Blockchain-basierten Umgebung zu entwickeln. Aus juristischer Perspektive dürfte die Einbindung der Blockchain-Technologie in das bestehende Rechtssystem eine spannende Herausforderung darstellen.

Kontakt: Dr. Malte Rosenberg

Referat: Geld, Kredit, Finanzmärkte

Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“

Der innovative Mittelstand in Deutschland hat gute Chancen, auch in Zukunft erfolgreich zu sein. Voraussetzung dafür ist zum einen, dass mittelständische Unternehmen technologische, soziale und globale Veränderungen frühzeitiger und mutiger als bislang aufnehmen. Zum anderen müssen sie in ihrem Innovationsverhalten z. B. durch Beratungen, Sensibilisierungsmaßnahmen und steuerliche Erleichterungen noch stärker unterstützt werden. Dies sind die wesentlichen Ergebnisse einer Studie zum Thema „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“, die das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) an das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und an Prognos in Auftrag gegeben hat und die in Kürze veröffentlicht wird.



Ausgangssituation

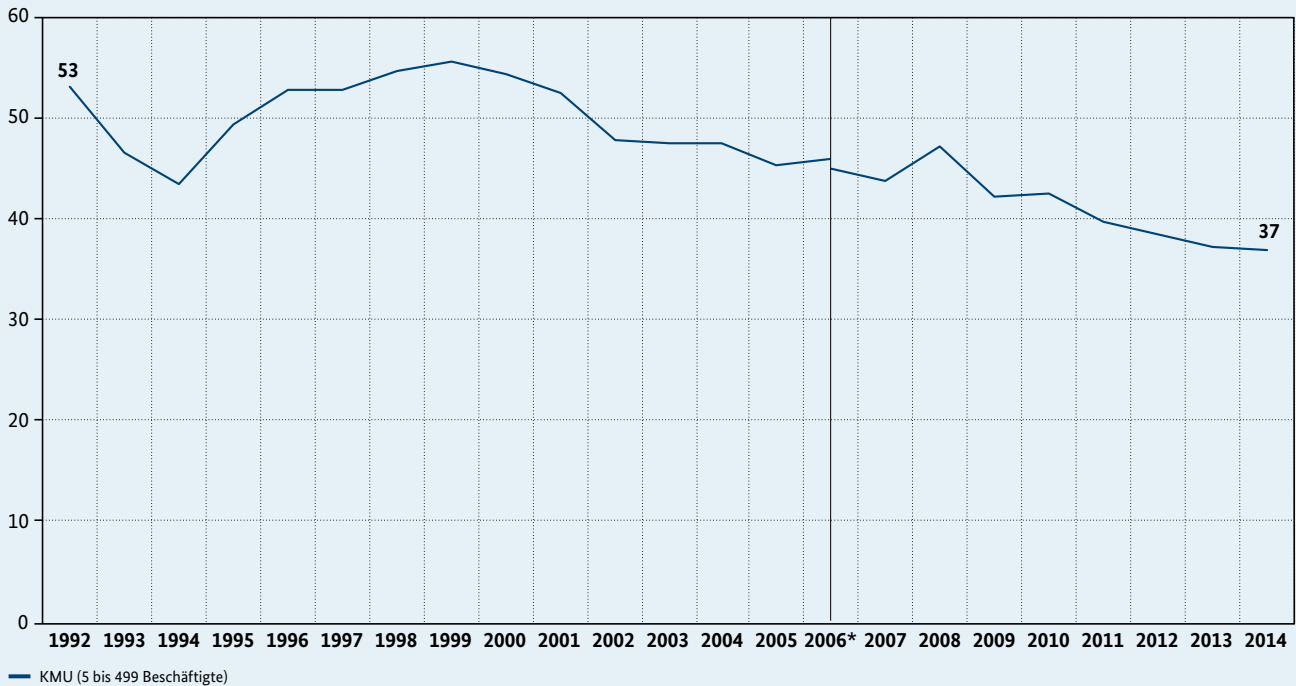
Das gleichzeitige Auftreten der drei Megatrends Globalisierung, Digitalisierung und demographischer Wandel ist in Ausmaß und Geschwindigkeit mit erheblichen Umbrüchen verbunden. Um diese Veränderungen mitzugestalten, müsste der Mittelstand heutzutage mehr denn je in Forschung und Innovationen investieren. Leider geschieht dies nicht in ausreichendem Maße: Zwei Drittel aller kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) vertrauen darauf, dass sich ihre in der Vergangenheit bewährten Geschäftsmodelle auch in Zukunft durchsetzen lassen, und investieren daher teilweise zu wenig in Forschung und Innovation. Aber auch kontinuierlich forschende Unternehmen denken in vielen Fällen zu wenig strategisch, mit der Folge, dass ihre Innovationen oft nur inkrementell sind.

Insgesamt ist Folgendes zu beobachten:

1. Der Anteil der innovativen KMU (d.h. KMU, die innerhalb eines Dreijahreszeitraums Produkt- und Prozessinnovationen eingeführt haben) ist seit nunmehr 15 Jahren rückläufig (siehe Abbildung 1).
2. Die Innovationsausgaben der KMU stagnieren seit Jahren, während gleichzeitig Großunternehmen in Deutschland (ab 500 Beschäftigte) ihre Innovationsausgaben stark ausweiten (siehe Abbildung 2).
3. Die Innovationsausgaben deutscher KMU in Relation zum Umsatz des gesamten Sektors (Innovationsintensität) fallen auch im internationalen Vergleich relativ niedrig aus (siehe Abbildung 3).

Abbildung 1: Innovatorenquote von KMU in Deutschland 1992 – 2014

Unternehmensanteil in %

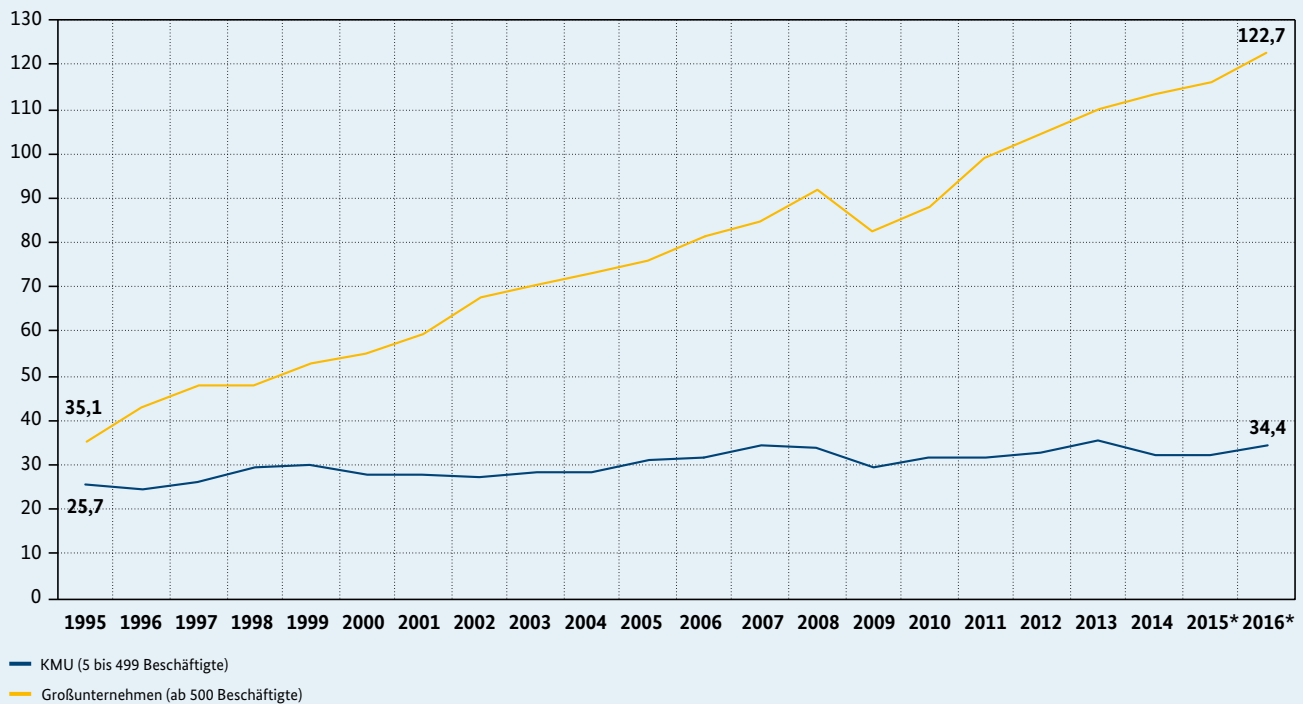


* 2006 Bruch in der Zeitreihe aufgrund der WZ-Umstellung und Umstellung auf das Unternehmensregister als Grundgesamtheit; 1992 bis 1995: geschätzt.

Quelle: ZEW: Mannheimer Innovationspanel – Berechnungen des ZEW

Abbildung 2: Innovationsausgaben von KMU und Großunternehmen in Deutschland 1995 – 2016

Innovationsausgaben in Mrd. Euro

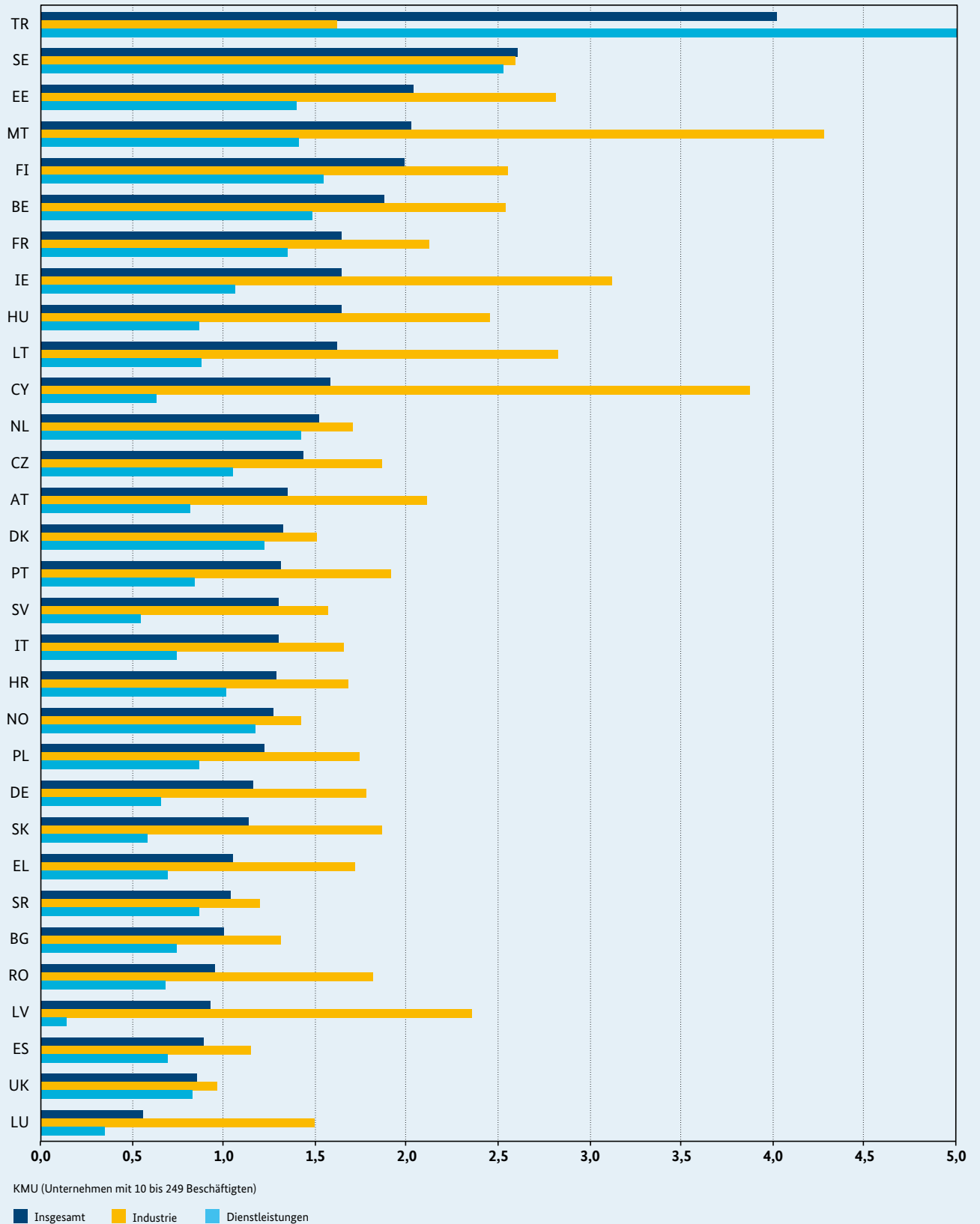


* Planzahlen vom Frühjahr/Sommer 2015

Quelle: Mannheimer Innovationspanel – Berechnungen des ZEW

Abbildung 3: Innovationsintensität von KMU im europäischen Vergleich (2008 – 2012)

Innovationsausgaben in % des Umsatzes



Quelle: Eurostat: Community Innovation Surveys 2008, 2010, 2012 – Berechnungen des ZEW

Innovationspolitische Überlegungen des BMWi

Das BMWi hat auf diese Entwicklung bereits reagiert: Es hat – mit Haushaltsentscheidung des Parlaments – seine Förderbudgets zur Unterstützung von Forschung und Innovation im Mittelstand in den vergangenen Jahren von ca. 400 Millionen Euro in 2006 auf rund 960 Millionen Euro in 2016 kontinuierlich erhöht.

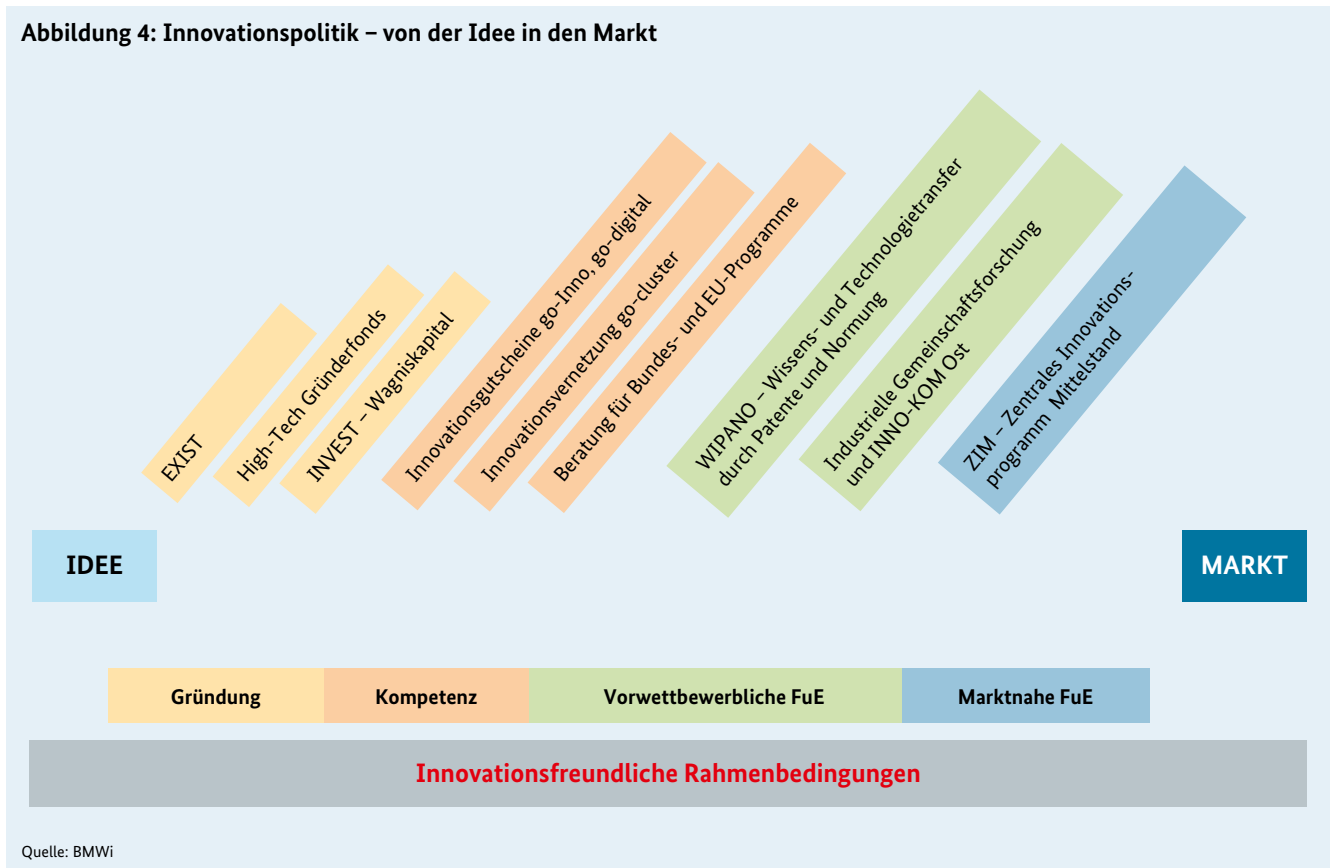
Um noch besser auf den Bedarf der mittelständischen Wirtschaft eingehen zu können, hat das BMWi Ende 2014 seine Förderpolitik auch thematisch neu strukturiert. Mit dem Konzept „Von der Idee in den Markt“ wurden die Innovationsprogramme für den Mittelstand in vier Programmfamilien gebündelt, die nun den gesamten Innovationsprozess – z. B. beginnend bei einer Unternehmensgründung bis hin zum marktorientierten Technologieprojekt – abdecken. Im Rahmen der 2016 durchgeführten „Roadshow“ wurde das neue Konzept über 2.000 mittelständischen Unternehmen und Multiplikatoren im Dialog vorgestellt. Die Resonanz war durchweg positiv.

Gleichwohl stellt sich die Frage, ob der aktuelle innovationspolitische Instrumentenkasten ausreicht, damit der bisher sehr erfolgreiche deutsche Mittelstand auch in Zukunft mit den besten Unternehmen der Welt mithalten kann. Oder anders gefragt: Welche Maßnahmen sind von Seiten der Politik, aber auch von Seiten der Wirtschaft und ihrer Verbände und Kammern zusätzlich zu ergreifen, damit sich das Erfolgsmodell „German Mittelstand“ auch in Zukunft durchsetzen kann?

Eine erste Einschätzung möglicher Antworten auf diese Fragen gibt die Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“, die in Kürze veröffentlicht werden soll.

Für die Studie haben ZEW und Prognos knapp 500 Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu insgesamt 45 Thesen befragt. Außerdem wurden mehr als 1.200 mittelständische innovative Unternehmen interviewt und allgemeine Innovationsindikatoren ausgewertet.

Abbildung 4: Innovationspolitik – von der Idee in den Markt





Wesentliche Ergebnisse der Studie

Die Befragten gehen grundsätzlich davon aus, dass die mittelständischen Unternehmen auch in Zukunft mit ihren bewährten Spezialisierungs- und Nischenstrategien erfolgreich bleiben werden. Insbesondere würden die KMU den Trend zur Digitalisierung für sich nutzen und eine aktive Rolle in der Industrie 4.0 spielen können.

Bei umweltfreundlichen und energieeffizienten Technologien wird erwartet, dass die Unternehmen ihre starke Marktposition auch bis zum Jahr 2025 behaupten können. Zudem sei davon auszugehen, dass die KMU in ihrer Innovationsarbeit weiterhin eng mit Wissenschaftseinrichtungen und regionalen Partnern kooperieren werden. Zur Innovationsfinanzierung werde der Mittelstand auch in Zukunft vor allem Eigenkapital und öffentliche Fördermittel nutzen, während Bankkredite – auch bei niedrigen Zinsen – eine immer geringere Rolle spielen würden.

In anderen Punkten zeigte sich aber auch Skepsis hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit des Mittelstands. Zahlreiche Experten gaben zu bedenken, dass vielen KMU eine mittelfristige strategische Perspektive fehle. Strategische Forschungs- und Innovationsaktivitäten würden vor allem zugunsten kurzfristiger Projekte vernachlässigt. Auch mangle es dem Mittelstand oftmals an der Bereitschaft, sich externen Partnern zu öffnen und sich damit ergänzendes Know-how zu erschließen. Es wird zudem erwartet, dass der Fachkräftengpass in Zukunft den Mittelstand noch stärker treffen werde, als das jetzt schon der Fall ist. Aus-

scheidende Mitarbeiter würden im Zuge des demographischen Wandels nicht vollständig ersetzt werden können.

Insgesamt kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass das „Erfolgsmodell Mittelstand“ nicht an seinem Ende angeht, dass aber – angesichts zahlreicher Umbrüche – zusätzliche Impulse notwendig sind, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes zu erhalten.

Im Wesentlichen gehe es darum, die Strategiefähigkeit im Mittelstand zu stärken und ihn für „die Notwendigkeit zur Neuorientierung“ zu sensibilisieren. Dies könnten sowohl Verbände und Kammern als auch externe Berater leisten. Die Politik ihrerseits sollte – so die Studie – dafür sorgen, dass die bestehenden Programme um weitere Förderinhalte ergänzt werden, so z. B. um Beratungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Strategiefähigkeit der Unternehmen. Auch der öffentliche Sektor könne mit einer verstärkten Nachfrage nach Innovationen ein Umdenken vieler Unternehmen induzieren.

Große Bedeutung für die Innovationsfähigkeit wird der steuerlichen Forschungsförderung für den Mittelstand eingeräumt. Es wird empfohlen, dieses Instrument in Ergänzung zur Projektförderung einzuführen. Mithilfe der steuerlichen Forschungsförderung ließe sich einerseits die Strategiefähigkeit der Unternehmen stärken. Andererseits ließen sich so auch die Forschungsanstrengungen in den Unternehmen verstetigen. Auf diesem Wege könnten sich gelegentlich forschende Unternehmen verstärkt zu kontinuierlich forschenden Betrieben weiterentwickeln.

Ausblick

Die Innovationspolitik des BMWi ist auf dem richtigen Weg: Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) und der Industriellen Gemeinschaftsforschung (IGF) unterstützt das BMWi schon jetzt die Zukunftsfähigkeit im Mittelstand. Hinzu kommen verschiedene Beratungsprogramme wie go-Inno und go-digital.

Nach Einschätzung des BMWi hat der Mittelstand darüber hinaus Nachholbedarf bei der (durchgehenden) Digitalisierung seiner Produktions- und Geschäftsprozesse. Chancen und neue Geschäftsmodelle, die das digitale Wirtschaften und Arbeiten ermöglichen, werden noch nicht mutig genug aufgegriffen. Deswegen hat das BMWi 2015 und 2016 elf neue Mittelstand-4.0-Kompetenzzentren eröffnet, die mittelständische Unternehmen und Handwerksbetriebe bei der Digitalisierung und Vernetzung sowie Anwendung von Industrie 4.0 durch Information und Demonstration bundesweit unterstützen. Hinzu kommen vier Mittelstand-4.0-Agenturen, in denen über bundesweit übergreifende Fragestellungen der Digitalisierung und der Industrie 4.0 informiert wird. KMU können in den neuen Kompetenzzentren neue digitale Anwendungen kennen lernen, sie auf ihre Unternehmenssituation zuschneiden und ausprobieren.

Das Förderprogramm „go-digital“ (bundesweit ab 2017, derzeit regionaler Modellversuch) ist dazu eine ideale Ergänzung. Es bietet Unternehmen mit bis zu 100 Beschäftigten konkrete Beratungen bis hin zur Installation von Software direkt im Betrieb an. Gerade kleine Firmen brauchen für diesen konkreten Schritt in der Regel die Hilfe durch Experten vor Ort. Beratungsunternehmen sind ihrerseits eine bevorzugte Zielgruppe der Kompetenzzentren.

Insgesamt sieht das BMWi die Notwendigkeit, bestehende Angebote finanziell weiter zu stärken sowie um neue Elemente zu ergänzen, insbesondere um die strategische Neuorientierung der Unternehmen zu unterstützen. Auch sollte die Forschung im Mittelstand steuerlich gezielt gefördert werden, ohne dass es hierdurch zu spürbaren Mitnahmeeffekten kommt.

Kontakt: Ruth Lochte
Referat: Grundsatzfragen der nationalen und internationalen Innovations- und Technologiepolitik

II. Wirtschaftliche Lage

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Weltwirtschaft: Verhaltene Wachstum.

Das globale Wachstum bleibt nach dem schwachen Winterhalbjahr verhalten.¹ Gemessen an der Industrieproduktion hat sich die globale Aktivität aber im Verlauf des laufenden Jahres, ausgehend von den Schwellenländern Asiens, etwas belebt. Insgesamt dürfte das diesjährige Weltwirtschaftswachstums aber kaum höher ausfallen als im vergangenen Jahr. Für dieses Jahr geht der Internationale Währungsfonds (IWF) gemäß seiner im Juli veröffentlichten Prognose von einem Anstieg des globalen BIP von 3,1% und im Folgejahr von 3,4% aus.

In den Vereinigten Staaten hat die Konjunktur nach dem schwachen Winterhalbjahr im zweiten Quartal leicht angezogen. Im Eurogebiet und in Japan verlangsamte sich das Wachstum im zweiten Quartal. Die Wirtschaft im Vereinigten Königreich scheint sich nach der Brexit-Entscheidung erst einmal robuster zu entwickeln als zunächst erwartet. Im Vergleich zu anderen Schwellenländern verzeichnet China weiterhin ein deutliches Wachstum. Rohstoff exportierende Länder wie Russland oder Brasilien sind weiterhin durch die relativ niedrigen Rohstoffpreise beeinträchtigt.

Die aktuellen Indikatoren zur Lage der Weltwirtschaft sprechen für eine sehr allmähliche konjunkturelle Belebung.

Die weltweite Industrieproduktion ist im Juni leicht angestiegen. Unverändert blieb der weltweite Composite Einkaufsmanager-Index von Markit im August, der sich jedoch weiterhin etwas über seiner Wachstumsschwelle befindet. Das Weltwirtschaftsklima des ifo Instituts hat sich im dritten Quartal etwas eingetrübt. Der Composite Leading Indicator (MEI) der OECD für die Industriestaaten blieb bis einschließlich Juli den fünften Monat in Folge unverändert. Insgesamt lässt auch das gemischte Bild der Indikatoren nur ein verhaltenes Wachstum der globalen Wirtschaft erwarten.

USA: Langsame Beschleunigung.

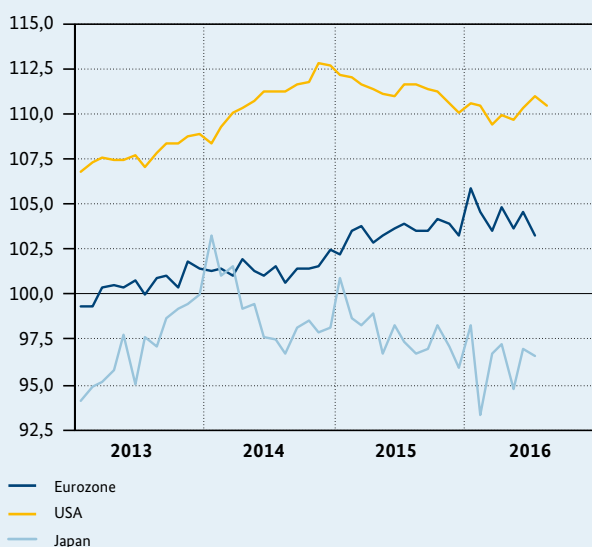
Die Wirtschaftsleistung in den USA nimmt verhalten zu. Während im ersten Quartal das BIP um 0,2% gegenüber dem Vorquartal gestiegen ist, hat es sich im zweiten Quartal nach ersten Schätzungen auf 0,3% etwas beschleunigt. Die privaten Konsumausgaben tragen weiterhin die Expansion. Aber insbesondere geringere Lagerinvestitionen bremsen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Exporte haben erstmals nach drei aufeinanderfolgenden Quartalen wieder leicht zugenommen.

Die Industrieproduktion ist im August nach zwei Anstiegen in Folge um 0,4% gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Die Zahl der Beschäftigten nahm auch im August wieder zu, wobei sich das Beschäftigungswachstum schwächer erwies als im Vormonat. Der Markit-Einkaufsmanager-Index für Industrie und Dienstleistungen sank im August leicht. Ebenfalls weiter eingetrübt hat sich im August der Einkaufsmanagerindex des Institute for Supply Management (ISM) für das Verarbeitende Gewerbe. Insgesamt dürfte die Konjunktur in den Vereinigten Staaten aber weiterhin robust aufwärtsgerichtet bleiben. Das Wachstum des BIP wird jedoch niedriger ausfallen als von den Vereinigten Staaten gewohnt.

Japan: Unverändert geringes Grundtempo.

Für die japanische Wirtschaft wurden die ersten Zahlen für das zweite Quartal zum Anstieg des BIP gegenüber dem Vorquartal etwas auf 0,2% nach oben korrigiert. Dennoch hat sich das Wachstum im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal wieder verlangsamt.

Industrieproduktion International
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: Eurostat, Fed, Japanese MITI, eigene Berechnung

¹ In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2016 vorlagen.

Internationale Wirtschaftsentwicklung

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung gegen Vorzeitraum (preis- und saisonbereinigt)

	2015 Q2	2015 Q3	2015 Q4	2016 Q1	2016 Q2
Euroraum	0,4	0,4	0,4	0,5	0,3
USA	0,6	0,5	0,2	0,2	0,3
Japan	-0,5	0,5	-0,4	0,5	0,2

Arbeitslosenquote

Abgrenzung nach ILO (saisonbereinigt)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	10,1	10,1	10,1	10,1	-
USA	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9
Japan	3,2	3,2	3,1	3,0	-

Verbraucherpreise

Veränderung gegen Vorjahreszeitraum (Ursprungswerte)

	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Euroraum	-0,2	-0,1	0,1	0,2	0,2
USA	1,1	1,0	1,0	0,8	1,1
Japan	-0,3	-0,4	-0,3	-0,5	-

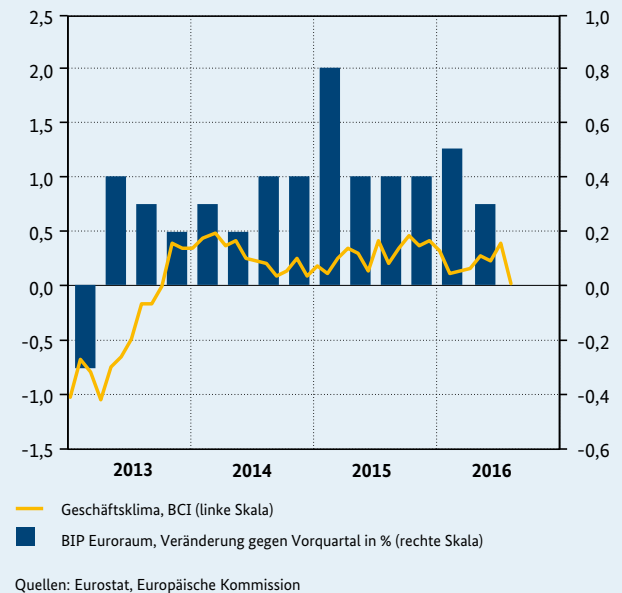
Quellen: Eurostat, OECD, Macrobond

Nach einem Anstieg der Industrieproduktion im Juni ist die Industrieproduktion im Juli wieder leicht zurückgegangen. Das Vorjahresniveau konnte bislang nicht erreicht werden. Einen dritten leichten Zuwachs konnte der Markit-Einkaufsmanager-Index für das Verarbeitende Gewerbe im August verzeichnen. Seine Wachstumsschwelle wurde jedoch nicht überschritten. Die Stimmung der Unternehmen liegt nach dem abwärtsgerichteten Tankan-Index derzeit auf einem Tiefstand wie zuletzt im Jahr 2013. Rückläufige Ausfuhren belasten ebenfalls die exportorientierte japanische Wirtschaft. Um eine Rezession zu unterbinden, wurde im August ein weiteres Konjunkturpaket initiiert. Für das Jahr 2016 prognostizierte der IWF im Juli ein Wirtschaftswachstum von 0,3% und für das Folgejahr ein Wachstum von 0,1%.

Euroraum und EU: Langsames Wachstum.

Nach vergleichsweise kräftigem Wachstum im ersten Quartal (+0,5%) hat die Wirtschaft des Euroraums im zweiten Quartal mit einem Anstieg des BIP um 0,3% gegenüber dem Vorquartal ihr Expansionstempo etwas verringert. Ihr Wachstum ist maßgeblich vom privaten Konsum getragen. Ein recht kräftiges Wachstum verzeichneten dabei Spanien (+0,8%) und die Niederlande (+0,6%). Eine stagnierende Wirtschaftsaktivität war in Italien, Frankreich und Finn-

Euroraum: BIP und Geschäftsklima (saisonbereinigt)



land zu beobachten. Recht dynamisch entwickelten sich im zweiten Quartal vor allem die osteuropäischen Mitgliedstaaten.

Während im Juni die Industrieproduktion im Euroraum gegenüber dem Vormonat zugenommen hatte, ist diese im Juli wieder gesunken (-1,1%). Abwärtsgerichtet zeigen sich die Stimmungsindikatoren. So nahm der Economic Business Climate Indicator der Europäischen Kommission im August ab. Ebenfalls etwas zurückgegangen ist im August der Einkaufsmanager-Index von Markit. Unverändert blieb im Juli die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, die wie die drei Monate zuvor bei 10,1% liegt.

Der IWF erwartet gemäß seiner Prognose im Juli für die Eurozone einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,6% in diesem Jahr. Für das Jahr 2017 wurden die Wachstumsprognosen angesichts des Brexit-Votums und dessen Auswirkungen um 0,2% auf 1,4% abwärts revidiert. Allerdings ist eine Abschätzung der Auswirkung des Brexits auf die Wirtschaftsaktivität im Vereinigten Königreich sowie auf den Euroraum derzeit mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Der IWF hat die Wachstumsprognose für das Vereinigte Königreich in diesem Jahr auf 1,7% gesenkt. Für das nächste Jahr wird ein Wachstum von 1,3% erwartet. Dabei zeichnen die aktuellen Konjunkturindikatoren für das Vereinigte Königreich ein durchaus gemischtes Bild.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

1. Gesamtwirtschaft

Die Wirtschaft dürfte nach dem starken ersten Halbjahr nunmehr ruhiger expandieren.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Expansionskurs.² Nach der relativ starken Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im ersten Halbjahr 2016 schlägt sie nunmehr im zweiten Halbjahr eine etwas ruhigere Gangart ein. Im ersten Halbjahr wurde die gesamtwirtschaftliche Leistung gegenüber dem zweiten Halbjahr 2015 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,1% erhöht.³ Überdurchschnittlich trugen hierzu das Baugewerbe, die Unternehmens- und die öffentlichen Dienstleister bei. Neben dem milden Winter dürften hierbei vor allem die zusätzlichen Aktivitäten zur Bewältigung der Zuwanderung der Flüchtlinge maßgeblich gewesen sein. Die Impulse hieraus werden im zweiten Halbjahr geringer ausfallen. Damit wird das nach wie vor schwierige außenwirtschaftliche Umfeld, einschließlich der erhöhten Unsicherheit durch die Brexit-Entscheidung, wieder prägender für die deutsche Wirtschaft. Allerdings sind wichtige binnenwirtschaftliche Auftriebskräfte nach wie vor intakt. So signalisiert das

Geschäftsklima für die Dienstleistungsbereiche eine Fortsetzung des Aufschwungs und auch der Bausektor steht bei bereits hoch ausgelasteten Kapazitäten einer wachsenden Nachfrage gegenüber. Dagegen hat sich das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe, auch wenn es weiterhin gut ist, zuletzt eingetrübt. Die zögerliche Nachfrage aus dem In- und Ausland wirkt sich auf die Produktionsdispositionen, aber auch auf die Investitionen der Unternehmen aus. Die deutsche Wirtschaft wird daher mit einem moderaten Tempo expandieren.

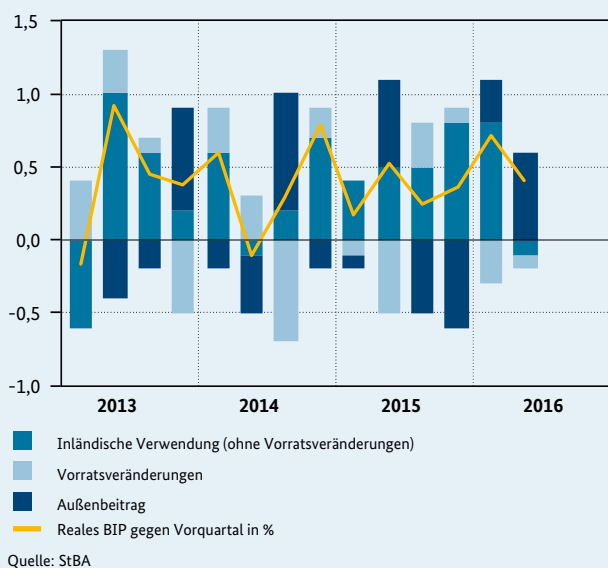
2. Produzierendes Gewerbe

Die Industriekonjunktur entwickelt sich verhalten.

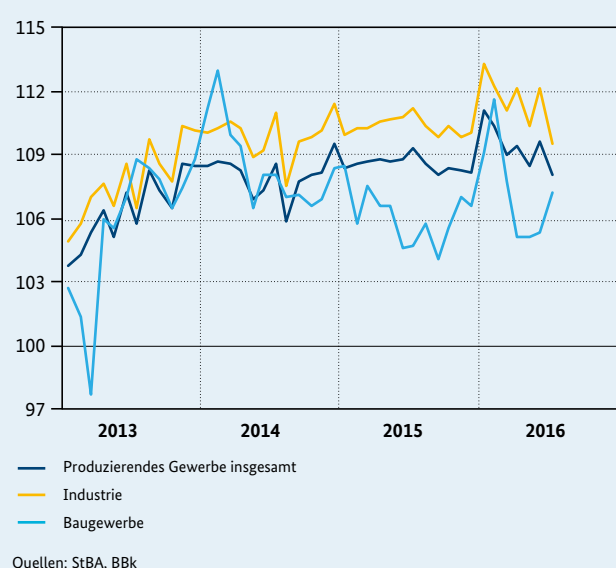
Die gute Baukonjunktur kommt nach witterungsbedingten Sondereffekten wieder stärker zum Tragen.

Die Produktion im Produzierenden Gewerbe fiel im Juli 1,5% schwächer aus als im Vormonat. Dabei ging die Industrieproduktion um 2,3% zurück, während die Bauleistung um 1,8% ausgeweitet wurde. Die Energieerzeugung stieg um 2,6%.

Wachstum des Bruttoinlandsprodukts
(Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten, preis-, kalender- und saisonbereinigt)



Produktion im Produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftszweigen
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



² In diesem Bericht werden Daten verwendet, die bis zum 15. September 2016 vorlagen.

³ Soweit nicht anders vermerkt, handelt es sich um Veränderungsraten gegenüber der jeweiligen Vorperiode auf Basis preisbereinigter sowie nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA kalender- und saisonbereinigter Daten.

Innerhalb der Industrie wurde die Produktion im Juli am stärksten im Bereich der Investitionsgüter (-3,6%) eingeschränkt, unter anderem in Schlüsselbranchen wie der Kfz-Industrie oder im Maschinenbau. Die Produktion von Konsumgütern ging um 2,6% zurück und die Herstellung von Vorleistungsgütern fiel um 0,8% schwächer aus als im Vormonat.

Insgesamt entwickelte sich die Industrieproduktion zuletzt sehr zurückhaltend. Im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli lag das Produktionsvolumen um 1,1% unter dem Niveau der vorangegangenen drei Monate. Rückläufig war die Produktion vor allem im Bereich der Investitions- und Vorleistungsgüter.

Industrie

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

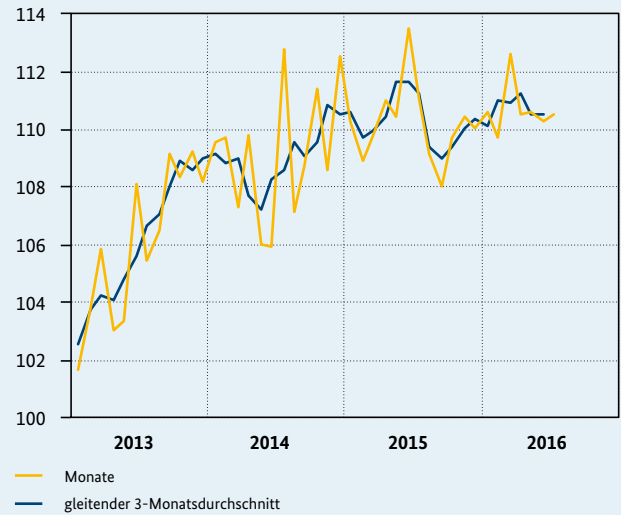
	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Produktion					
Insgesamt	2,0	-0,6	-1,6	1,6	-2,3
Vorleistungsgüter	1,4	-0,9	-0,5	-0,7	-0,8
Investitionsgüter	2,3	-0,7	-3,4	4,0	-3,6
Konsumgüter	2,3	0,4	0,4	1,1	-2,6
Umsätze					
Insgesamt	0,9	-0,5	-1,0	-0,8	-1,6
Inland	1,2	-1,3	-0,9	0,1	-2,3
Ausland	0,7	0,2	-0,9	-1,8	-1,0
Auftragseingänge					
Insgesamt	0,9	-0,5	0,1	-0,3	0,2
Inland	-0,8	1,0	-2,1	0,9	-3,0
Ausland	2,1	-1,4	1,9	-1,1	2,5
Vorleistungsgüter	-1,8	1,5	-3,5	-0,6	0,0
Investitionsgüter	2,3	-1,4	2,5	0,0	0,8
Konsumgüter	1,7	-2,3	0,0	-0,5	-4,3

Quellen: StBA, BBk

Auch die Industrieumsätze fielen im Juli schwächer aus als im Vormonat (-1,6%) und stellen sich in der Tendenz eher abwärtsgerichtet dar, insbesondere im Bereich der Investitions- und Vorleistungsproduzenten. Dies gilt sowohl für die Inlands- als auch die Auslandsumsätze.

Auftragseingang in der Industrie

(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)

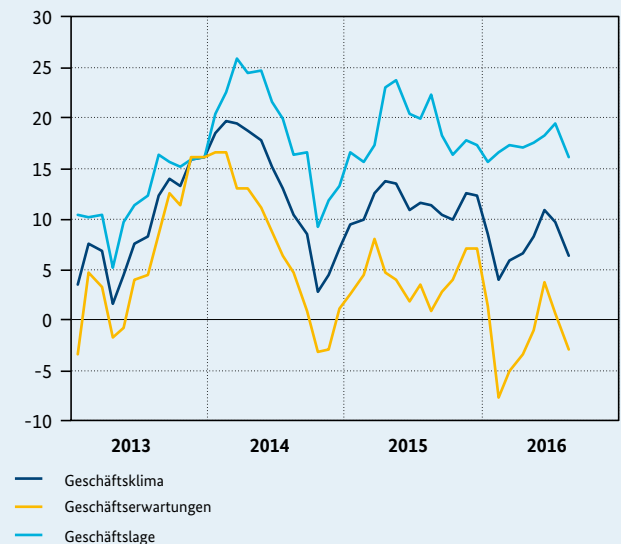


Quellen: StBA, BBk

Die Auftragseingänge in der Industrie entwickeln gegenwärtig ebenfalls kaum Dynamik. Im Juli nahmen sie gegenüber dem Vormonat leicht um 0,2% zu und lagen damit auf dem Niveau des zweiten Quartals insgesamt. Dabei wurde das Bild durch Großaufträge geprägt. Ohne deren Berücksichtigung gingen die Auftragseingänge im Juli um 1,3% zurück. In der Tendenz waren die Auftragseingänge zuletzt leicht abwärtsgerichtet (Dreimonatsvergleich: -0,4% bzw.

ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe

(saisonbereinigt, Salden)



Quelle: ifo Institut

-0,5 % ohne Berücksichtigung von Großaufträgen). Im Teilbereich der Investitionsgüter entwickelt sich das Bestellvolumen – allerdings auch unterstützt durch Großaufträge – sowohl im Juli (+0,8%) als auch im Verlauf positiv. Die Inlandsnachfrage hatte sich zuletzt abgeschwächt (-3,0%), während die Bestellungen aus dem Ausland vor allem durch positive Impulse aus dem Euroraum wieder etwas stärker ausfielen. Der Auftragsbestand entwickelt sich mit einer Reichweite von 5,1 Monaten etwas besser.

Das ifo Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe ging im August das zweite Mal in Folge zurück. Unter anderem dürften die schwache Weltkonjunktur und das Brexit-Votum für eine gewisse Verunsicherung sorgen. Die Geschäftserwartungen wurden erneut gesenkt und auch die Lage wurde in der jüngsten Befragung etwas weniger positiv eingeschätzt. Gleichwohl ist das Geschäftsklima im Saldo positiv und liegt weiterhin über seinem langjährigen Durchschnitt.

Nachdem die Frühjahrsbelebung im Bau wegen des vorangegangenen milden Winters deutlich schwächer ausfiel, wird die gute Baukonjunktur nun wieder sichtbar. Die Bauproduktion wurde zuletzt auch saisonbereinigt wieder ausgeweitet. Im Juli ergab sich ein deutliches Plus von 1,8%, nach einem leichten Aufwuchs im Vormonat.

Baugewerbe

Veränderung gegen Vorzeitraum in %
(Volumen, saisonbereinigt)

Produktion

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Insgesamt	3,0	-3,9	0,0	0,2	1,8
Bauhauptgewerbe	1,4	-5,3	0,3	0,7	0,3
Ausbaugewerbe	4,6	-2,4	-0,2	-0,4	3,5

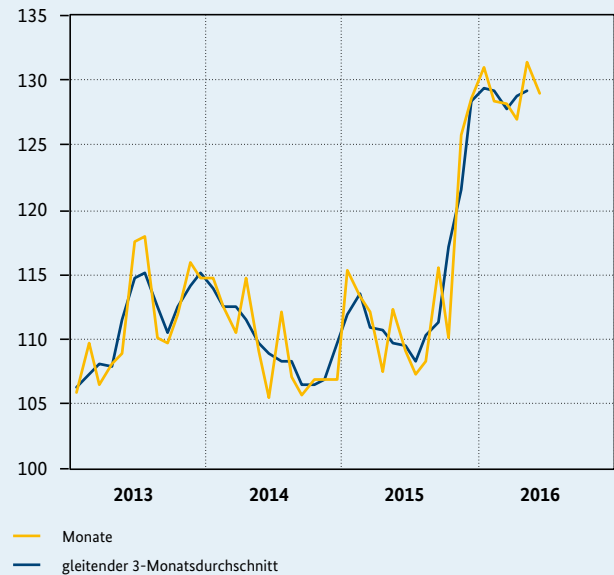
Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
Insgesamt	6,3	0,0	-0,9	3,5	-1,8
Hochbau	4,7	6,1	0,6	11,4	-4,3
Wohnungsbau*	13,2	-0,6	-10,2	10,8	1,2
Gewerblicher*	-1,5	15,9	9,0	15,6	-8,1
Öffentlicher*	1,0	-5,9	9,3	-2,3	-8,1
Tiefbau	8,0	-6,5	-2,4	-5,4	1,6
Straßenbau*	25,2	-12,1	4,0	-6,8	5,7
Gewerblicher*	-1,1	-0,8	-0,6	-6,1	-1,6
Öffentlicher*	-0,2	-5,6	-11,6	-2,8	0,3
Öffentlicher Bau insg.	10,8	-8,8	-1,4	-4,6	1,3

Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe (Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



Quellen: StBA, BBk

Nach einem starken Mai gingen die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe im Juni um 1,8% zurück. Damit blieb das Bestellvolumen im zweiten Quartal auf dem Niveau des Vorquartals. Während im Hochbau vor allem durch gewerbliche Auftraggeber deutlich mehr Bestellungen verzeichnet wurden (zweites Quartal: +6,1%), ging das Ordervolumen im Tiefbau um 6,5% zurück, vor allem im Bereich Straßenbau (-12,1%). Die öffentlichen Auftraggeber haben sich im zweiten Quartal mit Neubestellungen zurückgehalten (-8,8%). Insgesamt waren die Auftragseingänge im zweiten Quartal aber um rund 18% höher als vor einem Jahr.

Daher ist die Stimmung im Baugewerbe weiterhin gut. Die Geschäftserwartungen haben sich innerhalb des letzten halben Jahres deutlich aufgehellt. Die aktuelle Lage wird weiterhin äußerst positiv eingeschätzt. Nachdem der Indikator im Juni ein Allzeithoch erreicht hatte, ging die Lagebeurteilung zuletzt leicht zurück. Die günstigen Finanzierungsbedingungen, positive Einkommenserwartungen und die nach wie vor gute Lage am Arbeitsmarkt dürften insbesondere den Wohnungsbau weiterhin begünstigen.

3. Privater Konsum

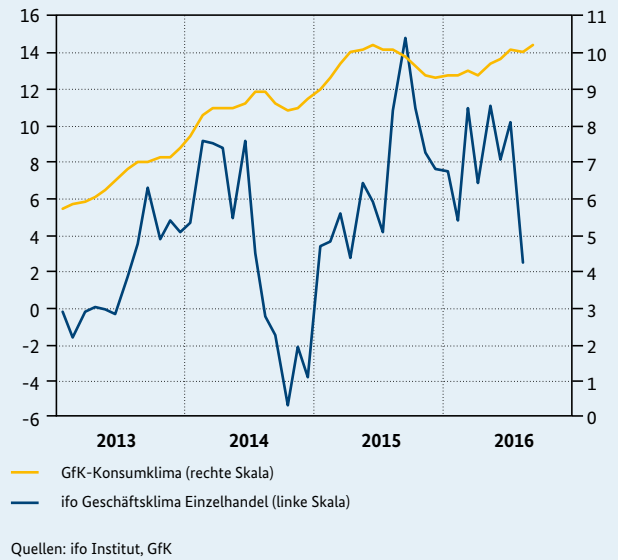
Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Juli spürbar über das Niveau im zweiten Quartal.

Das Geschäftsklima im Einzelhandel gab dennoch nach.

Der private Konsum stieg im zweiten Vierteljahr um 0,2%. Er nahm damit nicht mehr ganz so dynamisch zu wie in den Vorquartalen. Auf Jahressicht ist der Zuwachs hingegen größer als in den vorangegangenen Quartalen. Die Konsumlaune unter Verbrauchern ist weiterhin gut, die stabile Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und eine niedrige Inflationsrate sorgen für ein günstiges Umfeld.

Die Umsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) sind zu Beginn des dritten Quartals (+0,6%) nach einem stabilen Verlauf im Juni wieder gestiegen. Damit wurde eine gute Ausgangsbasis für das dritte Vierteljahr geschaffen. Auch im Dreimonatstrend ist ein Zuwachs sichtbar. Der Umsatz im Kfz-Handel konnte im Juni wieder um 1,4% zulegen, nach einem rückläufigen Maiergebnis. Im Dreimonatsvergleich blieb es hier allerdings bei einem Rückgang um 0,8%. Die privaten Kfz-Neuzulassungszahlen entwickeln sich demgegenüber bei stärkeren monatlichen Schwankungen recht günstig. Im Durchschnitt der letzten drei Monate

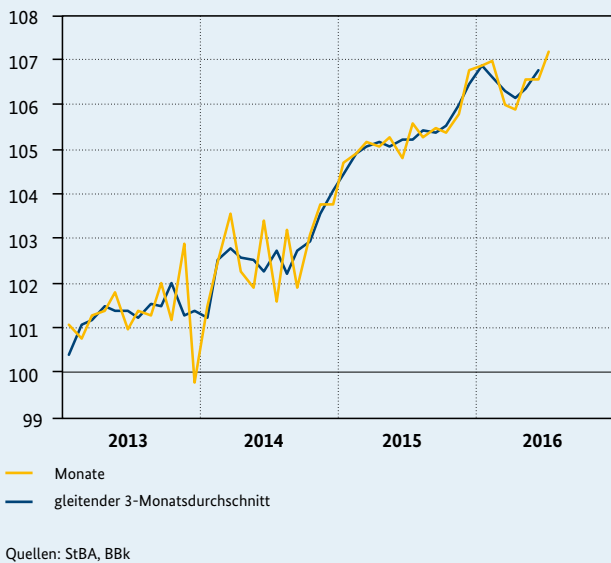
Klimaindikatoren für den privaten Konsum (Salden)



(Stand August) gab es 8,5% mehr Zulassungen für private Haushalte als vor einem Jahr.

Das Geschäftsklima im Einzelhandel hat sich im August etwas überraschend eingetrübt, blieb aber deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen bewerteten die Unternehmen im August weniger günstig als zuvor. Die Stimmung unter den Verbrauchern bewegt sich weiterhin auf sehr hohem Niveau. Nach der jüngsten GfK-Erhebung ist das Konsumklima wieder aufwärtsgerichtet. Gestiegene Einkommenserwartungen für Beschäftigte und Ruheständler, die gute Arbeitsmarktlage sowie die geringe Preisdynamik lassen auch die Anschaffungsneigung der Konsumenten ansteigen.

Einzelhandelsumsatz (ohne Handel mit Kfz)
(Volumenindex 2010 = 100, saisonbereinigt)



4. Außenwirtschaft

Die Exporte und der Leistungsbilanzsaldo sind zu Beginn des zweiten Halbjahres deutlich zurückgegangen.

Die Exportperspektiven bleiben begrenzt.

Im Juli 2016 wurden aus Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von 114,6 Mrd. Euro ausgeführt.⁴

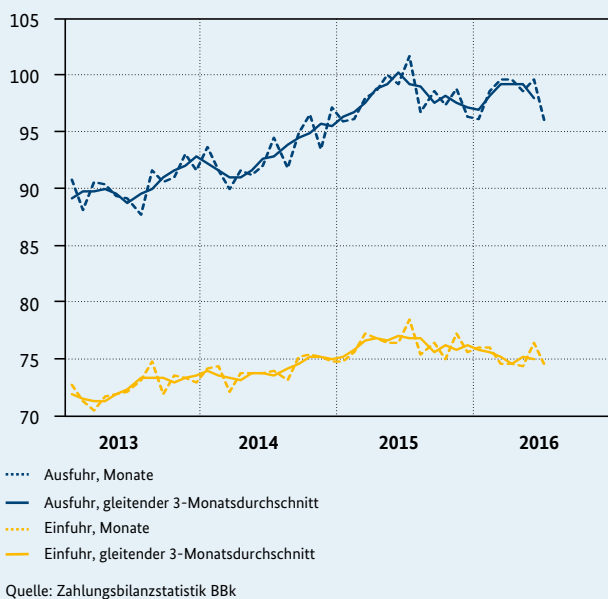
4 Zahlungenbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Saisonbereinigt wurden 3,6% weniger Waren und Dienstleistungen ausgeführt als im Vormonat. Auch im Dreimonatsvergleich waren die Ausfuhren mit -1,3% markant rückläufig. Die Ausführpreise sind im Juli im Vergleich zum Vormonat wie schon in den beiden Vormonaten etwas gestiegen (+0,2%), so dass die Warenausfuhren im Berichtsmonat preisbereinigt ebenfalls deutlich schwächer ausfielen als im Vormonat. Nach Regionen wurden im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr insbesondere die Ausfuhren von Waren in die EU-Länder überdurchschnittlich ausgeweitet. Hingegen waren die Ausfuhren von Waren in die Absatzmärkte außerhalb der EU-28, wie beispielsweise in die Vereinigten Staaten, rückläufig. Die Ausfuhren in das Vereinigte Königreich entwickelten sich im ersten Halbjahr bereits vor der Brexit-Entscheidung unterdurchschnittlich.

Die nominalen Einfuhren von Waren und Dienstleistungen gingen im Juli im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt ebenfalls deutlich um 2,5% zurück. Aufgrund des kräftigen Preisverfalls beim Rohöl seit dem Sommer 2014 waren die Einfuhrpreise lange rückläufig. Seit März steigen die Einfuhrpreise tendenziell wieder an. Im Juli gab es einen leichten Anstieg um 0,1% im Vergleich zum Vormonat. Preisbereinigt dürften die Einfuhren daher ebenfalls abwärtsgerichtet sein.

Warenhandel

(in Mrd. Euro, kalender- und saisonbereinigt)



Außenhandel*

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
Warenhandel und Dienstleistungen (Zahlungsbilanzstatistik) Veränderung gegen Vorperiode in % (saisonbereinigt)					
Ausfuhr	1,0	1,0	-0,3	0,7	-3,6
Einfuhr	-0,8	-0,6	-0,3	2,4	-2,5
Außenhandel mit Waren nach Ländern (Außenhandelsstatistik) Veränderung gegen Vorjahr in % (Ursprungswerte)					
Ausfuhr	0,6	2,1	1,6	1,1	-10,0
Eurozone	1,5	2,5	1,5	0,1	-6,0
EU Nicht-Eurozone	4,8	6,1	3,0	5,5	-8,8
Drittländer	-2,4	-0,2	1,0	-0,4	-13,8
Einfuhr	0,4	0,1	-0,1	0,3	-6,5
Eurozone	1,0	0,6	-0,8	3,2	-4,4
EU Nicht-Eurozone	4,7	4,8	2,5	3,8	-4,8
Drittländer	-2,9	-3,4	-0,7	-5,4	-10,1

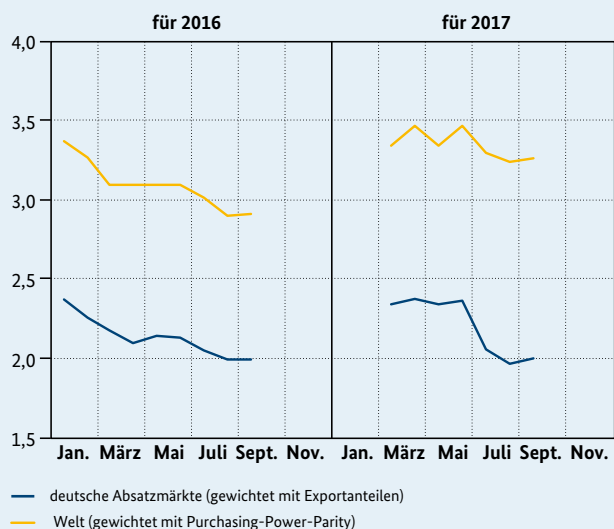
Quellen: StBA, BBk

* Angaben in jeweiligen Preisen

Im Juli ergab sich insgesamt erneut eine positive Bilanz des Handels mit Waren und Dienstleistungen in Höhe von 16,8 Mrd. Euro in Ursprungswerten. Der Leistungsbilanzsaldo lag nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank mit 18,6 Mrd. Euro um 6,7 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert. Kumuliert ergab sich im laufenden Jahr ein Leistungsbilanzüberschuss von 156,2 Mrd. Euro, rund 14 Mrd. Euro mehr als vor einem Jahr. Für diesen Anstieg sind nicht zuletzt geringere Kosten für importiertes Rohöl verantwortlich.

Entwicklung der Erwartungen des jährlichen Wachstums der Weltwirtschaft und der deutschen Absatzmärkte

(Veränderung des realen BIP gg. Vj. in %)



Das gemischte Bild der nationalen Indikatoren zur Außenwirtschaft spiegelt auch die Unsicherheit nach der Brexit-Entscheidung wider. Die Bestellungen aus dem Ausland haben nach einem Rückgang im zweiten Quartal im Juli zugenommen. Die ifo Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe haben sich dagegen in den vergangenen zwei Monaten verschlechtert. Insgesamt deuten die Indikatoren zusammen mit den verhaltenen Wachstumserwartungen für die wichtigsten Handelspartner auf derzeit begrenzte Exportperspektiven hin.

5. Arbeitsmarkt

Der Beschäftigungsaufbau auf nunmehr 43,71 Mio. Erwerbstätige hält an.

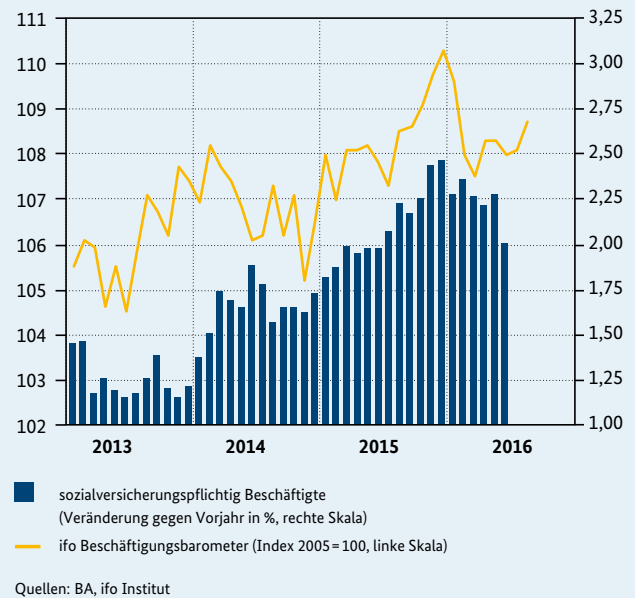
Die Arbeitslosigkeit ging, unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, saisonbereinigt weiter zurück.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter stabil positiv. Die Erwerbstätigkeit hat im Juli erneut spürbar zugenommen. Der Aufbau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung hielt – zuletzt leicht abgeschwächt – an. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Juli und August aufgrund der Sommerpause angestiegen, saisonbereinigt setzt sich der Abbau der Arbeitslosigkeit fort. Dazu haben auch die ausgeweiteten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beigetragen. Die Unterbeschäftigung stieg saisonbereinigt weiter an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften befindet sich weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

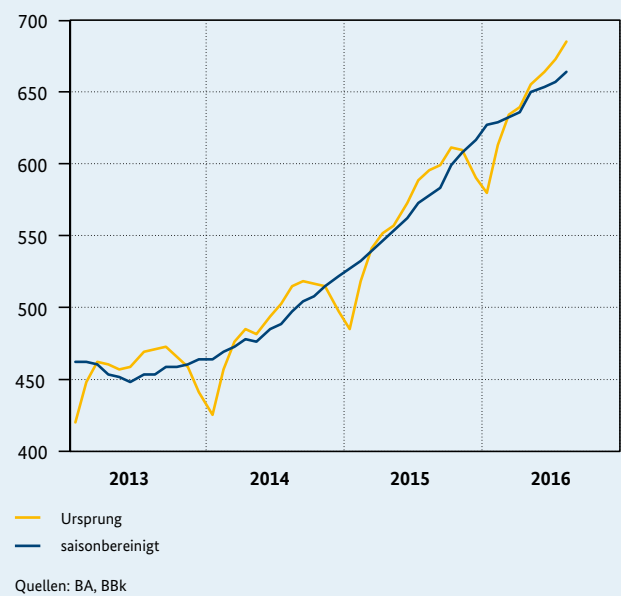
Die Frühindikatoren signalisieren gute Aussichten für den Arbeitsmarkt. Das ifo Beschäftigungsbarometer stieg leicht und befindet sich deutlich über seinem langfristigen Durchschnitt. Das Arbeitsmarktbarometer des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) signalisiert weiter verbesserte Beschäftigungsaussichten. Auch die Erwartungen an die Entwicklung der Arbeitslosigkeit haben sich erneut verbessert. Dies deutet einen leichten Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosigkeit an. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften – stieg im August weiter an.

Die Erwerbstätigkeit ist weiter stetig aufwärtsgerichtet. Sie erreichte im Juli erneut einen neuen Höchststand.

ifo Beschäftigungsbarometer und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



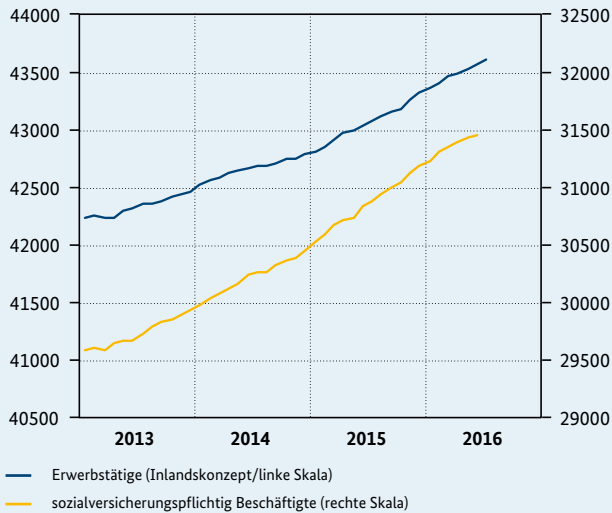
Gemeldete Arbeitsstellen (in 1000)



In Deutschland waren 43,71 Mio. Personen erwerbstätig. Gegenüber Juni waren saisonbereinigt 39.000 Personen mehr beschäftigt. Binnen zwölf Monaten nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 1,2% zu.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

(in 1000, saisonbereinigt)



Quellen: BA, StBA, BBk

Der Anstieg der Erwerbstätigkeit ist grundsätzlich vor allem auf die in der Tendenz steigende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückzuführen. Sie nahm im Juni saisonbereinigt zwar nur um 4.000 Personen zu, ähnliche einmalige Unterbrechungen des kräftigen Aufwärtstrends waren aber auch schon in früheren Jahren zu beobachten. Nach den Ursprungszahlen lag sie bei 31,39 Mio. Personen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 2,0%.

In fast allen Branchen stieg binnen Jahresfrist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Die Dienstleistungsbereiche Pflege und Soziales, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen sowie der Handel dominieren dabei weiter.

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit, wie die Selbständigen, die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten und die in Arbeitsgelegenheiten Beschäftigten, haben gegenüber dem Vorjahr etwas an Gewicht verloren.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist tendenziell weiter leicht rückläufig. Wie im Juli sank sie saisonbereinigt um 7.000 Personen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde im August, wie in den Vormonaten, vom Anstieg entlastender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, insbesondere für anerkannte Asylbewerber, begünstigt. Nach Ursprungszahlen stieg die Arbeitslosigkeit um 23.000 auf 2,68 Mio. Personen. Der Vorjahresstand wurde um 111.000 Personen

Arbeitsmarkt

Arbeitslose (SGB III)

	Q1	Q2	Juni	Juli	Aug.
in Mio. (Ursprungszahlen)	2,892	2,674	2,614	2,661	2,684
gg. Vorjahr in 1.000	-101	-98	-97	-112	-111
gg. Vorperiode in 1.000*	-40	-30	-6	-8	-7
Arbeitslosenquote	6,6	6,1	5,9	6,0	6,1

Erwerbstätige (Inland)

	Q1	Q2	Mai	Juni	Juli
in Mio.	43,1	43,5	43,5	43,7	43,7
gg. Vorjahr in 1.000	541	528	528	533	535
gg. Vorperiode in 1.000*	149	123	40	47	39

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	Q1	Q2	April	Mai	Juni
in Mio.	31,1	31,4	31,3	31,4	31,4
gg. Vorjahr in 1.000	-217	294	678	698	614
gg. Vorperiode in 1.000*	174	126	28	54	3

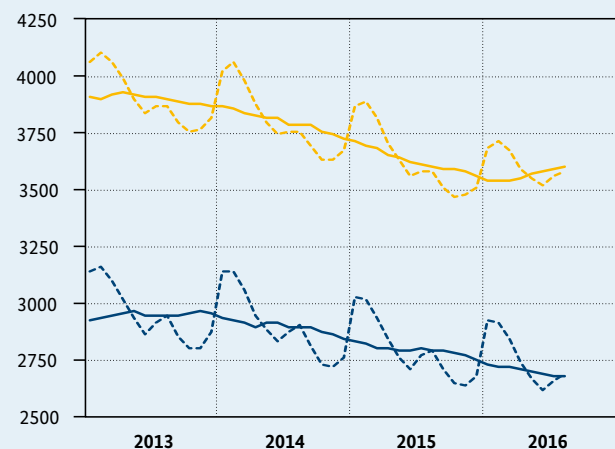
Quellen: BA, StBA, BBk

* kalender- und saisonbereinigte Angaben

unterschritten. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Asylzugangsländern nahm im August gegenüber dem Vorjahr um 110% auf 170.000 Personen zu. Die Arbeitslosenquote stieg leicht auf 6,1%.

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

(in 1000)

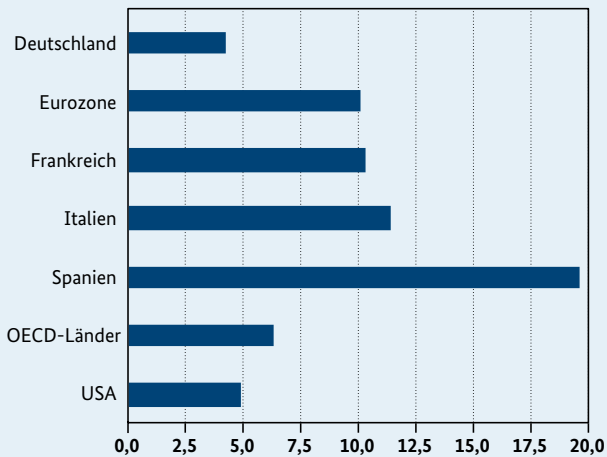


..... Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), Ursprung
——— Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), saisonbereinigt
..... Arbeitslose, Ursprung
——— Arbeitslose, saisonbereinigt

Quellen: BA, IAB, BBk

Internationale Erwerbslosenquoten

(ILO-Konzept, saisonbereinigt, in %, Stand: Juli 2016)



Quelle: Eurostat

Die nach dem Konzept der ILO berechnete saisonbereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli bei 4,2%. Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten der Industrieländer.

Die Unterbeschäftigung, die auch Personen in entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit umfasst, lag im August bei 3,58 Mio. Personen (Ursprungszahl, ohne Kurzarbeit). Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 1.000 Personen. Seit diesem Frühjahr wird der Vorjahresabstand immer geringer. Saisonbereinigt nahm die Unterbeschäftigung um 6.000 Personen gegenüber Juli zu.

6. Preise

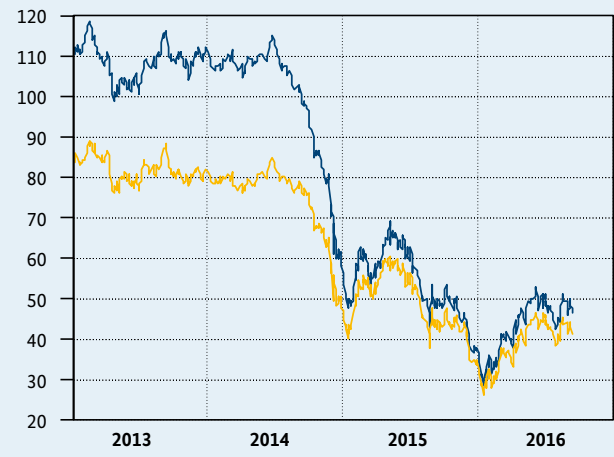
Der Rohölpreis festigt sich.

Die Dynamik der Verbraucherpreise bleibt in diesem Jahr gering. Im August verharrte die Inflationsrate bei 0,4%.

Die Preisentwicklung in Deutschland wird nach wie vor von den gesunkenen Weltmarktpreisen für Energie bestimmt. Der dämpfende Effekt der Energiepreise dürfte aber bis zum Jahresende weitgehend auslaufen, so dass ab dem nächsten Jahr mit einem beschleunigten Preisauftrieb auf allen Wirtschaftsstufen zu rechnen ist. Dazu dürften auch die steigenden Löhne beitragen.

Rohölpreis der Sorte Brent

(je Barrel)

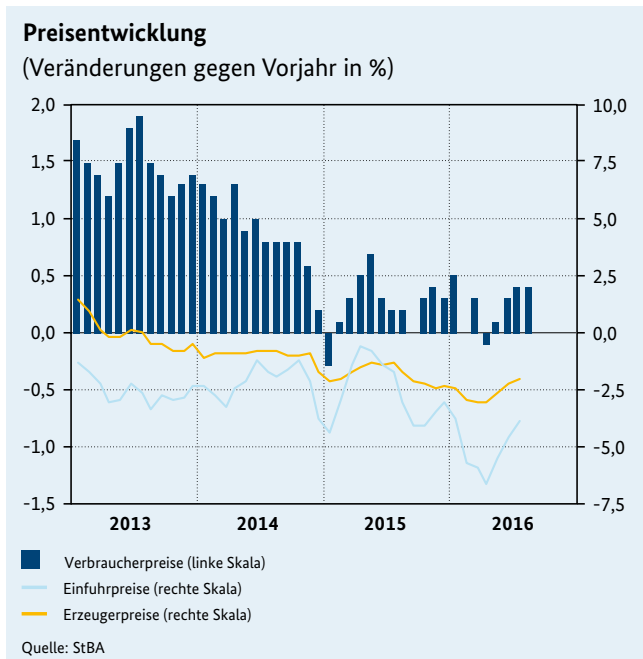


Quelle: Macrobond

Der Rohölpreis konnte nach einer viermonatigen Erholung im Frühjahr seinen Aufwärtstrend zur Jahresmitte 2016 nicht mehr fortsetzen. Von Mitte August bis Mitte September schwankte er im Bereich zwischen 45 und 50 US-Dollar je Barrel. Er notierte Mitte September mit knapp 46 US-Dollar nunmehr exakt auf Vorjahresniveau.

Die Einfuhrpreise erhöhten sich im Juli (letzter Berichtsmonat) den dritten Monat in Folge. Von Juni auf Juli stiegen sie geringfügig um 0,1%. Vor allem Vorleistungsgüter, z. B. Metalle, verteuerten sich gegenüber dem Vormonat. Importierte Energieprodukte sanken dagegen erstmals seit Februar wieder im Preis. Der Vorjahresabstand bei den Einfuhrpreisen schwächt sich langsam ab. Im Juli ging er weiter auf -3,8% zurück. Insbesondere die Energiepreise, z. B. die Preise für Erdöl und Mineralölerzeugnisse, lagen noch immer um mehr als ein Fünftel unter ihrem Niveau von vor zwölf Monaten. Die Importpreise ohne Energie verringerten sich dementsprechend im Vorjahresvergleich nur halb so stark (-1,9%).

Im Auslandsabsatz erhöhten die deutschen Exporteure ihre Preise im Juli um 0,2% im Vergleich zum Vormonat. Die Preisimpulse kamen insbesondere aus dem Bereich der Vorleistungsgüter, aber auch aus den Bereichen der Investitions- und Konsumgüter. Binnen Jahresfrist fielen die Ausfuhrpreise mit einer Rate von -1,2%, vorwiegend weil die Preise für Energie und Vorleistungsgüter im Vergleich zum Vorjahr sanken. Die Preisrelation im Außenhandel (Terms



of Trade) ist aus deutscher Sicht im Juli 2016 mit +2,7% etwas günstiger als vor einem Jahr, allerdings weniger deutlich als noch in den Vormonaten.

Im Inlandsabsatz erhöhten sich die Erzeugerpreise im Juli um 0,2% im Vergleich zum Vormonat. Ursächlich waren Preisanhebungen bei Verbrauchs- und Vorleistungsgütern. Die Preise für Investitions- und Konsumgüter sowie Energieprodukte blieben insgesamt stabil. Auf Jahressicht sanken die Preise für gewerbliche Produkte um 2,0%, wobei die Preise für Gebrauchs-, Investitions- und Verbrauchsgüter etwas höher waren. Die Preise für Energie (-6,2%) und Vorleistungsgüter (-1,8%) sanken hingegen.

Die Verbraucherpreise blieben von Juli auf August unverändert. Während die Preise für Nahrungsmittel und Kraftstoffe sanken, gab es mit der Umstellung auf die neue Herbstkollektion Preiserhöhungen bei Bekleidung. Wohnungsmieten verteuerten sich ebenfalls. Die Inflationsrate, also der Anstieg der Verbraucherpreise auf Jahresfrist, verharrte im August bei moderaten +0,4%. Dämpfend wirkte noch die Preisentwicklung bei Energie (-5,9%), so z. B. bei Mineralölprodukten. Die Preise für Dienstleistungen und Nahrungsmittel stiegen etwas. Die Kerninflation, ohne die volatilen Energie- und Nahrungsmittelpreise, ging im August leicht auf 1,2% zurück.

Verbraucherpreisindex

Veränderungen in %	gg. Vormonat		gg. Vorjahresmonat	
	Juli	Aug.	Juli	Aug.
Insgesamt	0,3	0,0	0,4	0,4
Insgesamt ohne Energie und Nahrungsmittel (Kerninflation)	0,4	0,2	1,3	1,2
Nahrungsmittel	0,3	-0,4	1,1	0,9
Bekleidung und Schuhe	-3,4	1,2	0,5	-1,3
Energie	-1,2	-0,9	-7,0	-5,9
Haushaltsenergie	-0,7	-0,5	-4,7	-4,2
Strom	-0,2	0,0	0,7	0,7
Gas	-0,4	-0,2	-2,9	-3,1
Heizöl	-3,7	-2,8	-18,0	-15,0
Kraftstoffe	-1,9	-1,6	-11,5	-9,1
Dienstleistungen	0,9	0,1	1,4	1,3
Insgesamt (saisonbereinigt)	0,0	0,0	-	-

Quellen: StBA, BBK

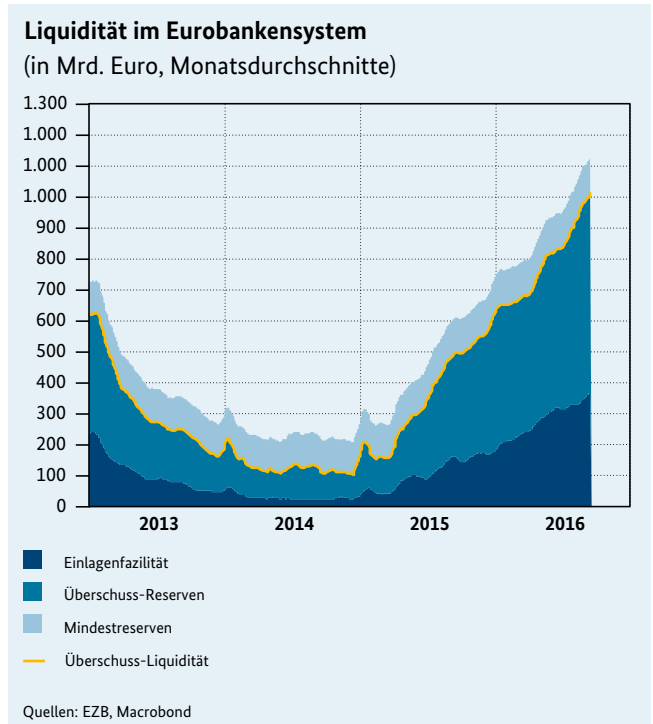
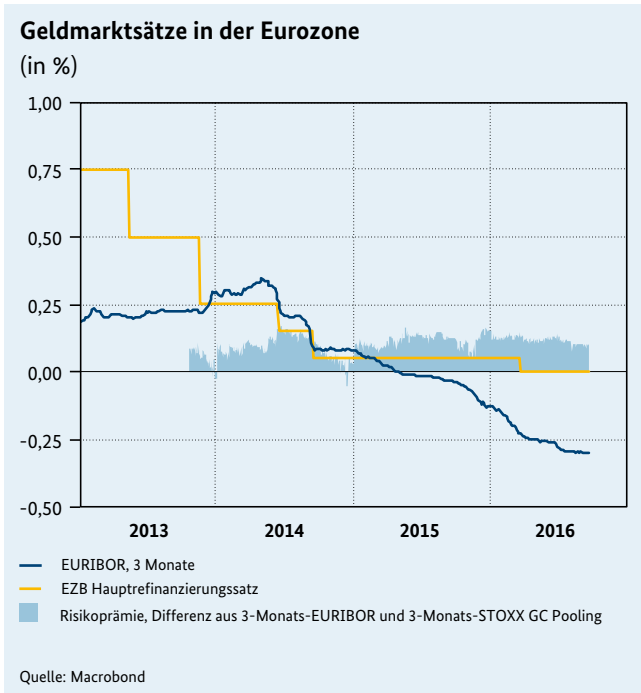
7. Monetäre Entwicklung

Der Euro bleibt im Berichtszeitraum stabil.

Die Renditen für Unternehmensanleihen steigen auf historisch niedrigem Niveau minimal an.

Die Europäische Zentralbank (EZB) bleibt unverändert bei ihrem Kurs einer expansiven Geldpolitik. Der Refinanzierungssatz und der Satz für Einlagen liegen weiterhin bei 0,0% und -0,4%. Zudem hat die EZB signalisiert, ihre Leitzinsen für längere Zeit auf dem derzeitigen niedrigen Niveau zu belassen und möglicherweise noch weiter abzusenken.

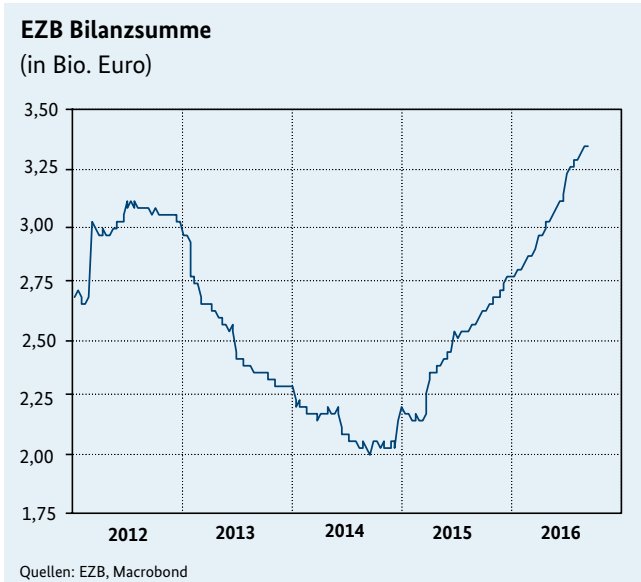
Die niedrigen Sätze der EZB zeigen sich im Interbankenmarkt. Der besicherte Interbankenzins bleibt bei -0,40% und der unbesicherte Interbankenzins bei -0,30%. Der expansive Kurs der EZB wird durch geldpolitische Sondermaßnahmen unterstützt. Das Erweiterte Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (EAPP) im Umfang von monatlich 80 Mrd. Euro bis mindestens Ende März 2017 senkt längerfristige Zinsen und sorgt für zusätzliche Liquidität. Es erleichtert auch die Finanzierungsbedingungen von Unternehmen, denn Anfang Juni 2016 startete die EZB zusätzlich mit dem Ankauf von Unternehmensanleihen (ohne Banken) als neuen Teil des EAPP. Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von vier Jahren und Zinssätzen in Höhe des Einlagensatzes (derzeit -0,40%) sollen die Refinanzierungsbedingungen für Banken weiter verbessern.



Die EZB hat durch die Ankaufprogramme ihre Bilanz seit Dezember 2014 von 2,03 auf 3,36 Billionen Euro Anfang September 2016 ausgeweitet. Die tagesdurchschnittliche Überschussliquidität erhöhte sich durch die Programme weiter und lag Ende August bei 982 Mrd. Euro.

Die Renditen auf deutsche Staatsanleihen aller Fristigkeiten liegen schon lange auf außergewöhnlich niedrigem Niveau. Mit der Flucht von Anlegern in sichere Häfen fielen die Zinsen für zehnjährige Bundesanleihen im Juni erstmals in

den negativen Bereich. Nach dem Ausgang des Votums in Großbritannien für einen Brexit gingen die Zinsen nochmals kräftig zurück, erholten sich aber mittlerweile etwas und lagen Mitte September bei 0,03 %. Auch im restlichen Euroraum zogen die Renditen für zehnjährige Staatsanleihen leicht an. Französische Staatsanleihen werden mit 0,26 % verzinst, wohingegen die Rendite griechischer Staatsanleihen bei 8,47 % lag. Die Rendite für portugiesische Anleihen betrug 3,27 %, für spanische 1,15 % und für italienische 1,34 %. Auch die Zinsen für Unternehmensanleihen befinden sich auf sehr niedrigem Niveau. Sie erhöhten sich zuletzt nur leicht.

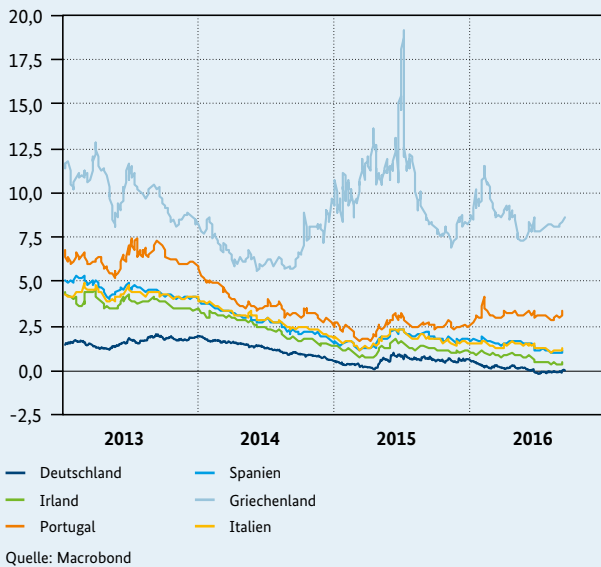


Im Dezember 2015 hat die amerikanische Notenbank den Leitzins zuletzt auf 0,5 % angehoben und weitere Zins-schritte für 2016 angekündigt. Allerdings werden an den Finanzmärkten heute langsamere Zinserhöhungsschritte der amerikanischen Notenbank als noch zu Jahresbeginn erwartet. Die britische Notenbank hat den Leitzins nach dem Brexit-Referendum auf 0,25 % gesenkt.

Der Euro wertete gegenüber dem britischen Pfund Mitte September um 1,66 % im Vergleich zum Vormonat ab, notierte aber knapp 11 % höher als vor dem Brexit-Referendum. Gegenüber dem US-Dollar notierte der Euro um 0,20 % etwas niedriger. Im Vergleich zum Yen erstarkte der Euro im vergangenen Monat um 1,28 %. Insgesamt kam es gemessen am realen effektiven Wechselkurs der deutschen Wirtschaft

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen

(Tageswerte in %)

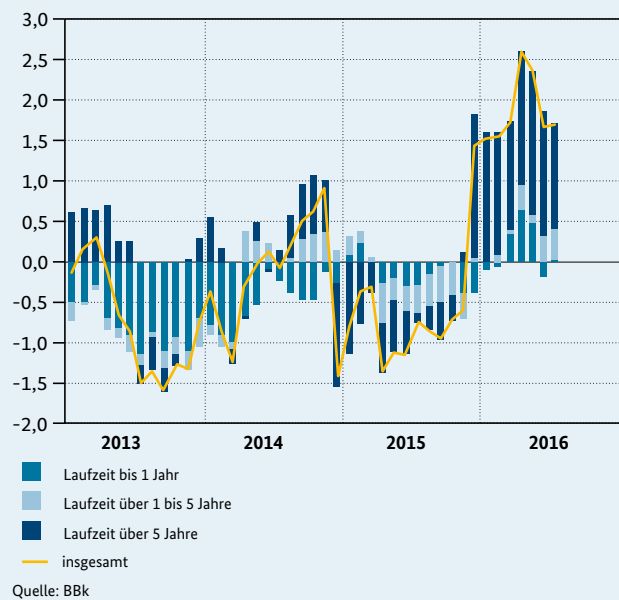


gegenüber 56 Handelspartnern im August – letzter vorliegender Berichtsmonat – zu einer leichten Aufwertung um 0,11%.

Die Vergabe von Unternehmenskrediten folgt der Wirtschaftsentwicklung in der Regel mit einiger zeitlicher Verzögerung. Nachdem die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis November 2015 im Vorjahresvergleich rückläufig war, haben die Bestände seit Dezember wieder zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Unternehmenskredite im Juli um 1,7% gestiegen. Der Umfang der Buchkredite stieg über alle Laufzeiten hinweg, insbesondere die mittelfristigen Kredite mit einer Laufzeit von einem bis fünf Jahre und langfristige Kredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren legten deutlich zu. Das aktuelle Bank Lending Survey der EZB für das zweite Vierteljahr bestätigte eine steigende Kreditnachfrage der deutschen Unternehmen. Der Mittelbedarf der deutschen Unternehmen stieg aber nicht mehr so dynamisch wie im Vorquartal. Die Banken gaben auch an, dass die Kreditstandards für Unternehmen unverändert sind. Es gab demnach keine Finanzierungsengpässe für die Unternehmen. Die in den Augen der EZB verhaltene Entwicklung des Kreditvolumens dürfte demzufolge durch die Nachfrage zu erklären sein. Das niedrige Zinsniveau lässt die Kreditvergabe an private Haushalte weiter steigen. Diese legte im Juli erneut um 3,0% gegenüber dem Vorjahr zu. Insbesondere bei Wohnungsbaukrediten hält die hohe Dynamik weiter an (+3,7%).

Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Deutschland

(Veränderungen gegen Vorjahr in %, Beiträge in Prozentpunkten, Ursprungszahlen)



Die Kreditvergabe im Euroraum zieht ebenfalls an. Im Juli lag das Kreditvolumen für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften um 1,91% über dem Vorjahreswert. Das Kreditvolumen für private Haushalte stieg ebenfalls, zuletzt um 1,76%.

Innerhalb des Euroraums ist der Zinsabstand für Unternehmenskredite in der Tendenz rückläufig. Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland müssen im Mittel 1,32 Prozentpunkte höhere Finanzierungskosten aufbringen als deutsche Unternehmen. Anfang 2013 lag dieser Abstand noch bei 2,4 Prozentpunkten.

Der kontinuierliche Anstieg der Geldmenge M3 des Euroraums setzt sich weiter fort. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Geldmenge M3 im Juli um 4,8% zu. Insbesondere eine Ausweitung der enger gefassten Geldmenge M1 ist für diesen Anstieg ausschlaggebend, die im Vergleich zum Vorjahr im Juli um 8,4% gestiegen ist. Die Ausweitung der Geldmenge ist zu einem großen Teil auf das Ankaufprogramm der EZB zurückzuführen. Die monetäre Dynamik blieb aber niedriger als zu Vorkrisenzeiten. Zwischen 2000 und 2007 betrug das durchschnittliche Jahreswachstum der Geldmenge M3 über 7%.

III. Übersichten und Grafiken

1. Gesamtwirtschaft

1.1 Bruttoinlandsprodukt und Verwendung¹

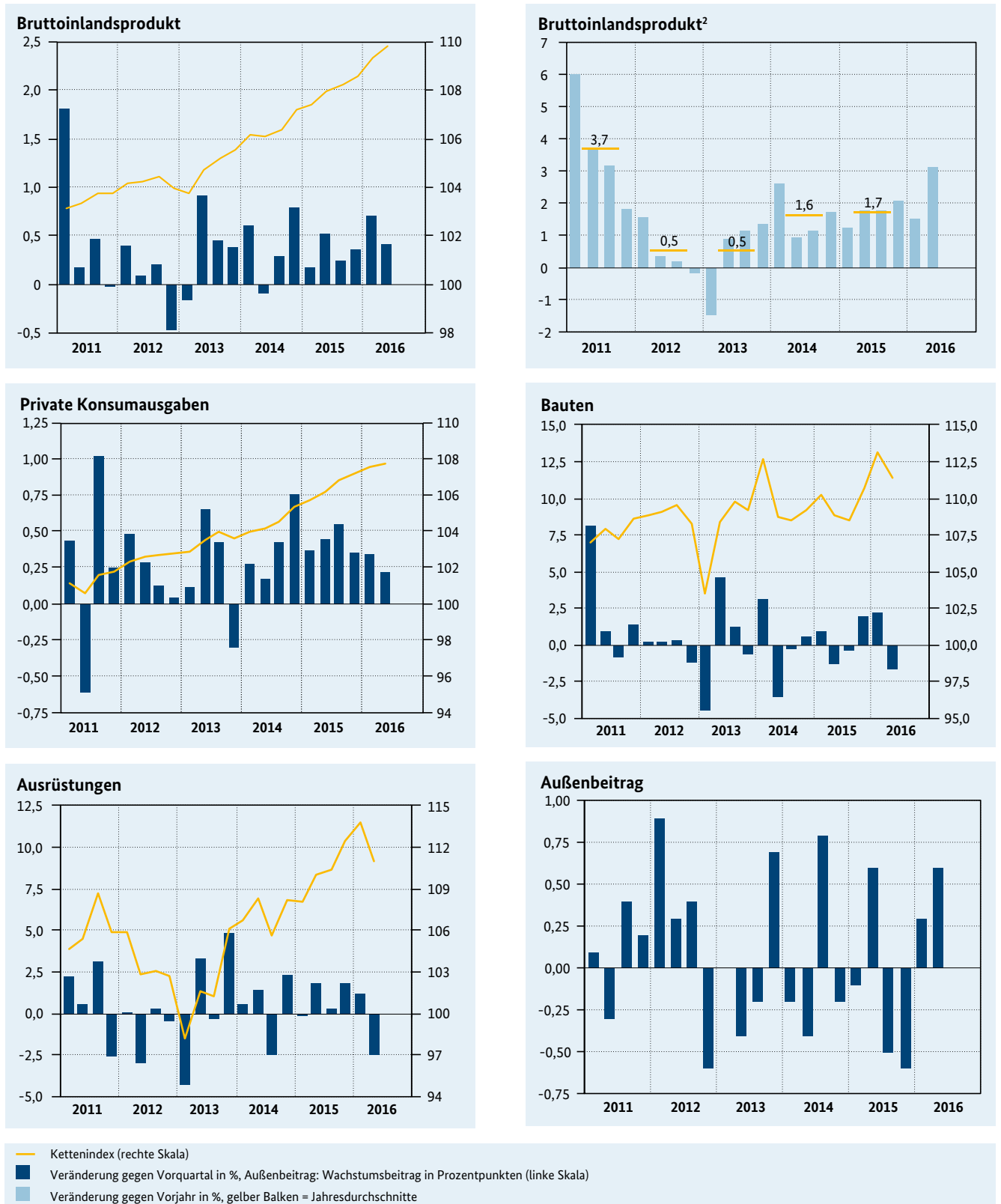
	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ²										
	2013		2014		2015				2016		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Inländische Verwendung	- 0,4	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,0	+ 0,3	0,0	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,5	- 0,2
Private Konsumausgaben ³	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,2
Konsumausgaben des Staates	+ 0,1	- 0,2	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,5	+ 2,2	- 1,1	- 0,9	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,7	+ 1,7	- 1,5
Ausrüstungen	+ 4,9	+ 0,6	+ 1,5	- 2,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,8	+ 0,4	+ 1,8	+ 1,2	- 2,4
Bauten	- 0,6	+ 3,2	- 3,5	- 0,2	+ 0,6	+ 0,9	- 1,3	- 0,3	+ 2,0	+ 2,3	- 1,6
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,7	+ 0,4	- 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,7
Exporte	+ 2,2	- 0,3	+ 0,6	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,0	+ 1,6	0,0	- 0,7	+ 1,6	+ 1,2
Importe	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 0,1	+ 2,7	+ 1,4	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1
Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten⁴											
Inländische Verwendung	- 0,4	+ 0,8	+ 0,3	- 0,5	+ 0,9	+ 0,3	0,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,5	- 0,2
Private Konsumausgaben ³	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	+ 0,1	0,0	0,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3
Ausrüstungen	+ 0,3	0,0	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	0,0	+ 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,2
Bauten	- 0,1	+ 0,3	- 0,4	0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	0,0	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2
Sonstige Anlagen	0,0	+ 0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung ⁵	- 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	+ 0,3	+ 0,1	- 0,3	- 0,1
Außenbeitrag	+ 0,7	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,6	+ 0,3	+ 0,6

	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ⁶										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt und Komponenten											
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	+ 4,1	+ 3,7	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,1
Inländische Verwendung	+ 3,0	+ 2,9	- 0,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 1,6	+ 0,7	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,8
Private Konsumausgaben ³	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,4	+ 3,9
Bruttoanlageinvestitionen	+ 5,4	+ 7,2	- 0,7	- 1,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,7	+ 4,1	+ 2,9	+ 4,4
Ausrüstungen	+10,9	+ 6,8	- 3,2	- 2,1	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,8	+ 4,4	+ 6,4	+ 4,0	+ 4,4
Bauten	+ 3,2	+ 8,1	+ 0,5	- 1,1	+ 1,9	+ 0,3	0,0	+ 0,1	+ 3,1	+ 2,4	+ 5,1
Sonstige Anlagen	+ 1,1	+ 5,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 4,0	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,7
Exporte	+14,5	+ 8,3	+ 2,8	+ 1,9	+ 4,1	+ 5,2	+ 6,7	+ 4,9	+ 3,6	+ 1,6	+ 4,9
Importe	+12,9	+ 7,0	- 0,1	+ 3,1	+ 4,0	+ 5,5	+ 4,9	+ 6,0	+ 5,0	+ 3,1	+ 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt.

- 1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;
- 2 Kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;
- 3 Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck;
- 4 Rechnerischer Wachstumsbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt;
- 5 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen;
- 6 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.2 Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und wichtiger Verwendungskomponenten¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, BIP Kettenindex 2010=100;

2 Ursprungszahlen von Kalenderunregelmäßigkeiten nicht bereinigt.

1.3 Bruttowertschöpfung, gesamtwirtschaftliche Kennzahlen und Prognosespektrum

	Veränderungen gegen Vorzeitraum in % ¹										
	2013	2014			2015				2016		
	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen²											
Bruttowertschöpfung	+ 0,6	+ 0,5	- 0,4	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,4
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	+ 1,6	+ 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 1,0	- 0,6	+ 0,9	+ 0,3	- 0,5	+ 1,1	- 0,1
Baugewerbe	+ 0,7	+ 2,1	- 2,9	- 0,6	- 0,7	+ 2,1	- 1,6	- 0,7	+ 1,1	+ 2,6	- 0,6
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	+ 0,4	- 0,6	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	- 2,6	- 3,0	- 2,4	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,3	- 0,4	- 1,1	+ 3,0	- 0,1
Unternehmensdienstleister	+ 0,7	+ 1,2	- 0,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,9
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	+ 0,5	- 0,4	0,0	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,5

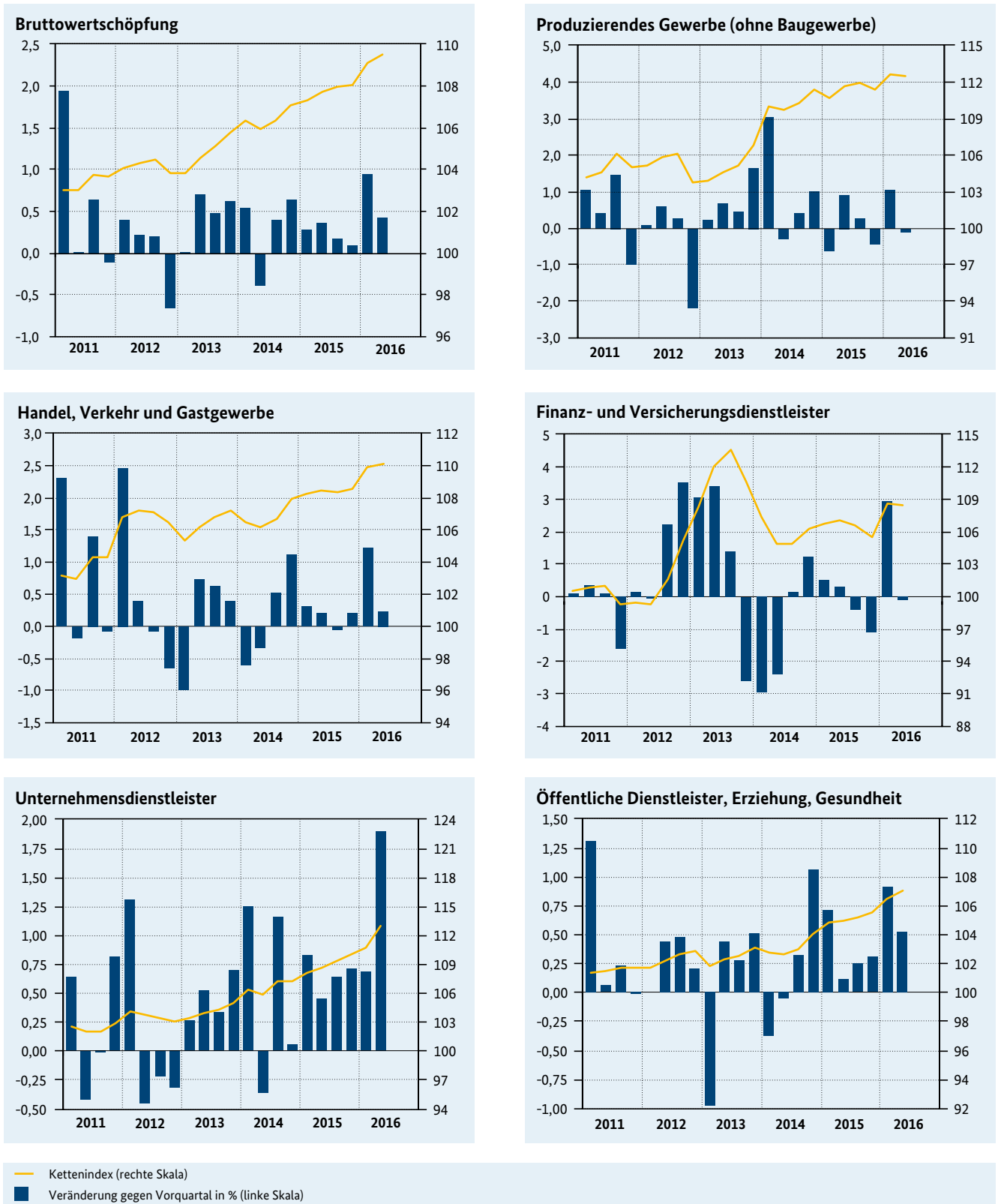
	Veränderungen gegen Vorjahreszeitraum in % ³										
	2015						2016				
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Preisentwicklung											
Preisindex	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,4
Inländische Verwendung	+ 1,6	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8
Private Konsumausgaben	+ 2,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4
Kennzahlen											
Erwerbstätige ³	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,2
Arbeitsvolumen ⁴	+ 1,6	+ 1,6	- 0,1	- 0,3	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,2	+ 3,3
Arbeitsproduktivität ⁵	+ 3,8	+ 2,3	- 0,7	- 0,1	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,2	+ 1,9
Lohnkosten je Arbeitnehmer ⁶	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,9
Lohnstückkosten ⁷	- 1,1	+ 0,7	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,3	0,0
verfügbares Einkommen ⁸	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,3	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,2	+ 2,3	+ 3,0
Terms of Trade	- 2,3	- 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2

Prognose Bruttoinlandsprodukt ⁹		Veränderung in % gegen Vorjahr		
Institution		Stand	2016	2017
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,0
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IfW	Institut für Weltwirtschaft	09/2016	+ 1,9	+ 1,7
IWH	Institut für Wirtschaftsforschung Halle	09/2016	+ 1,9	+ 1,2
RWI	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung	09/2016	+ 1,9	+ 1,4
IWF	Internationaler Währungsfonds	07/2016	(+ 1,6) ^a	(+ 1,2) ^a
ifo	ifo Institut für Wirtschaftsforschung	06/2016	+ 1,8	+ 1,6
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development	06/2016	+ 1,7	+ 1,5
EU	Europäische Kommission	05/2016	+ 1,6	+ 1,6
Bundesregierung	Frühjahrsprojektion	04/2016	+ 1,7	+ 1,5
Institute	Gemeinschaftsdiagnose (Institute)	04/2016	+ 1,6	+ 1,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institute, internationale Organisationen.

- 1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; 2 Ohne Nettogütersteuern; 3 Inlandskonzept; 4 Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg); 5 BIP je Erwerbstätigen; 6 Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland; 7 Lohnkosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) in Relation zur Arbeitsproduktivität (BIP bzw. Bruttowertschöpfung preisbereinigt je Erwerbstätigen); 8 Der privaten Haushalte; 9 Ursprungszahlen; a Kalenderbereinigte Werte.

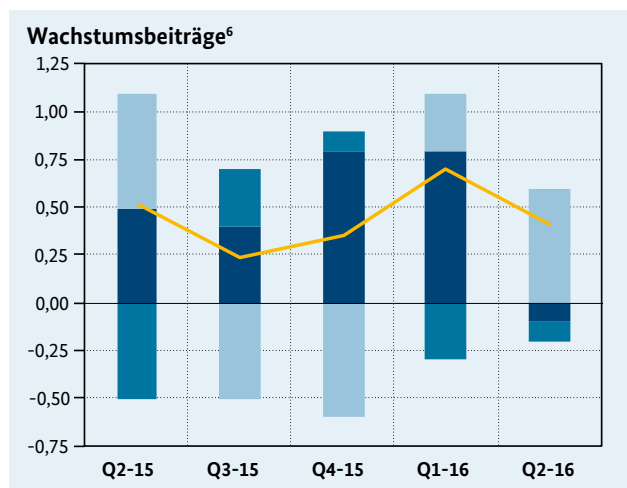
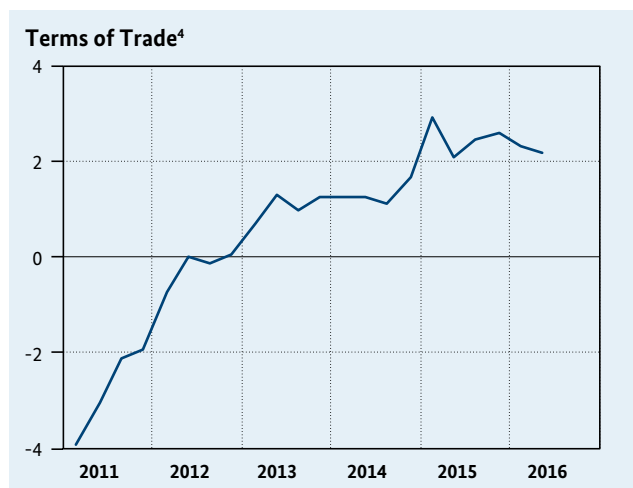
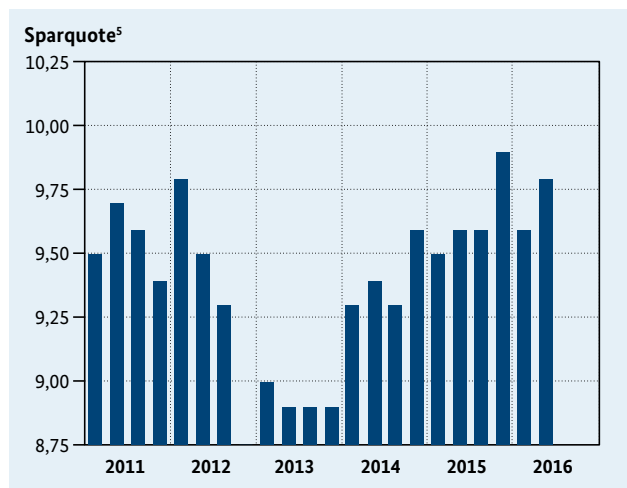
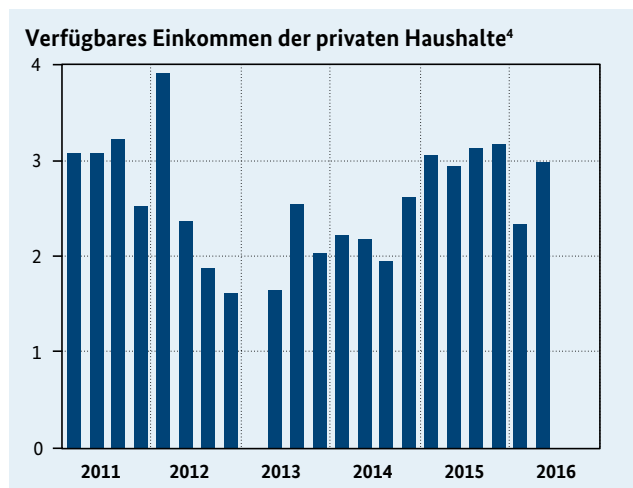
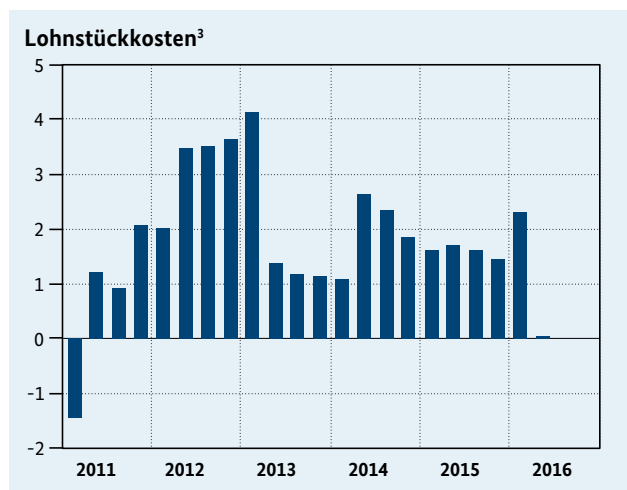
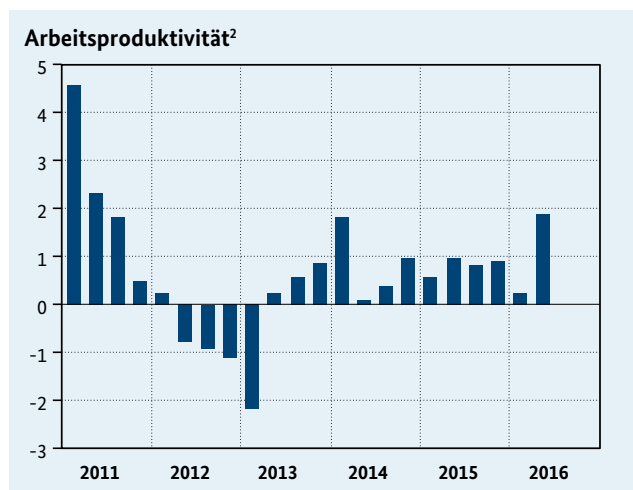
1.4 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹



Quelle: Statistisches Bundesamt.

¹ Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100, kalender- und saisonbereinigte Werte, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.5 Entwicklung wichtiger gesamtwirtschaftlicher Kennzahlen¹



■ Veränderung gegen Vorjahr in %

■ Außenbeitrag ■ Vorratsveränderungen
■ Inländische Verwendung (ohne Vorratsveränderungen)
— reales BIP gegen Vorquartal in %

Quelle: Statistisches Bundesamt.

1 Preisbereinigt, Kettenindex 2010 = 100; 2 Reales BIP je Erwerbstätigen, Ursprungszahlen;

3 Lohnkosten zur Arbeitsproduktivität, Ursprungszahlen; 4 Ursprungszahlen; 5 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

6 Wachstumsbeiträge, Verfahren Census X-12-ARIMA.

1.6 Internationaler Vergleich

					2013		2014			2015				2016		
	2012	2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Bruttoinlandsprodukt¹	Veränderungen gg. Vorperiode in %															
Deutschland	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4
Eurozone (EZ 19) ²	- 0,9	- 0,3	+ 1,1	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3
Europäische Union (EU 28) ³	- 0,5	+ 0,2	+ 1,5	+ 2,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Japan	+ 1,7	+ 1,4	0,0	+ 0,5	+ 0,5	0,0	+ 1,3	- 2,1	- 0,6	+ 0,6	+ 1,2	- 0,5	+ 0,5	- 0,4	+ 0,5	+ 0,2
USA	+ 2,2	+ 1,7	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,8	+ 1,0	- 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
China	+ 8,1	+ 7,7	+ 7,2	+ 6,8	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,8

Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP⁴															
	2012	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
Deutschland	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,4	+ 8,6	+ 6,3	+ 7,7	+ 7,1	+ 6,8	+ 7,9	+ 7,7	+ 8,3	+ 8,4	+ 9,1	+ 8,4	+ 9,5	+ 9,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,3	+ 2,2	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,6
Europäische Union (EU 28) ³	+ 0,6	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,5
Japan	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
USA	- 2,7	- 2,2	- 2,2	- 2,5	- 2,2	- 1,9	- 2,2	- 2,2	- 2,2	- 2,4	- 2,6	- 2,5	- 2,7	- 2,5	- 2,9	- 2,6
China	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,7	+ 3,0	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3

				2015				2016								
	2013	2014	2015	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Arbeitslosenquoten⁵	in %															
Deutschland	5,2	5,0	4,6	4,6	4,5	4,5	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	-
Eurozone (EZ 19) ²	12,0	11,6	10,9	10,7	10,6	10,6	10,5	10,5	10,4	10,4	10,2	10,1	10,1	10,1	10,1	-
Europäische Union (EU 28) ³	10,9	10,2	9,4	9,3	9,2	9,1	9,0	9,0	8,9	8,9	8,7	8,7	8,6	8,6	8,6	-
Japan	4,0	3,6	3,4	3,4	3,4	3,2	3,3	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,1	3,0	-
USA	7,4	6,2	5,3	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,7	4,9	4,9	4,9
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	4,0	4,0	4,0	4,1	4,1	4,1	-	-

Verbraucherpreise	Veränderungen gg. Vorjahreszeitraum in %															
	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Deutschland	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	0,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3
Eurozone (EZ 19) ²	+ 1,4	+ 0,4	0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,2	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Europäische Union (EU 28) ³	+ 1,5	+ 0,6	0,0	0,0	- 0,1	0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3
Japan	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,8	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,5	-
USA	+ 1,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 0,2	0,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,8	-
China	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,3

Quellen: Statistisches Bundesamt, OECD, Eurostat, National Bureau of Statistics of China.

- 1 Preisbereinigt, Jahresangaben auf Basis von Ursprungszahlen, Quartalsangaben auf Basis von saisonbereinigten Werten;
- 2 Eurozone 19 Mitgliedstaaten (Stand 01.01.2015);
- 3 Europäische Union 28 Mitgliedstaaten (Stand 01.07.2013);
- 4 Jeweilige Preise, saisonbereinigte Angaben;
- 5 Abgrenzung nach ILO, saisonbereinigte Angaben.

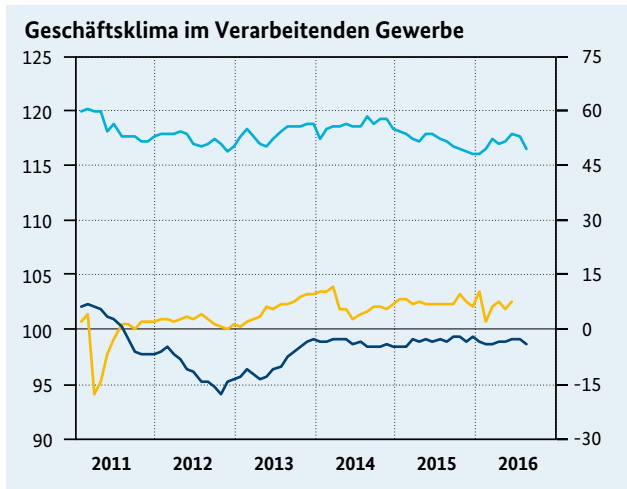
1.7 Internationaler Vergleich – Konjunkturindikatoren

				2015	2016			2016					
	2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Welt													
OECD & major six CLI ¹	100,1	100,2	99,7	99,4	99,4	99,6	-	99,5	99,6	99,7	99,7	-	-
CPB Welt Industrieproduktion ²	121,7	125,6	127,9	128,6	128,8	129,4	-	129,3	129,0	129,8	-	-	-
CPB Welthandel ²	128,0	131,7	133,9	134,4	134,3	133,3	-	133,5	132,8	133,7	-	-	-
S&P GSCI Rohstoff Index	4837	4642	2852	2429	2037	2311	-	2331	2383	2385	2156	2195	-
Eurozone													
Vertrauensindikator für die Industrie ³	- 9,0	- 3,8	- 3,1	- 2,4	- 3,8	- 3,4	-	- 3,6	- 3,7	- 2,8	- 2,6	- 4,4	-
Industrieproduktion ⁴	101,5	103,3	105,0	106,1	107,1	106,7	-	107,1	106,0	107,0	106,1	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,0	2,0	1,2	1,2	1,0	0,9	-	0,9	0,9	0,8	0,6	0,6	-
Konsumentenvertrauen ⁵	-18,8	-10,2	- 6,2	- 6,4	- 8,3	- 7,8	-	- 9,3	- 7,0	- 7,2	- 7,9	- 8,5	-
USA													
Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe ⁶	53,8	55,6	51,3	48,6	49,8	51,8	-	50,8	51,3	53,2	52,6	49,4	-
Industrieproduktion ⁷	101,9	104,9	105,2	104,6	104,1	103,9	-	103,9	103,7	104,1	104,9	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	2,3	2,5	2,1	2,2	1,9	1,8	-	1,8	1,8	1,6	1,5	1,6	-
Konsumentenvertrauen ⁸	73,2	86,9	98,0	96,0	96,0	94,8	-	94,7	92,4	97,4	96,7	101,1	-
Japan													
All-Industry-Activity-Index ⁹	102,0	102,2	102,5	102,6	102,0	102,4	-	102,6	101,9	102,6	-	-	-
Industrieproduktion ¹⁰	97,0	99,1	97,9	97,1	96,1	96,2	-	97,3	94,6	96,8	96,5	-	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	0,7	0,5	0,3	0,3	0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1	0,0
Konsumentenvertrauen ¹¹	43,6	39,3	41,3	42,2	41,4	41,2	-	40,8	40,9	41,8	41,3	42,0	-
China													
Vertrauensindikator für die Industrie ¹²	50,8	50,7	49,9	49,7	49,5	50,1	-	50,1	50,1	50,0	49,9	50,4	-
Industrieproduktion ¹³	+ 9,7	+ 8,3	+ 6,1	+ 5,9	+ 6,1	+ 6,1	-	+ 6,0	+ 6,0	+ 6,2	+ 6,0	+ 6,3	-
Langfristige Renditen, 10-jährige Staatsanleihen	3,9	4,2	3,4	3,0	2,8	2,9	-	-	3,0	2,8	-	2,7	-
Konsumentenvertrauen ¹⁴	101,2	104,4	105,9	103,9	102,8	101,2	-	101,0	99,8	102,9	106,8	-	-

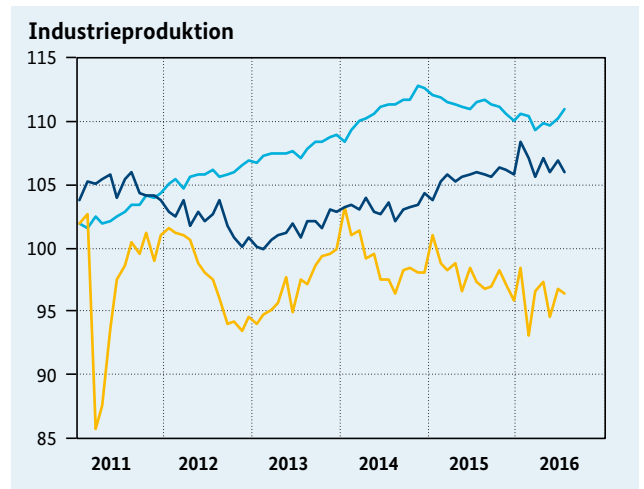
Quellen: OECD, CPB, Standard & Poor's, Eurostat, EU-Kommission, ISM, FED, University of Michigan, Japanese MITI, Japanese Cabinet Office, National Bureau of Statistics of China, China Federation of Logistics and Purchasing, Macrobond.

- 1 OECD Composite Leading Indicator, amplitude & seasonal adjusted;
- 2 Index 2005 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 6 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 7 Index 2007 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 8 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 9 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 10 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 11 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 12 Manufacturing PMI, Index, Wachstumsschwelle = 50, saisonbereinigt;
- 13 Jahresraten auf Basis von Ursprungszahlen;
- 14 Consumer Confidence Index, Wachstumsschwelle = 100.

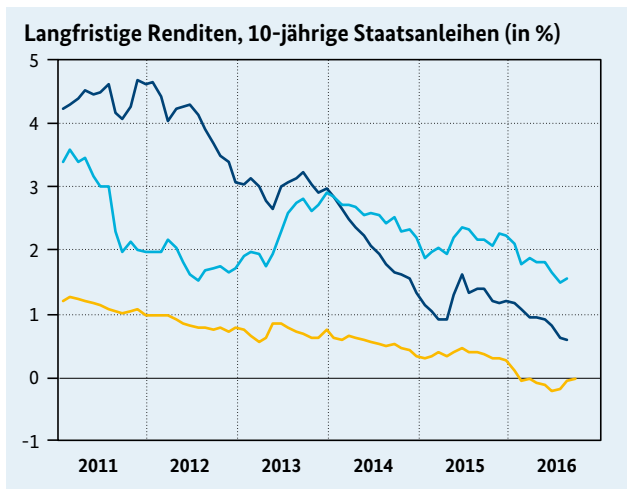
1.8 Internationaler Vergleich – Entwicklung der Konjunkturindikatoren



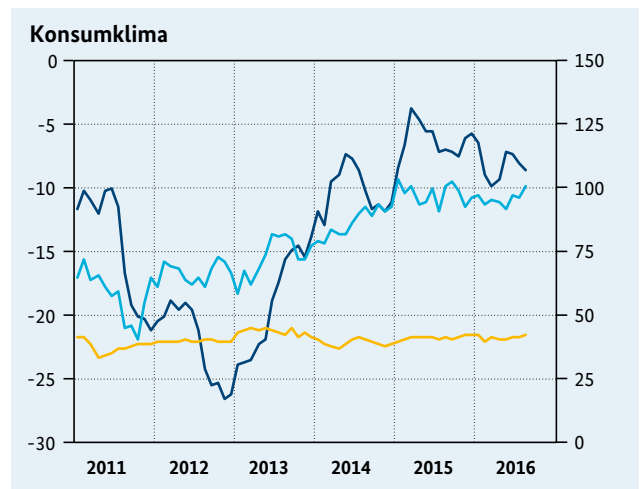
— USA-Einkaufsmanagerindex Verarbeitendes Gewerbe (rechte Skala)¹
 — Japan-All-Industry-Activity-Index (linke Skala)²
 — Vertrauensindikator für die Industrie in der Eurozone (rechte Skala)³



— Eurozone⁶
 — USA⁴
 — Japan⁵



— Eurozone
 — USA
 — Japan



— Eurozone (linke Skala)⁹
 — USA (rechte Skala)⁷
 — Japan (rechte Skala)⁸
 Zeitreihen nicht direkt miteinander vergleichbar.

Quellen: ISM, Japanese MITI, EU-Kommission, FED, Eurostat, University of Michigan.

- 1 Zusammengesetzter Diffusionsindex, Salden positiver und negativer Antworten, Mittelwert = 50, saisonbereinigt;
- 2 Index 2005 = 100, saisonbereinigt;
- 3 DG ECFIN Business Climate Indicator, Salden, saisonbereinigt;
- 4 Index 2010 = 100 (eigene Berechnung), preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 5 Index 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt;
- 6 Index 2010 = 100, preis-, kalender- und saisonbereinigt;
- 7 Conference Board, Index 1985 = 100, saisonbereinigt;
- 8 Gesamtindex, saisonbereinigt;
- 9 DG ECFIN Consumer Confidence Indicator, Salden, saisonbereinigt.

2. Produzierendes Gewerbe

2.1 Produktion, Umsätze, Kapazitätsauslastung

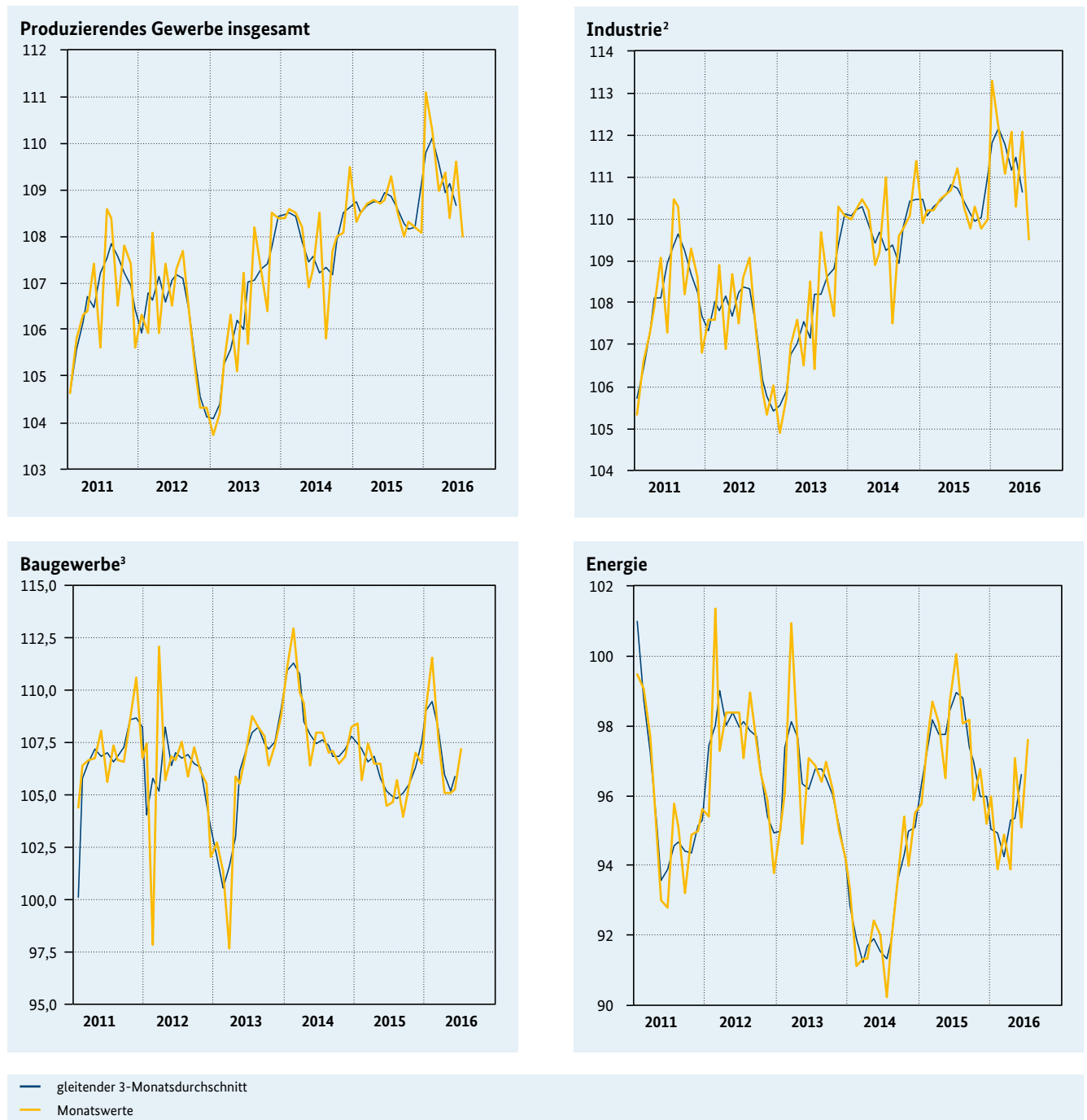
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Produktion¹														
Produzierendes Gewerbe	Index	106,4	108,0	108,5	108,6	108,2	110,1	109,1	110,3	109,0	109,4	108,4	109,6	108,0
	gg. Vp. in %	0,1	1,5	0,5	-0,2	-0,4	1,8	-0,9	-0,7	-1,2	0,4	-0,9	1,1	-1,5
	gg. Vj. in %	0,1	1,4	0,6	1,0	-0,3	1,5	0,4	1,8	0,3	0,7	-0,4	0,9	-1,2
Industrie²	Index	107,7	109,9	110,3	110,4	110,0	112,2	111,5	112,2	111,1	112,1	110,3	112,1	109,5
	gg. Vp. in %	0,2	2,0	0,4	-0,2	-0,4	2,0	-0,6	-1,0	-1,0	0,9	-1,6	1,6	-2,3
	gg. Vj. in %	0,3	1,9	0,5	0,9	-0,4	1,8	0,8	2,0	0,8	1,5	-0,4	1,4	-1,5
Vorleistungsgüter	Index	104,4	106,3	106,2	105,9	106,1	107,6	106,6	108,3	106,9	107,2	106,7	105,9	105,1
	gg. Vp. in %	-0,2	1,8	-0,1	-0,4	0,2	1,4	-0,9	0,6	-1,3	0,3	-0,5	-0,7	-0,8
	gg. Vj. in %	-0,2	1,8	-0,1	0,2	-0,3	1,3	0,3	2,0	0,7	0,8	0,5	-0,5	-0,8
Investitionsgüter	Index	113,9	116,6	117,7	118,1	117,5	120,2	119,3	119,8	118,4	120,5	116,4	121,0	116,7
	gg. Vp. in %	0,5	2,4	0,9	0,1	-0,5	2,3	-0,7	-2,2	-1,2	1,8	-3,4	4,0	-3,6
	gg. Vj. in %	0,6	2,3	0,9	1,6	-0,2	2,5	1,3	2,0	1,0	2,0	-1,6	3,2	-2,2
Konsumgüter	Index	100,5	101,9	102,1	102,4	101,2	103,5	103,9	103,2	103,2	103,3	103,7	104,8	102,1
	gg. Vp. in %	0,6	1,4	0,2	-0,5	-1,2	2,3	0,4	-0,9	0,0	0,1	0,4	1,1	-2,6
	gg. Vj. in %	0,7	1,3	0,1	0,9	-1,2	1,6	1,1	1,7	0,5	1,7	0,9	0,7	-1,4
Baugewerbe	Index	105,6	108,5	106,0	104,8	106,3	109,5	105,2	111,6	107,7	105,1	105,1	105,3	107,2
	gg. Vp. in %	-0,3	2,7	-2,3	-0,9	1,4	3,0	-3,9	2,3	-3,5	-2,4	0,0	0,2	1,8
	gg. Vj. in %	-0,3	2,7	-2,2	-2,2	-0,8	2,7	-0,6	7,9	0,1	-1,3	-1,2	0,5	2,3
Bauhauptgewerbe ³	Index	113,8	119,8	119,0	117,1	121,2	122,9	116,4	126,9	120,4	115,9	116,3	117,1	117,4
	gg. Vp. in %	2,1	5,3	-0,7	-0,6	3,5	1,4	-5,3	4,4	-5,1	-3,7	0,3	0,7	0,3
	gg. Vj. in %	2,1	5,3	-0,7	-1,3	1,5	3,3	-1,0	11,7	0,2	-1,7	-1,6	0,2	0,7
Ausbaugewerbe	Index	98,2	98,2	94,3	93,6	92,9	97,2	94,9	97,7	96,1	95,2	95,0	94,6	97,9
	gg. Vp. in %	-2,7	0,0	-4,0	-1,5	-0,7	4,6	-2,4	-0,1	-1,6	-0,9	-0,2	-0,4	3,5
	gg. Vj. in %	-2,7	0,0	-3,9	-3,5	-2,9	2,1	-0,2	3,9	0,1	-0,9	-0,7	1,0	4,3
Energie⁴	Index	96,4	92,7	97,5	98,8	96,0	94,9	95,4	93,9	94,9	93,9	97,1	95,1	97,6
	gg. Vp. in %	-1,0	-3,8	5,2	1,0	-2,8	-1,1	0,5	-2,2	1,1	-1,1	3,4	-2,1	2,6
	gg. Vj. in %	-1,0	-3,8	5,2	7,5	1,1	-2,7	-2,4	-4,2	-3,9	-4,2	0,6	-3,5	-2,5
Umsätze in der Industrie¹														
Industrie insgesamt	Index	105,8	108,6	110,3	110,2	110,4	111,4	110,8	111,5	110,7	111,8	110,7	109,8	108,0
	gg. Vp. in %	0,0	2,6	1,6	-0,5	0,2	0,9	-0,5	-0,4	-0,7	1,0	-1,0	-0,8	-1,6
	gg. Vj. in %	0,0	2,6	1,5	1,9	0,8	1,6	0,1	1,7	1,0	1,0	-0,3	-0,4	-2,8
Inland	Index	103,2	104,5	105,0	104,9	105,2	106,5	105,1	106,5	105,4	105,7	104,7	104,8	102,4
	gg. Vp. in %	-1,5	1,3	0,5	-0,3	0,3	1,2	-1,3	-0,9	-1,0	0,3	-0,9	0,1	-2,3
	gg. Vj. in %	-1,4	1,3	0,5	1,1	0,7	1,5	-0,2	2,0	0,1	0,9	-0,6	-0,8	-3,1
darunter: Investitionsgüter	Index	107,6	111,0	113,7	113,2	114,9	116,5	114,7	116,2	114,4	117,0	112,7	114,4	109,3
	gg. Vp. in %	-1,7	3,2	2,4	-0,4	1,5	1,4	-1,5	-2,4	-1,5	2,3	-3,7	1,5	-4,5
	gg. Vj. in %	-1,6	3,1	2,4	2,3	2,1	2,9	0,8	3,1	0,7	4,2	-1,2	-0,4	-4,6
Ausland	Index	108,5	113,0	115,8	115,9	115,9	116,7	116,9	116,9	116,4	118,3	117,2	115,1	113,9
	gg. Vp. in %	1,4	4,1	2,5	-0,6	0,0	0,7	0,2	0,0	-0,4	1,6	-0,9	-1,8	-1,0
	gg. Vj. in %	1,4	4,1	2,5	2,8	0,9	1,7	0,3	1,5	1,9	1,2	0,0	-0,1	-2,6
darunter: Eurozone	Index	97,1	102,0	106,4	107,0	107,8	109,1	109,3	109,2	109,2	110,2	109,6	108,2	108,1
	gg. Vp. in %	-1,8	5,0	4,3	0,6	0,7	1,2	0,2	0,3	0,0	0,9	-0,5	-1,3	-0,1
	gg. Vj. in %	-1,7	5,0	4,3	4,6	3,9	4,6	2,9	4,2	5,7	4,5	3,2	1,0	-0,1
		2013		2014		2015			2016					
Kapazitäts- und Geräteauslastung⁵		3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Verarbeitendes Gewerbe	in %	83,0	83,7	83,9	83,9	83,9	84,1	84,4	84,4	84,3	84,4	85,1	84,4	84,7

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA); Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten; 2 Verarbeitendes Gewerbe, soweit nicht der Energie zugeordnet zuzüglich Erzbergbau, Gewinnung von Steinen und Erden; 3 Tiefbau und Hochbau ohne Ausbaugewerbe; 4 Energieversorgung, Kohlenbergbau, Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Mineralölverarbeitung; 5 Laut ifo Konjunkturtest; Saisonbereinigung des ifo Instituts; Verarbeitendes Gewerbe ohne Energie.

2.2 Entwicklung der Produktion¹



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA; preisbereinigt, Index 2010 = 100;

2 Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen);

3 Für das Baugewerbe liegen keine Daten vor Januar 2010 vor.

2.3 Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Auftragseingang¹														
Industrie insgesamt	Index	106,0	109,1	110,2	109,4	110,0	111,0	110,5	109,7	112,6	110,5	110,6	110,3	110,5
	gg. Vp. in %	2,7	2,9	1,0	-2,0	0,5	0,9	-0,5	-0,8	2,6	-1,9	0,1	-0,3	0,2
	gg. Vj. in %	2,8	2,8	1,0	-0,3	-0,7	1,2	-1,2	0,7	2,4	-0,4	0,0	-3,0	-0,7
Inland	Index	101,8	103,4	105,3	104,7	105,9	105,0	106,0	105,2	105,5	107,2	104,9	105,8	102,6
	gg. Vp. in %	1,0	1,6	1,8	0,4	1,1	-0,8	1,0	0,9	0,3	1,6	-2,1	0,9	-3,0
	gg. Vj. in %	1,0	1,6	1,8	2,6	2,1	-1,1	1,5	1,4	-2,9	1,9	0,6	2,2	-4,2
Ausland	Index	109,5	113,7	114,2	113,2	113,4	115,8	114,2	113,3	118,3	113,2	115,3	114,0	116,9
	gg. Vp. in %	4,2	3,8	0,4	-3,7	0,2	2,1	-1,4	-2,1	4,4	-4,3	1,9	-1,1	2,5
	gg. Vj. in %	4,3	3,7	0,4	-2,5	-2,7	2,9	-3,1	0,3	6,7	-2,1	-0,4	-6,4	2,1
Eurozone	Index	98,9	101,7	105,8	109,3	105,6	106,8	109,3	105,3	106,9	109,4	113,9	104,5	110,7
	gg. Vp. in %	3,5	2,8	4,0	2,0	-3,4	1,1	2,3	-2,8	1,5	2,3	4,1	-8,3	5,9
	gg. Vj. in %	3,8	2,6	3,8	6,3	-0,1	5,8	1,6	5,4	4,8	2,6	8,0	-4,9	1,3
Nicht-Eurozone	Index	116,9	122,1	120,1	115,9	118,9	122,0	117,5	118,9	126,3	115,8	116,2	120,6	121,3
	gg. Vp. in %	4,7	4,4	-1,6	-7,2	2,6	2,6	-3,7	-1,7	6,2	-8,3	0,3	3,8	0,6
	gg. Vj. in %	4,6	4,4	-1,6	-7,4	-4,2	1,3	-5,9	-2,9	8,0	-4,9	-5,2	-7,2	2,7
Vorleistungsgüter	Index	100,1	102,1	101,6	100,3	102,7	100,9	102,4	101,9	100,8	105,1	101,4	100,8	100,8
	gg. Vp. in %	0,4	2,0	-0,5	-1,0	2,4	-1,8	1,5	1,9	-1,1	4,3	-3,5	-0,6	0,0
	gg. Vj. in %	0,3	2,0	-0,5	-1,2	0,0	-0,8	1,1	0,7	-0,5	4,7	0,0	-1,2	0,2
Inland	Index	99,3	99,8	99,1	98,2	100,0	98,0	99,5	98,2	98,6	103,7	97,2	97,5	97,9
	gg. Vp. in %	0,4	0,5	-0,7	-0,5	1,8	-2,0	1,5	1,0	0,4	5,2	-6,3	0,3	0,4
	gg. Vj. in %	0,3	0,5	-0,7	-0,4	0,9	-1,3	0,7	0,5	-1,4	5,4	-2,2	-1,1	0,0
Ausland	Index	101,0	104,7	104,5	102,7	105,9	104,3	106,0	106,2	103,3	106,8	106,4	104,7	104,3
	gg. Vp. in %	0,4	3,7	-0,2	-1,5	3,1	-1,5	1,6	2,8	-2,7	3,4	-0,4	-1,6	-0,4
	gg. Vj. in %	0,3	3,8	-0,2	-2,1	-1,1	-0,6	1,6	1,0	0,4	4,0	2,4	-1,3	0,6
Investitionsgüter	Index	110,6	114,3	116,4	116,1	115,0	117,7	116,1	115,0	121,0	114,2	117,0	117,0	117,9
	gg. Vp. in %	4,5	3,3	1,8	-2,5	-0,9	2,3	-1,4	-1,7	5,2	-5,6	2,5	0,0	0,8
	gg. Vj. in %	4,6	3,3	1,7	0,1	-1,7	2,2	-2,7	1,1	4,1	-3,6	-0,1	-4,2	-1,0
Inland	Index	104,9	107,8	112,1	111,8	112,6	112,6	112,9	113,0	113,0	111,5	112,3	115,0	108,6
	gg. Vp. in %	1,5	2,8	4,0	1,3	0,7	0,0	0,3	1,2	0,0	-1,3	0,7	2,4	-5,6
	gg. Vj. in %	1,5	2,8	4,1	5,4	2,9	-0,9	2,4	2,6	-4,6	-1,2	2,4	5,9	-7,3
Ausland	Index	114,1	118,4	119,0	118,7	116,5	120,8	118,0	116,3	125,9	115,9	119,9	118,2	123,7
	gg. Vp. in %	6,3	3,8	0,5	-4,7	-1,9	3,7	-2,3	-3,3	8,3	-7,9	3,5	-1,4	4,7
	gg. Vj. in %	6,4	3,6	0,5	-2,9	-4,2	4,2	-5,5	0,2	9,9	-5,0	-1,5	-9,1	2,9
Konsumgüter	Index	103,5	107,3	109,7	107,5	111,8	113,7	111,1	110,2	112,6	111,3	111,3	110,7	105,9
	gg. Vp. in %	1,7	3,7	2,2	-3,1	4,0	1,7	-2,3	-6,8	2,2	-1,2	0,0	-0,5	-4,3
	gg. Vj. in %	1,7	3,6	2,2	0,5	4,1	4,5	0,3	-1,3	4,3	0,8	0,8	-0,6	-1,8
Inland	Index	97,8	99,4	101,5	101,0	101,6	101,6	103,3	100,1	102,6	102,9	106,9	100,1	94,4
	gg. Vp. in %	0,8	1,6	2,1	-0,7	0,6	0,0	1,7	-2,1	2,5	0,3	3,9	-6,4	-5,7
	gg. Vj. in %	0,9	1,5	2,1	2,0	2,2	0,2	1,6	-1,3	1,4	2,2	4,6	-1,9	-6,8
Ausland	Index	108,3	114,0	116,8	113,1	120,5	124,0	117,7	118,9	121,1	118,4	115,0	119,8	115,7
	gg. Vp. in %	2,2	5,3	2,5	-4,7	6,5	2,9	-5,1	-9,9	1,9	-2,2	-2,9	4,2	-3,4
	gg. Vj. in %	2,2	5,3	2,4	-0,6	5,4	7,9	-0,6	-1,4	6,7	-0,3	-2,0	0,4	2,0
Industrie ohne Großaufträge²	Index	105,0	108,4	109,9	108,6	110,2	110,8	109,7	111,1	110,7	109,1	109,5	110,6	109,2
	gg. Vp. in %	1,4	3,2	1,4	-2,3	1,5	0,5	-1,0	0,4	-0,4	-1,4	0,4	1,0	-1,3
	gg. Vj. in %	1,5	3,2	1,4	0,4	-0,3	1,1	-1,2	1,3	2,1	-1,6	-1,1	-1,0	-0,5

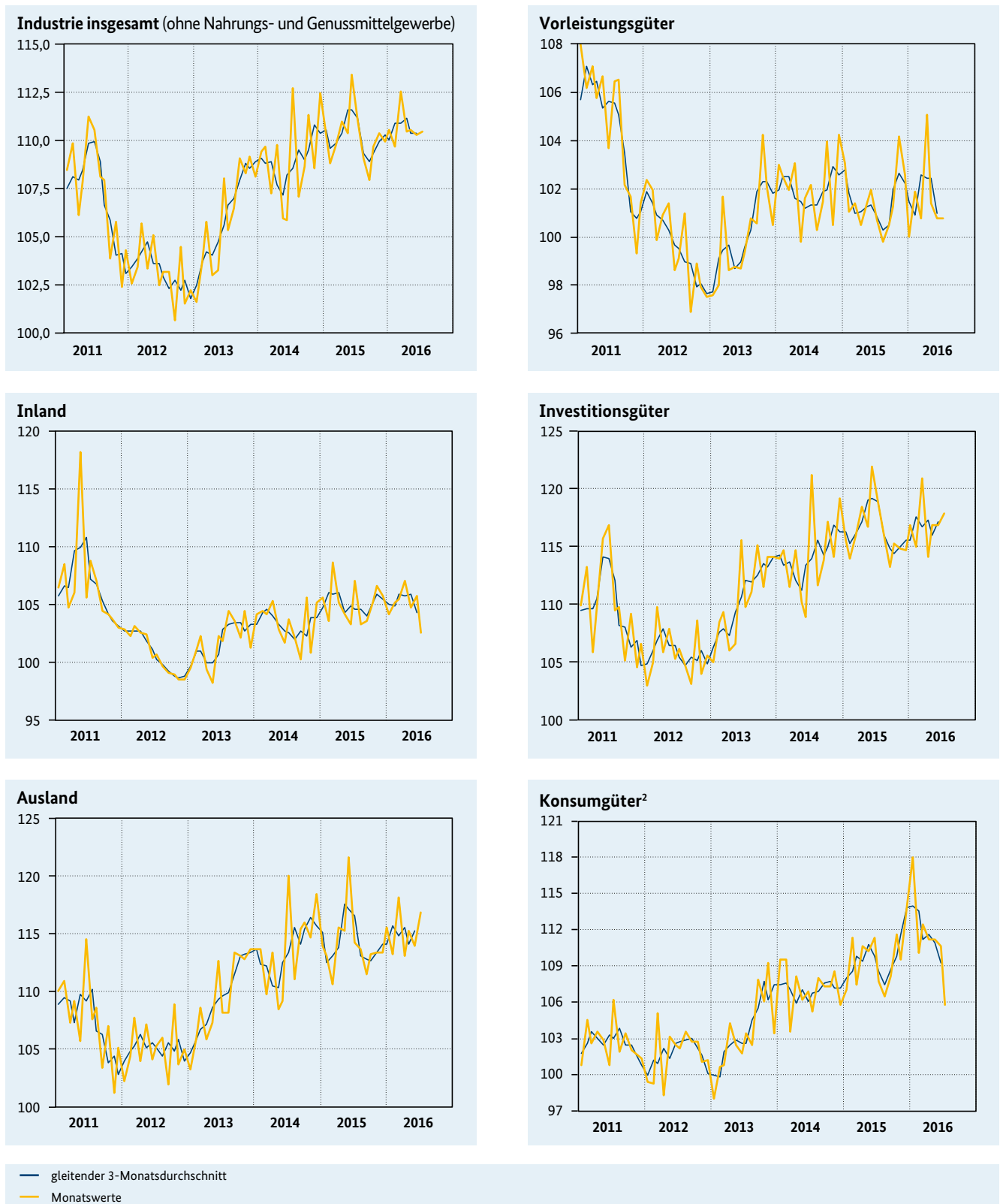
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;

2 Auftragseingänge ohne Großaufträge über 50 Mio. Euro auf Basis freiwilliger Angaben.

2.4 Entwicklung des Auftragseingangs der Industrie¹

Bundesrepublik Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisbereinigt, Index 2010 = 100; saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Gebrauchs- und Verbrauchsgüter.

2.5 Auftragseingang im Bauhauptgewerbe, Baugenehmigungen

Bundesrepublik Deutschland

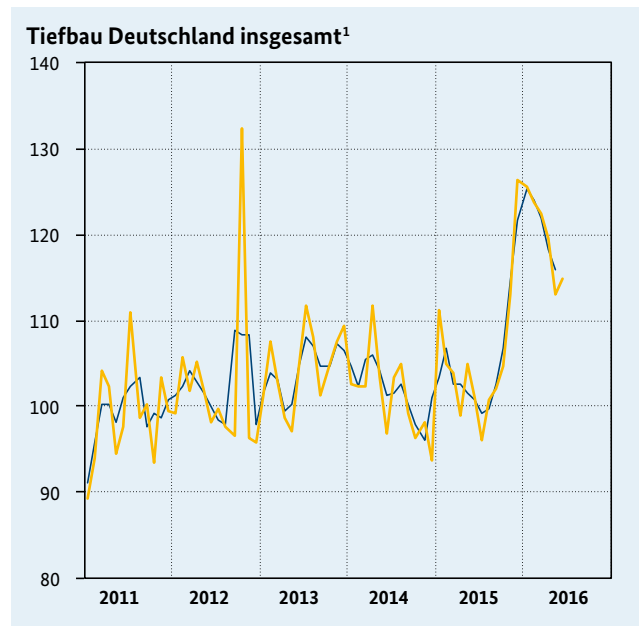
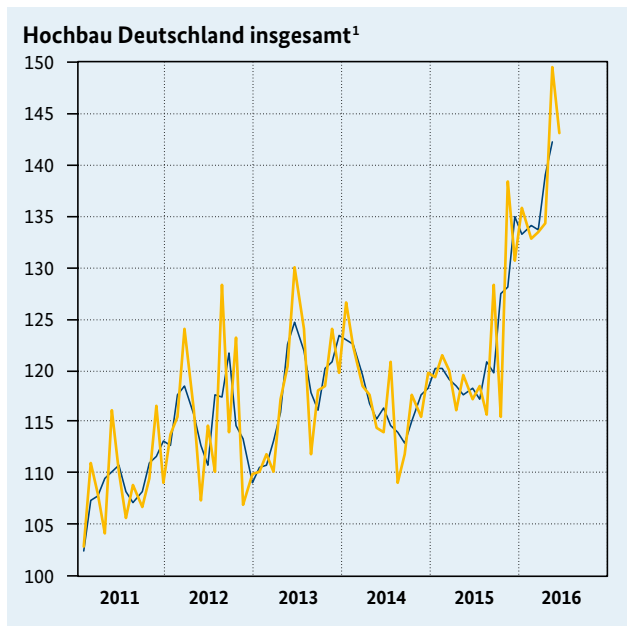
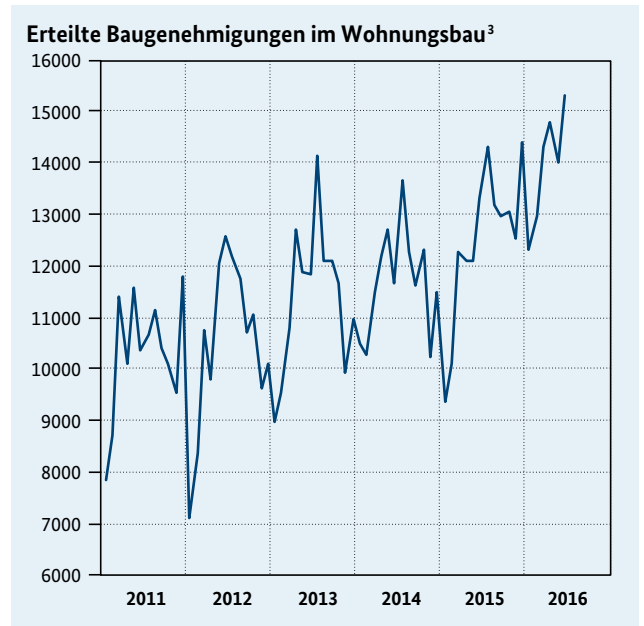
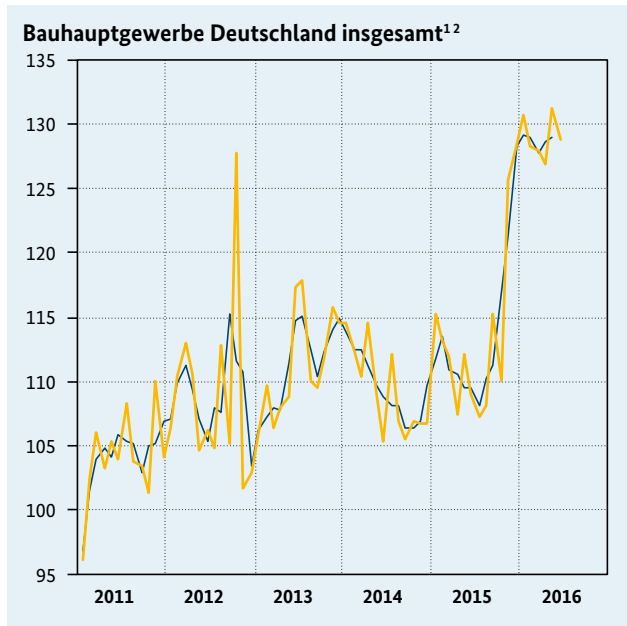
					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni
Auftragseingang¹														
Bauhauptgewerbe														
	Index	111,3	109,3	113,7	110,3	121,5	129,1	129,1	130,9	128,4	128,1	127,0	131,4	129,0
	gg. Vp. in %	2,2	-1,8	4,0	0,6	10,2	6,3	0,0	1,8	-1,9	-0,2	-0,9	3,5	-1,8
	gg. Vj. in %	2,1	-1,9	3,8	1,7	13,2	14,0	17,8	12,7	14,2	14,7	17,9	17,0	18,3
Hochbau														
	Index	118,0	117,4	121,8	120,9	128,2	134,2	142,4	136,0	133,0	133,6	134,4	149,7	143,2
	gg. Vp. in %	2,3	-0,5	3,7	2,8	6,0	4,7	6,1	4,1	-2,2	0,5	0,6	11,4	-4,3
	gg. Vj. in %	2,4	-0,9	3,8	5,9	8,6	11,6	21,1	14,4	9,7	11,0	15,4	25,3	22,3
Wohnungsbau														
	Index	131,0	134,9	149,9	156,1	152,6	172,8	171,8	174,0	166,6	177,7	159,6	176,8	179,0
	gg. Vp. in %	4,0	3,0	11,1	9,2	-2,2	13,2	-0,6	8,9	-4,3	6,7	-10,2	10,8	1,2
	gg. Vj. in %	4,3	2,5	11,4	27,8	7,9	17,1	20,2	19,0	13,8	18,3	12,7	22,6	25,4
Hochbau ohne Wohnungsbau														
	Index	111,6	108,7	107,8	103,5	116,2	115,1	127,9	117,1	116,3	111,8	121,9	136,3	125,4
	gg. Vp. in %	1,5	-2,6	-0,8	-1,5	12,3	-0,9	11,1	0,7	-0,7	-3,9	9,0	11,8	-8,0
	gg. Vj. in %	1,4	-3,0	-0,8	-6,0	9,0	7,8	21,7	11,2	7,1	6,0	17,3	27,2	20,4
Tiefbau														
	Index	104,6	101,3	105,7	99,7	114,8	124,0	115,9	125,8	123,8	122,5	119,6	113,1	114,9
	gg. Vp. in %	2,0	-3,2	4,3	-1,9	15,1	8,0	-6,5	-0,6	-1,6	-1,1	-2,4	-5,4	1,6
	gg. Vj. in %	1,9	-3,0	3,7	-2,9	19,6	16,6	14,1	10,8	19,3	18,5	20,8	8,0	13,7
Straßenbau														
	Index	103,6	99,2	101,2	100,8	102,8	128,7	113,1	138,2	136,0	111,8	116,3	108,4	114,6
	gg. Vp. in %	5,0	-4,2	2,0	2,3	2,0	25,2	-12,1	21,4	-1,6	-17,8	4,0	-6,8	5,7
	gg. Vj. in %	3,6	-3,4	1,3	2,4	7,0	22,6	14,7	53,3	17,9	13,2	20,9	7,4	15,9
Tiefbau ohne Straßenbau														
	Index	105,3	102,5	108,4	99,0	122,1	121,2	117,6	118,3	116,4	129,0	121,6	116,0	115,1
	gg. Vp. in %	0,5	-2,7	5,8	-4,3	23,3	-0,7	-3,0	-11,8	-1,6	10,8	-5,7	-4,6	-0,8
	gg. Vj. in %	0,9	-2,7	5,0	-6,4	25,6	13,6	13,7	-2,1	20,2	21,5	20,7	8,3	12,3
gewerbliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	114,2	112,9	112,7	107,4	120,9	119,3	130,2	121,4	115,6	120,9	126,9	135,8	127,9
	gg. Vp. in %	1,2	-1,1	-0,2	-2,6	12,6	-1,3	9,1	7,1	-4,8	4,6	5,0	7,0	-5,8
	gg. Vj. in %	1,2	-1,4	-0,3	-6,0	10,2	6,8	18,2	6,0	4,9	9,0	18,0	17,9	18,6
öffentliche Auftraggeber (Hoch- und Tiefbau ohne Wohnungsbau)														
	Index	100,5	95,4	100,3	94,9	109,7	121,6	110,9	123,3	126,1	115,5	113,9	108,7	110,1
	gg. Vp. in %	2,4	-5,1	5,1	-0,6	15,6	10,8	-8,8	-6,3	2,3	-8,4	-1,4	-4,6	1,3
	gg. Vj. in %	2,2	-4,7	4,1	-2,3	21,4	20,4	15,9	17,8	24,8	18,6	20,9	13,0	13,8
Baugenehmigungen (Neubau)²														
Hochbau (veranschlagte Kosten)														
	Mio. €	76490	78378	83649	22345	22875	22101	25466	6337	7532	8232	8515	8073	8878
	gg. Vj. in %	8,7	2,5	6,7	6,4	18,3	23,2	24,3	24,8	32,1	15,0	27,7	23,7	21,7
Wohngebäude														
	Mio. €	43680	46466	51214	13829	14001	13636	15393	4185	4486	4966	5076	4894	5423
	gg. Vj. in %	11,2	6,4	10,2	10,6	22,4	27,4	21,4	33,2	30,1	20,7	24,2	19,6	20,4
Nichtwohngebäude														
	Mio. €	32809	31913	32435	8516	8874	8465	10073	2153	3046	3267	3438	3179	3456
	gg. Vj. in %	5,4	-2,7	1,6	0,2	12,5	17,0	29,0	11,1	35,1	7,4	33,1	30,5	23,8
gewerbliche Auftraggeber														
	Mio. €	23624	24145	24360	6505	6717	6321	7558	1561	2376	2384	2582	2436	2541
	gg. Vj. in %	0,4	2,2	0,9	-0,3	14,5	24,2	24,9	11,6	64,2	6,3	28,3	26,1	20,6
öffentliche Auftraggeber														
	Mio. €	9185	7768	8074	2011	2157	2144	2515	592	670	882	857	743	915
	gg. Vj. in %	20,9	-15,4	3,9	1,8	6,9	-0,1	42,9	9,8	-16,9	10,2	50,2	47,0	33,6
Wohngebäude (Rauminhalt)³														
	Mio. m ³	137	141	150	40,6	40,1	39,7	44,3	12,3	13,0	14,4	14,8	14,0	15,4
	gg. Vj. in %	8,5	2,8	6,7	7,8	17,6	24,6	17,6	31,4	28,1	16,5	22,2	15,6	15,2
	gg. Vp. in %	8,8	3,1	6,0	4,4	7,7	8,5	-6,0	7,2	-3,1	-2,8	-0,8	-6,0	4,9
					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
ifo Konjunkturtest⁴														
Kapazitäts- und Geräteauslastung														
	Salden	71,8	73,8	73,3	79,3	78,0	64,7	76,1	64,5	72,5	76,8	79,0	80,6	81,2
witterungsbedingte Baubehinderungen														
	Salden	28,4	8,6	13,8	1,3	3,3	35,0	14,0	44,0	23,0	10,0	9,0	7,0	5,0

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

- 1 Volumenangaben; kalender- und saisonbereinigt; Index 2010=100; Vorjahresveränderungen auf Basis kalenderbereinigter Daten;
- 2 Ursprungszahlen;
- 3 Ursprungszahlen; Veränderungen gegenüber der Vorperiode auf Basis kalender- und saisonbereinigter Daten;
- 4 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.6 Entwicklung des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe

Bundesrepublik Deutschland



— gleitender 3-Monatsdurchschnitt
 — Monatswerte

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA, Index 2010 = 100;

2 Hoch- und Tiefbau einschließlich vorbereitende Baustellenarbeiten;

3 Kubikmeter umbauter Raum; Ursprungszahlen.

2.7 ifo Konjunkturtest, ZEW-Geschäftserwartungen

Bundesrepublik Deutschland

					2015	2016			2016					
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
ifo Konjunkturtest¹														
Gewerbliche Wirtschaft														
Geschäftsklima	Salden	6,2	9,1	9,2	10,3	6,5	8,5	-	6,5	8,6	10,4	9,6	5,6	-
Geschäftslage	Salden	9,3	13,5	15,5	15,2	15,3	16,9	-	15,5	17,2	17,9	18,2	14,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	3,4	4,2	3,2	5,4	-1,8	0,4	-	-2,2	0,4	3,1	1,2	-2,8	-
Verarbeitendes Gewerbe														
Geschäftsklima	Salden	9,2	12,9	11,5	11,5	6,1	8,5	-	6,5	8,1	10,8	9,7	6,3	-
Geschäftslage	Salden	12,3	18,9	19,0	17,1	16,4	17,6	-	17,1	17,6	18,2	19,3	16,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,2	7,1	4,2	6,0	-3,8	-0,3	-	-3,5	-1,1	3,7	0,6	-3,1	-
Vorleistungsgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,0	13,5	12,4	10,7	6,5	8,4	-	6,1	6,7	12,3	12,6	8,1	-
Geschäftslage	Salden	7,8	20,2	18,1	17,0	16,5	18,3	-	16,6	16,9	21,4	20,3	13,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	8,1	7,0	6,9	4,7	-3,0	-1,1	-	-3,8	-3,0	3,5	5,2	2,4	-
Investitionsgüter														
Geschäftsklima	Salden	10,4	15,1	10,6	11,4	4,3	8,7	-	6,7	10,5	8,8	5,4	3,9	-
Geschäftslage	Salden	14,8	20,4	18,6	15,6	15,1	18,7	-	17,6	21,2	17,2	18,5	15,9	-
Geschäftserwartungen	Salden	6,1	9,9	2,9	7,3	-6,0	-0,9	-	-3,6	0,4	0,6	-6,9	-7,4	-
Konsumgüter														
Geschäftsklima	Salden	8,7	7,6	9,7	11,2	8,4	7,4	-	6,1	6,4	9,6	7,7	6,0	-
Geschäftslage	Salden	16,3	14,4	19,4	18,9	18,0	16,3	-	16,8	16,4	15,8	14,8	15,5	-
Geschäftserwartungen	Salden	1,4	1,1	0,4	3,7	-0,8	-1,3	-	-4,1	-3,2	3,5	0,9	-3,1	-
Bauhauptgewerbe														
Geschäftsklima	Salden	-1,2	-3,0	-2,9	1,0	-0,1	3,0	-	0,6	3,6	4,8	5,4	5,4	-
Geschäftslage	Salden	0,1	-3,3	-4,4	-0,9	3,4	8,3	-	5,1	8,7	11,2	10,1	9,8	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,4	-2,9	-1,4	2,9	-3,6	-2,2	-	-3,7	-1,4	-1,5	0,8	1,1	-
Dienstleistungen														
Geschäftsklima	Salden	16,8	22,6	28,6	34,3	27,3	27,1	-	28,5	25,3	27,5	27,7	29,5	-
Geschäftslage	Salden	22,9	32,4	38,9	44,0	39,0	40,4	-	41,9	38,0	41,4	36,4	37,1	-
Geschäftserwartungen	Salden	10,8	13,3	18,8	24,9	16,2	14,5	-	15,7	13,3	14,4	19,3	22,1	-
ZEW-Konjunkturerwartungen²														
konjunkturelle Lage	Salden	16,9	40,0	57,0	54,9	54,2	51,8	54,2	47,7	53,1	54,5	49,8	57,6	55,1
Konjunkturerwartungen	Salden	44,7	29,6	31,5	9,5	5,2	12,3	-1,9	11,2	6,4	19,2	-6,8	0,5	0,5

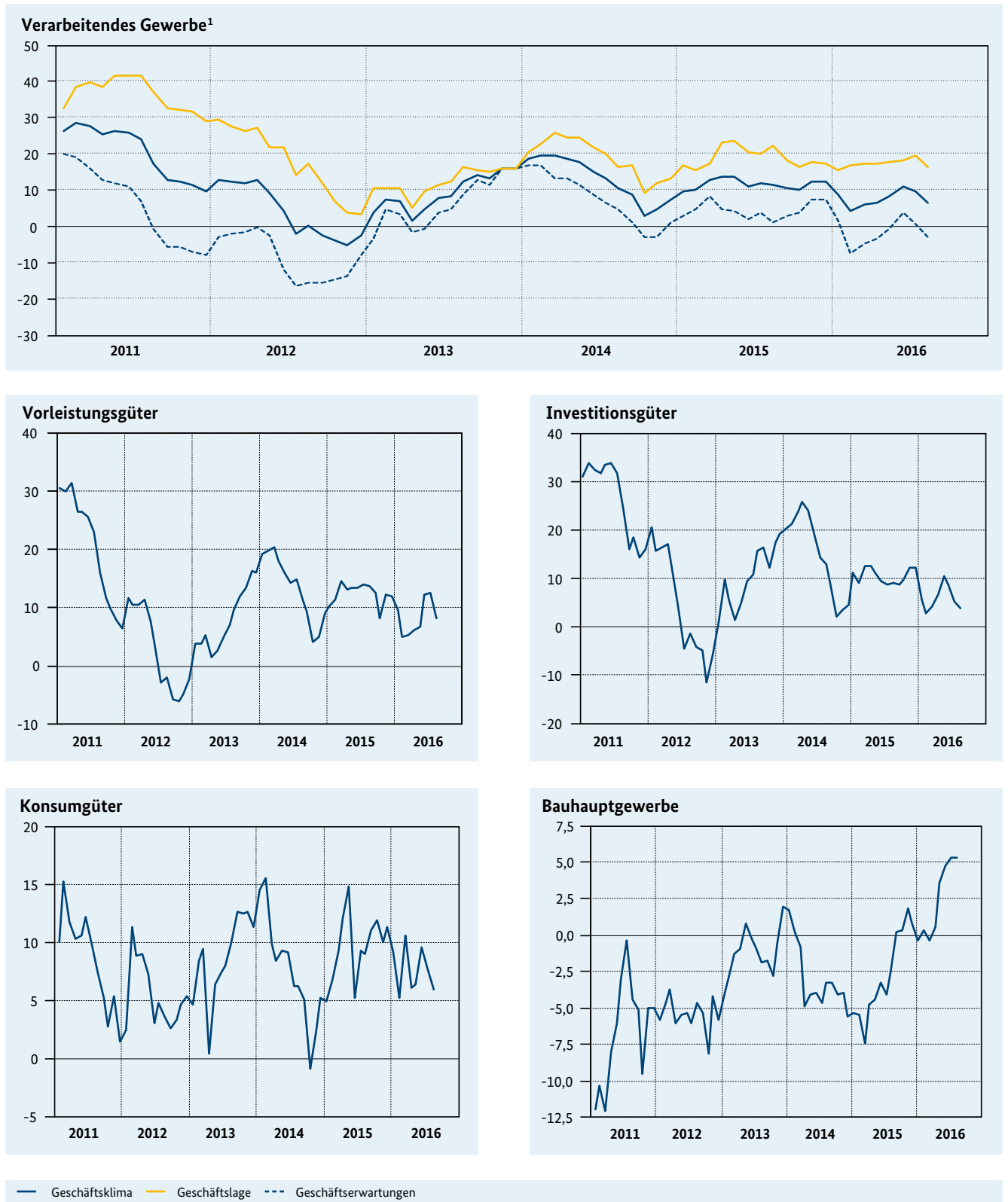
Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung, eigene Berechnungen.

1 Saldo der positiven und negativen Antworten; Saisonbereinigung des ifo Instituts;

2 Saldo der positiven und negativen Antworten.

2.8 Entwicklung des ifo Geschäftsklimas¹

Bundesrepublik Deutschland



Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

¹ Saisonbereinigte Salden, Saisonbereinigungsverfahren des ifo Instituts.

3. Privater Konsum

3.1 Konsumausgaben, Einzelhandelsumsätze, Preise, Geschäfts- und Konsumklima

Bundesrepublik Deutschland

					2014				2015				2016	
		2013	2014	2015	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung¹														
Private Konsumausgaben ¹	Index	103,5	104,4	106,5	104,0	104,2	104,6	105,4	105,8	106,3	106,8	107,2	107,6	107,8
(in konstanten Preisen)	gg. Vp. in %	0,7	0,9	2,0	0,3	0,2	0,4	0,8	0,4	0,4	0,6	0,4	0,3	0,2
	gg. Vj. in %	0,7	0,9	2,0	0,8	0,7	0,6	1,4	2,1	1,7	2,2	2,1	1,7	2,4
Verfügbares Einkommen	in Mrd. €	1672	1710	1763	424	426	429	433	435	440	443	446	446	449
(in jeweiligen Preisen)	gg. Vp. in %	1,5	2,3	3,1	0,9	0,3	0,7	1,1	0,4	1,0	0,6	0,8	-0,1	0,7
	gg. Vj. in %	1,5	2,3	3,1	2,2	2,2	2,0	2,6	3,1	3,0	3,2	3,2	2,3	3,0
Einzelhandelsumsätze¹														
		2013	2014	2015	2015			2016			2016			
		2013	2014	2015	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Einzelhandel	Index	101,3	102,7	105,4	106,0	106,6	106,4	-	105,9	106,6	106,6	107,2	-	-
(ohne Handel mit Kfz)	gg. Vp. In %	0,4	1,4	2,6	0,5	0,6	-0,2	-	-0,1	0,7	0,0	0,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,5	1,5	2,5	2,3	1,6	1,2	-	0,7	1,2	1,7	1,5	-	-
Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren	Index	101,3	102,6	104,9	105,3	105,7	105,6	-	104,4	106,5	105,8	107,5	-	-
	gg. Vp. In %	1,0	1,3	2,2	-0,7	0,4	-0,1	-	0,9	2,0	-0,7	1,6	-	-
	gg. Vj. in %	0,9	1,4	2,2	1,9	2,1	0,9	-	-0,3	0,9	1,8	2,3	-	-
Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Index	98,8	99,8	99,4	98,1	97,3	100,4	-	100,9	100,4	100,0	101,3	-	-
	gg. Vp. In %	-0,4	1,0	-0,4	-1,0	-0,8	3,2	-	8,7	-0,5	-0,4	1,3	-	-
	gg. Vj. in %	-0,2	0,8	-0,2	0,4	-2,1	0,0	-	2,2	-0,8	-1,5	0,2	-	-
Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Index	117,5	121,7	126,8	127,0	126,5	126,0	-	124,7	124,0	129,4	127,2	-	-
	gg. Vp. In %	1,6	3,6	4,2	-0,5	-0,4	-0,4	-	-2,1	-0,6	4,4	-1,7	-	-
	gg. Vj. in %	1,6	3,9	4,0	1,2	-0,8	0,4	-	-0,8	-1,9	3,6	-0,7	-	-
Möbel, Raumausstattung, Haushaltsgeräte, Baubedarf	Index	99,7	98,9	100,8	102,3	101,6	101,3	-	101,1	101,7	101,1	103,8	-	-
	gg. Vp. In %	-3,0	-0,8	1,9	2,2	-0,7	-0,3	-	2,2	0,6	-0,6	2,7	-	-
	gg. Vj. in %	-3,0	-0,7	1,9	2,6	1,1	0,7	-	1,2	0,6	0,4	2,8	-	-
Handel mit Kfz einschl. Instandhaltung und Reparatur	Index	102,1	104,5	111,7	113,7	117,4	116,5	-	117,0	115,5	117,1	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,2	2,4	6,9	1,8	3,3	-0,8	-	1,7	-1,3	1,4	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,2	2,3	7,1	6,8	6,8	4,5	-	5,3	3,4	4,7	-	-	-
Umsätze im Gastgewerbe¹														
Insgesamt	Index	100,8	101,7	102,6	103,1	103,2	103,1	-	104,5	101,2	103,5	-	-	-
	gg. Vp. In %	-1,4	0,9	0,9	-0,3	0,1	-0,1	-	1,1	-3,2	2,3	-	-	-
	gg. Vj. in %	-1,6	0,9	1,1	0,6	2,2	0,4	-	4,3	-1,3	-1,5	-	-	-
Pkw-Neuzulassungen²														
Insgesamt	in Tsd.	2952	3037	3206	798	791	942	-	316	287	340	279	245	-
	gg. Vj. in %	-4,2	2,9	5,6	5,7	4,5	9,4	-	8,4	11,9	8,3	-3,9	8,3	-
private Neuzulassungen	in Tsd.	1120	1099	1098	266	259	344	-	110	107	126	99	93	-
	gg. Vj. in %	-4,8	-1,9	-0,1	4,4	1,4	10,4	-	6,1	12,9	12,4	-3,5	18,7	-
Verbraucherpreise³														
Insgesamt	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,6	107,1	-	106,9	107,2	107,3	107,6	107,6	-
	gg. Vj. in %	1,5	0,9	0,2	0,3	0,3	0,1	-	-0,1	0,1	0,3	0,4	0,4	-
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	4,4	1,0	0,8	1,8	1,0	0,2	-	0,5	0,0	0,1	1,1	0,9	-
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	1,3	1,5	1,2	1,1	1,1	1,1	-	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	-
Haushaltsenergie	gg. Vj. in %	4,1	-0,9	-5,5	-6,2	-6,5	-5,6	-	-6,3	-5,7	-4,9	-4,7	-4,2	-
Kraftfahrer-Preisindex	gg. Vj. in %	-0,5	-0,8	-2,6	-2,5	-2,3	-2,8	-	-3,2	-3,1	-2,1	-2,7	-1,9	-
Stimmungsindikatoren zum privaten Konsum														
ifo Geschäftsklima Einzelhandel⁴	Salden	1,8	2,9	7,0	9,0	7,7	8,7	-	6,8	11,1	8,1	10,2	2,5	-
Geschäftslage	Salden	5,9	8,9	15,7	17,8	16,3	17,3	-	15,1	21,3	15,4	21,9	12,4	-
Geschäftserwartungen	Salden	-2,3	-2,9	-1,3	0,6	-0,7	0,4	-	-1,1	1,4	1,0	-0,9	-7,0	-
GfK – Konsumklima⁵	Punkte	6,5	8,5	9,7	9,4	9,4	9,6	10,1	9,4	9,7	9,8	10,1	10,0	10,2
Anschaffungsneigung	Punkte	39,9	48,7	54,7	48,7	50,1	53,1	-	52,2	53,0	54,2	55,3	56,8	-

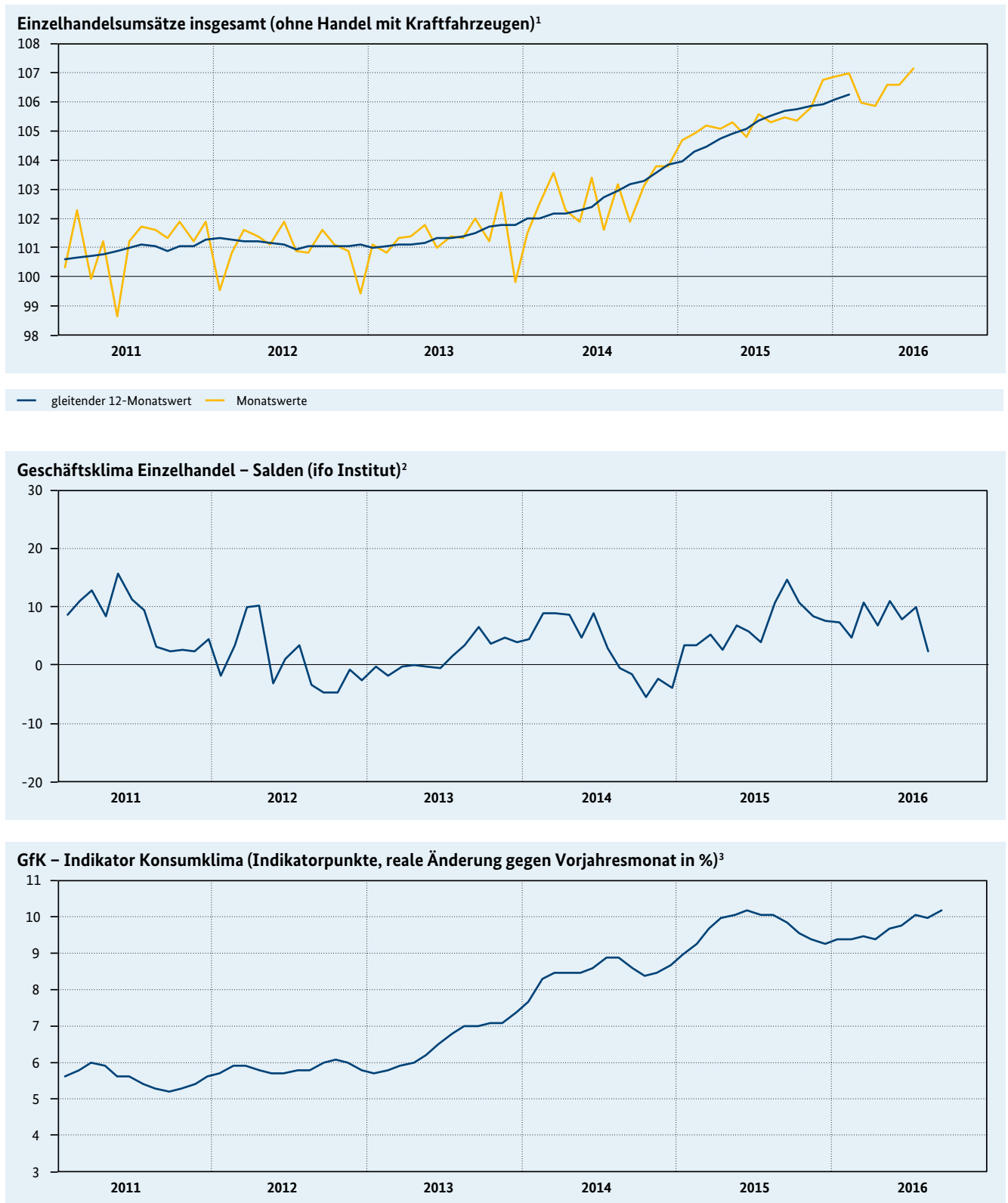
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Kraftfahrt-Bundesamt, ifo Institut, Gesellschaft für Konsumforschung.

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt; Index 2010 = 100; Vorjahresveränderungen auf Basis preis- und kalenderbereinigter Daten;

2 Ursprungszahlen; 3 Ursprungszahlen; Index 2010 = 100; 4 Salden der positiven und negativen Antworten, Saisonbereinigung des ifo Instituts; 5 Durch GfK standardisierte und saisonbereinigte Salden der positiven und negativen Antworten; der letzte Wert ist jeweils

prognostiziert.

3.2 Entwicklung des privaten Konsums



Quellen: Statistisches Bundesamt, ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Gesellschaft für Konsumforschung (GfK).

1 Basis: 2010 = 100, preis- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Saisonbereinigung des ifo Instituts;

3 Saisonbereinigung der GfK.

4. Außenwirtschaft

4.1 Leistungsbilanz und Außenhandel nach Ländern

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
Leistungsbilanz und Komponenten (Saldo)¹														
Leistungsbilanz	in Mrd. €	193	216	259	69	64	74	73	27,1	25,8	25,7	24,2	23,1	20,0
	gg. Vp. in %	-1,6	12,4	20,0	9,2	-7,6	15,1	-1,3	29,6	-5,0	-0,5	-5,8	-4,6	-13,1
Warenhandel	in Mrd. €	214	228	261	66	65	68	72	22,6	24,9	24,9	24,2	23,1	21,3
	gg. Vp. in %	6,0	6,8	14,5	-2,2	-2,7	4,4	6,9	12,9	9,9	0,2	-3,1	-4,3	-8,1
Ausfuhr	in Mrd. €	1084	1118	1177	297	292	294	298	98,7	99,6	99,5	98,6	99,6	95,7
	gg. Vp. in %	0,9	3,1	5,3	-0,3	-1,5	0,6	1,2	2,7	0,9	0,0	-1,0	1,0	-3,9
Einfuhr	in Mrd. €	870	890	916	230	228	227	226	76,0	74,7	74,6	74,4	76,5	74,5
	gg. Vp. in %	-0,2	2,3	2,9	0,3	-1,1	-0,4	-0,5	0,1	-1,8	-0,1	-0,3	2,8	-2,6
Dienstleistungen	in Mrd. €	-43	-35	-31	-8	-10	-7	-6	-1,4	-2,4	-2,4	-1,8	-2,3	-2,2
	gg. Vp. in %	34,8	-17,3	-11,8	12,2	27,3	-29,5	-7,4	-57,2	78,1	0,0	-26,2	25,0	-0,9
Einnahmen	in Mrd. €	205	220	238	60	60	61	61	21,6	20,2	20,1	20,7	20,5	20,1
	gg. Vp. in %	4,1	7,4	8,2	0,7	-0,6	2,8	0,0	11,0	-6,5	-0,4	2,9	-1,0	-2,0
Ausgaben	in Mrd. €	247	255	269	68	70	68	68	23,0	22,6	22,5	22,5	22,7	22,3
	gg. Vp. in %	8,3	3,1	5,4	1,9	2,6	-1,8	-0,7	1,3	-1,4	-0,4	-0,3	1,1	-1,9
Primäreinkommen	in Mrd. €	64	63	66	18	17	18	16	6,6	5,9	5,5	5,1	5,2	4,7
	gg. Vp. in %	-2,8	-1,5	5,2	21,0	-1,8	4,8	-12,6	17,4	-10,4	-6,1	-8,2	2,0	-10,1
Sekundäreinkommen	in Mrd. €	-42	-39	-37	-7	-8	-5	-9	-0,7	-2,5	-2,3	-3,3	-3,0	-3,6
	gg. Vp. in %	5,8	-6,7	-6,4	-43,2	15,2	-39,4	81,4	-54,3	266,7	-7,9	39,9	-8,3	21,7

Außenhandel nach Ländern²

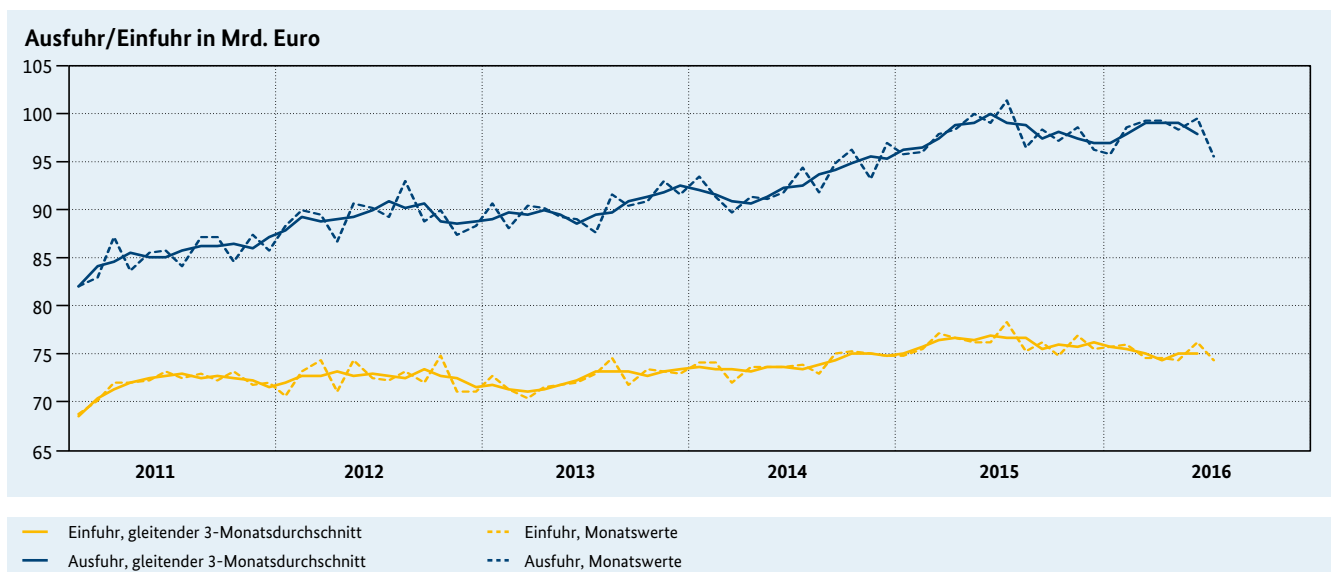
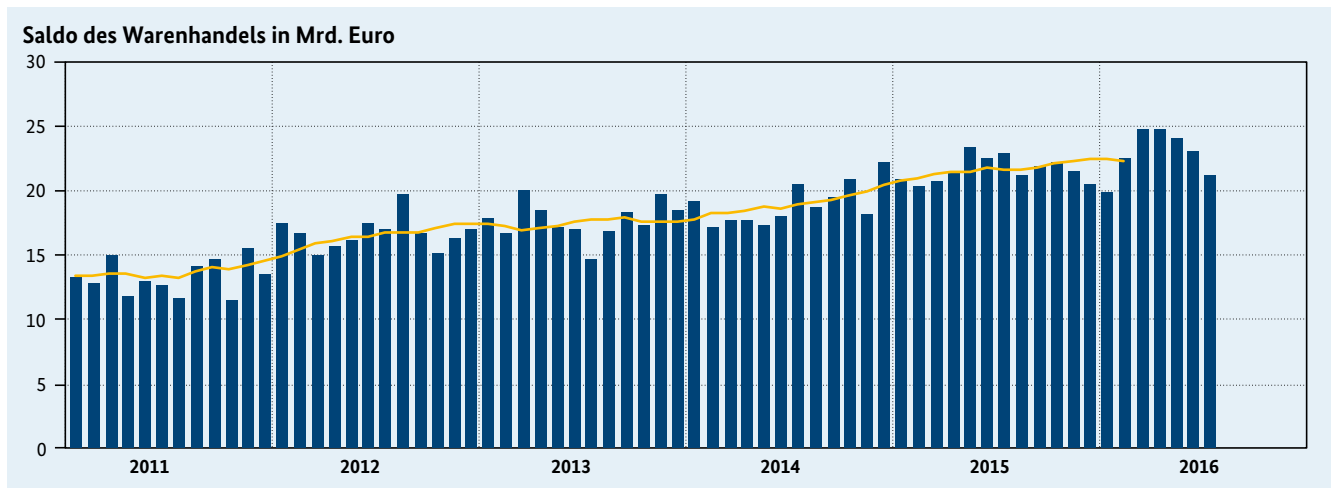
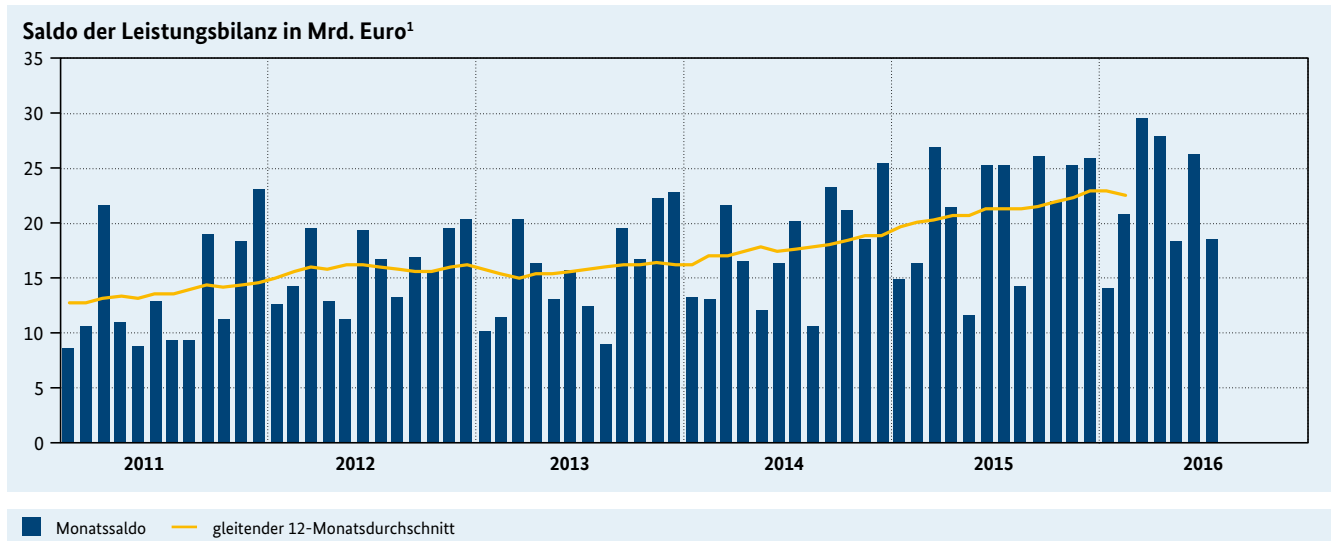
Ausfuhr insgesamt	in Mrd. €	1088	1124	1196	301	301	295	308	99,4	106,8	104,2	97,2	106,7	96,4
	gg. Vj. in %	-0,4	3,3	6,5	5,7	4,9	0,6	2,1	4,0	-0,6	3,7	1,6	1,1	-10,0
EU-Länder	in Mrd. €	619	649	694	172	175	177	181	59,6	62,7	61,3	57,6	62,6	56,3
	gg. Vj. in %	-0,2	4,8	7,0	6,9	6,4	2,7	3,8	5,5	1,8	7,4	2,1	2,1	-7,0
Eurozone ¹	in Mrd. €	403	411	435	106	109	110	113	37,0	38,9	38,5	36,0	38,9	35,5
	gg. Vj. in %	-0,8	2,0	5,8	6,1	6,5	1,5	2,5	3,6	0,9	5,9	1,5	0,1	-6,0
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	216	238	259	66	66	67	68	22,7	23,8	22,9	21,5	23,7	20,8
	gg. Vj. in %	1,2	10,1	9,0	8,2	6,2	4,8	6,1	8,7	3,1	9,9	3,0	5,5	-8,8
Drittländer	in Mrd. €	469	475	502	129	126	118	127	39,8	44,2	42,8	39,7	44,1	40,1
	gg. Vj. in %	-0,8	1,2	5,7	4,1	3,0	-2,4	-0,2	1,7	-3,8	-1,0	1,0	-0,4	-13,8
Einfuhr insgesamt	in Mrd. €	890	910	949	238	239	236	237	79,5	80,9	78,7	76,2	82,0	76,9
	gg. Vj. in %	-1,0	2,2	4,2	5,2	4,2	0,4	0,1	4,3	-4,2	0,1	-0,1	0,3	-6,5
EU-Länder	in Mrd. €	575	595	622	155	158	156	159	53,4	53,8	53,0	51,1	55,2	51,3
	gg. Vj. in %	0,7	3,4	4,5	6,5	4,8	2,2	1,9	6,1	-2,2	2,0	0,2	3,4	-4,5
Eurozone	in Mrd. €	401	411	426	106	107	106	108	36,2	36,7	35,7	34,8	38,0	35,4
	gg. Vj. in %	0,0	2,3	3,7	5,8	4,1	1,0	0,6	3,9	-3,0	-0,7	-0,8	3,2	-4,4
Nicht-Eurozone	in Mrd. €	174	184	196	49	50	50	51	17,2	17,2	17,3	16,3	17,2	15,9
	gg. Vj. in %	2,3	6,0	6,2	7,9	6,5	4,7	4,8	10,8	-0,5	8,1	2,5	3,8	-4,8
Drittländer	in Mrd. €	315	315	327	83	82	80	78	26,1	27,1	25,7	25,1	26,8	25,6
	gg. Vj. in %	-3,9	0,0	3,7	2,8	3,0	-2,9	-3,4	0,8	-8,0	-3,7	-0,7	-5,4	-10,2

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

2 Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes, Warenhandel, Ursprungszahlen.

4.2 Entwicklung der Außenwirtschaft



Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Zahlungsbilanzstatistik (BPM 6), kalender- und saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

5. Arbeitsmarkt

5.1 Erwerbstätige, Arbeitslose, gemeldete Arbeitsstellen

Bundesrepublik Deutschland

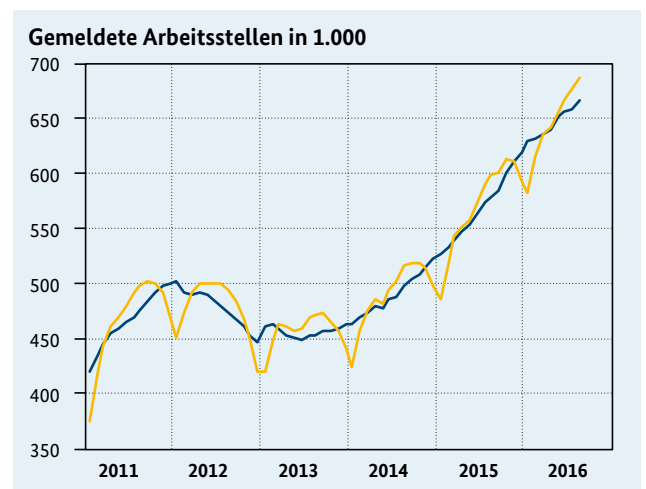
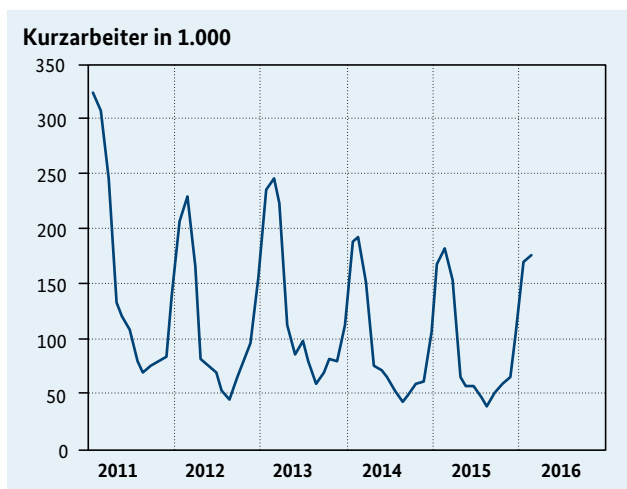
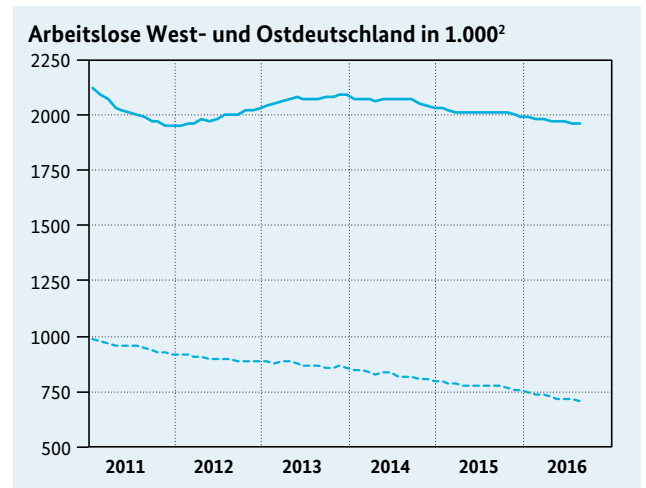
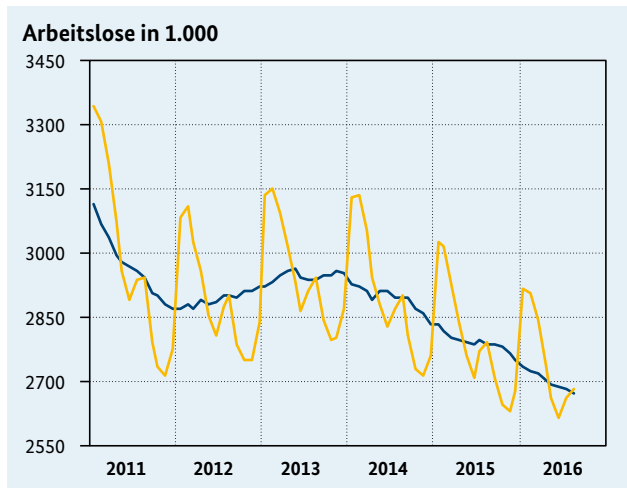
					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Ursprungszahlen														
Erwerbstätige ¹	in Tsd.	42327	42662	43057	43272	43457	43053	43514	43170	43344	43530	43667	43712	-
	gg. Vj. in Tsd.	+266	+335	+395	+423	+499	+541	+528	+540	+524	+528	+533	+535	-
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	in Tsd.	29728	30218	30853	31020	31298	31081	31375	31221	31324	31417	31386	-	-
	gg. Vj. in Tsd.	+367	+490	+635	+655	+728	+699	+663	+692	+678	+698	+614	-	-
Erwerbslose ²	in Tsd.	2182	2090	1950	1847	1898	1915	1789	1917	1788	1783	1796	1854	-
	gg. Vj. in Tsd.	-43	-92	-140	-187	-114	-186	-164	-108	-245	-109	-138	-60	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,4	4,5	4,5	4,2	4,5	4,2	4,2	4,2	4,3	-
Arbeitslose insgesamt ³	in Tsd.	2950	2898	2795	2759	2655	2892	2674	2845	2744	2664	2614	2661	2684
	gg. Vj. in Tsd.	+53	-52	-104	-102	-83	-101	-98	-87	-99	-98	-97	-112	-111
SGB II	in Tsd.	1981	1965	1936	1932	1879	1960	1892	1956	1927	1890	1860	1856	1854
	gg. Vj. in Tsd.	-14	-16	-29	-19	-13	-23	-58	-20	-48	-56	-68	-87	-91
SGB III	in Tsd.	970	933	859	827	775	932	782	888	817	774	754	805	830
	gg. Vj. in Tsd.	+67	-36	-75	-83	-70	-78	-40	-67	-51	-42	-29	-25	-21
Westdeutschland	in Tsd.	2080	2075	2021	2013	1929	2095	1962	2065	2004	1955	1928	1971	1998
	gg. Vj. in Tsd.	+80	-6	-54	-59	-41	-42	-40	-32	-40	-40	-41	-48	-44
Ostdeutschland	in Tsd.	870	824	774	746	725	797	712	780	740	709	686	690	687
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-46	-50	-42	-42	-59	-58	-55	-59	-57	-56	-64	-67
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,3	6,0	6,6	6,1	6,5	6,3	6,0	5,9	6,0	6,1
Westdeutschland	in %	6,1	5,9	5,7	5,7	5,5	5,9	5,5	5,8	5,7	5,5	5,4	5,5	5,6
Ostdeutschland	in %	10,3	9,8	9,2	8,9	8,6	9,5	8,5	9,3	8,8	8,4	8,2	8,2	8,2
Zugänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	648	637	626	629	600	681	589	602	600	578	589	658	653
Abgänge an Arbeitslosen	in Tsd./M.	645	647	633	630	609	627	666	668	701	657	639	611	630
Kurzarbeit ⁴	in Tsd.	77	49	44	33	46	50	47	52	54	46	40	-	-
(konjunkturell bedingt)	gg. Vj. in Tsd.	+10	-27	-5	-4	0	-1	-1	+2	0	+2	-5	-	-
Unterbeschäftigung	in Tsd.	3901	3803	3631	3556	3485	3687	3556	3670	3594	3551	3524	3564	3576
	gg. Vj. in Tsd.	-27	-99	-171	-178	-163	-167	-74	-142	-109	-77	-36	-19	-1
Gemeldete Arbeitsstellen	in Tsd.	457	490	569	595	604	610	653	635	640	655	665	674	685
	gg. Vj. in Tsd.	-21	+33	+78	+83	+95	+94	+93	+92	+89	+98	+93	+85	+89
saisonbereinigte Angaben⁵														
Erwerbstätige ¹	gg. Vp. in Tsd.	+266	+334	+394	+119	+136	+149	+123	+53	+29	+40	+47	+39	-
Sozialv.pfl. Beschäftigte	gg. Vp. in Tsd.	+366	+490	+634	+180	+183	+174	+126	+54	+28	+54	+3	-	-
Erwerbslose	gg. Vp. in Tsd.	-42	-81	-154	-54	-30	-39	-19	-12	-4	-1	-2	-7	-
Erwerbslosenquote	in %	5,2	5,0	4,6	4,6	4,5	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,2	-
Arbeitslose insgesamt ³	gg. Vp. in Tsd.	+53	-53	-103	-3	-24	-40	-30	-2	-17	-10	-6	-8	-7
SGB II	gg. Vp. in Tsd.	-12	-16	-28	+9	-8	-27	-30	-4	-16	-11	-9	-12	-9
SGB III	gg. Vp. in Tsd.	+65	-37	-75	-13	-16	-12	-1	+2	-1	+1	+3	+4	+2
Westdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	+80	-6	-54	0	-9	-17	-14	0	-7	-8	-1	-4	-1
Ostdeutschland	gg. Vp. in Tsd.	-27	-46	-49	-2	-15	-24	-17	-4	-9	-3	-4	-4	-6
Arbeitslosenquote	in %	6,9	6,7	6,4	6,4	6,3	6,2	6,1	6,2	6,2	6,1	6,1	6,1	6,1
Westdeutschland	in %	6,0	6,0	5,7	5,7	5,7	5,6	5,5	5,6	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5
Ostdeutschland	in %	10,3	9,7	9,2	9,2	9,0	8,7	8,5	8,7	8,6	8,5	8,5	8,4	8,4
Unterbeschäftigung	gg. Vp. in Tsd.	-26	-100	-171	-38	-27	-36	+26	+7	+7	+15	+18	+10	+6
Gemeldete Arbeitsstellen	gg. Vp. in Tsd.	-21	+33	+78	+25	+30	+21	+17	+4	+4	+13	+4	+3	+7
Indizes														
ifo Beschäftigungsbarometer	Index	106,1	106,8	108,4	108,1	109,7	108,4	108,2	107,5	108,3	108,3	108,0	108,1	108,7
IAB-Arbeitsmarktbarometer	Index	101,6	102,7	103,0	103,3	103,4	102,9	102,6	102,5	102,5	102,5	102,8	103,2	103,6
BA-X Stellenindex	Index	159,1	169,0	192,4	195,0	204,3	209,7	214,0	210,0	211,0	215,0	216,0	217,0	219,0

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, ifo Institut, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

- 1 Inlandskonzept;
- 2 Aus der Arbeitskräfteerhebung; Abgrenzung nach ILO;
- 3 Abgrenzung nach SGB; Quoten auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen;
- 4 Konjunkturelle Kurzarbeit nach § 96 SGB III;
- 5 Verfahren Census X-12-ARIMA.

5.2 Entwicklung des Arbeitsmarkts

Bundesrepublik Deutschland



■ Erwerbstätige – vierteljährliche Vorjahresveränderung in % (rechte Skala)
 — Ursprungswerte
 — saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA
— Arbeitslose Westdeutschland
 - - - Arbeitslose Ostdeutschland

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank, Statistisches Bundesamt.

1 Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept;

2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA.

6. Preise

6.1 Verbraucherpreise, Erzeugerpreise, Baupreise

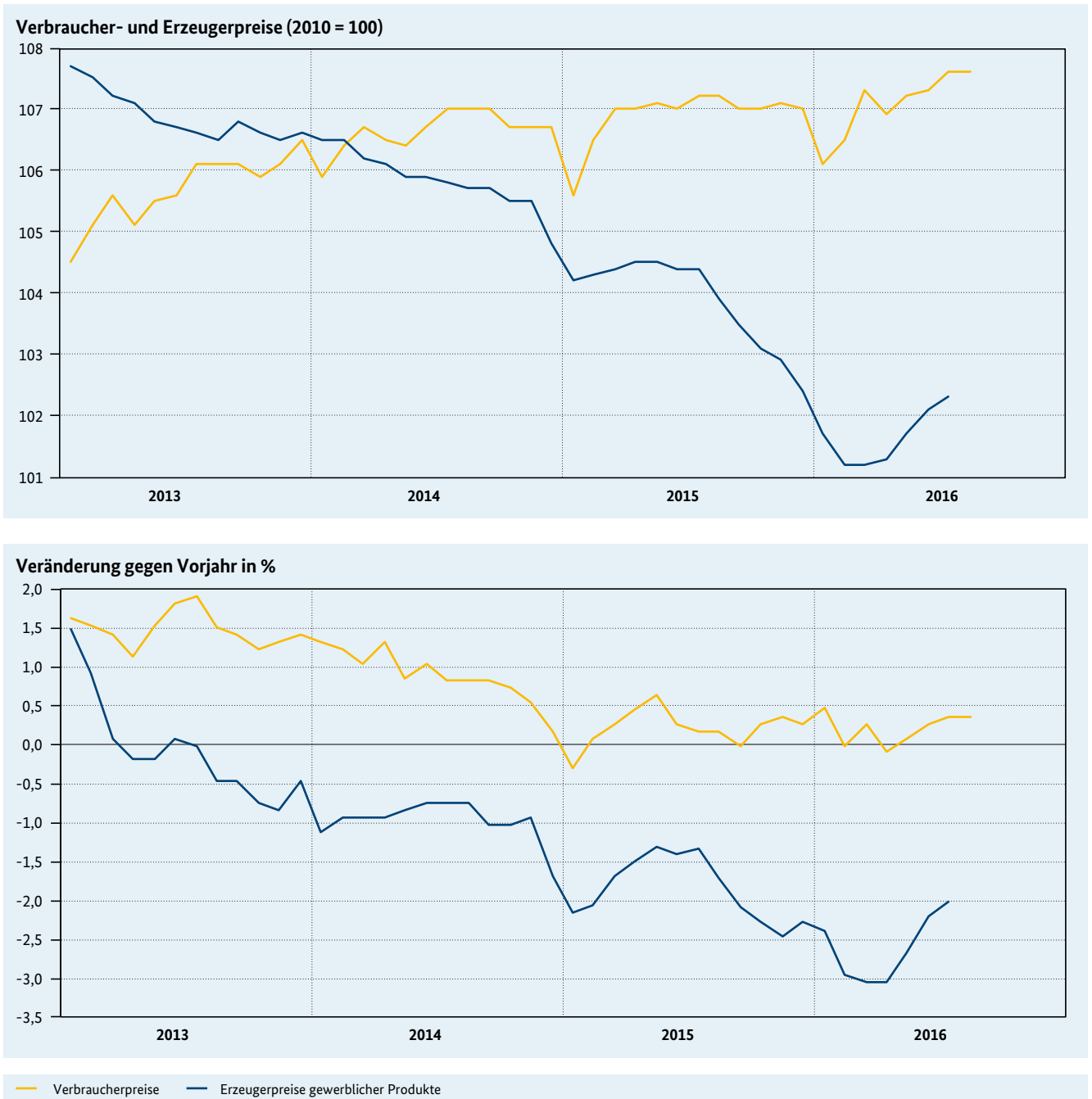
Bundesrepublik Deutschland

		2015			2016				2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verbraucherpreise¹														
Insgesamt (Ursprungszahlen)	Index	105,7	106,6	106,9	107,1	107,0	106,6	107,1	107,3	106,9	107,2	107,3	107,6	107,6
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,1	+0,3	-0,1	+0,1	+0,3	+0,4	+0,4
Waren	Index	107,7	107,9	107,0	106,9	106,8	105,5	106,8	106,1	106,7	106,9	106,7	106,2	106,1
	gg. Vj. in %	+1,7	+0,2	-0,8	-1,0	-0,7	-0,8	-0,9	-1,2	-1,0	-0,9	-0,8	-0,7	-0,6
Verbrauchsgüter	Index	111,5	111,7	110,0	110,0	109,0	107,7	108,9	108,0	108,5	109,0	109,3	109,0	108,6
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,2	-1,5	-1,9	-1,6	-1,8	-2,0	-2,2	-2,2	-2,1	-1,6	-1,6	-1,2
darunter:	Index	110,4	111,5	112,4	111,8	112,7	113,1	113,2	113,7	113,8	113,2	112,7	113,0	112,5
Nahrungsmittel	gg. Vj. in %	+4,4	+1,0	+0,8	+0,8	+1,8	+1,0	+0,2	+1,3	+0,5	0,0	+0,1	+1,1	+0,9
darunter:	Index	120,6	119,5	112,8	112,2	110,3	106,9	108,0	107,4	107,3	108,2	108,6	107,8	107,3
Haushaltsenergie ²	gg. Vj. in %	+4,1	-0,9	-5,6	-6,5	-6,2	-6,6	-5,7	-6,5	-6,3	-5,7	-4,9	-4,7	-4,2
Gebrauchsgüter, mittlere Lebensdauer	Index	104,1	104,8	105,5	104,8	107,1	104,8	106,8	106,8	108,0	107,1	105,4	103,8	104,3
	gg. Vj. in %	+1,4	+0,7	+0,7	+0,9	+0,9	+0,6	+0,9	+0,2	+1,2	+1,2	+0,4	+0,8	0,0
Gebrauchsgüter, langlebig	Index	97,4	96,9	97,3	97,3	97,8	98,2	98,4	98,3	98,4	98,4	98,4	98,3	98,5
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,5	+0,4	+0,4	+1,1	+1,4	+1,2	+1,3	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1
Dienstleistungen	Index	103,8	105,5	106,8	107,3	107,3	107,6	107,5	108,3	107,0	107,6	107,9	108,9	109,0
	gg. Vj. in %	+1,4	+1,6	+1,2	+1,1	+1,2	+1,2	+1,1	+1,6	+0,8	+1,2	+1,4	+1,4	+1,3
darunter:	Index	103,8	105,4	106,7	106,8	107,1	107,4	107,7	107,5	107,6	107,7	107,8	107,9	108,1
Wohnungsmieten	gg. Vj. in %	+1,3	+1,5	+1,2	+1,2	+1,1	+1,1	+1,1	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2
Insgesamt ohne Energie	Index	104,2	105,6	106,8	107,0	107,4	107,5	107,8	108,2	107,6	107,9	107,8	108,3	108,3
	gg. Vj. in %	+1,6	+1,3	+1,1	+1,0	+1,3	+1,2	+1,1	+1,4	+0,9	+1,2	+1,1	+1,3	+1,1
Energie	Index	118,0	115,5	107,4	107,7	104,0	99,2	102,0	99,6	100,5	102,1	103,3	102,1	101,2
	gg. Vj. in %	+1,4	-2,1	-7,0	-7,6	-7,6	-7,8	-7,6	-8,9	-8,5	-7,9	-6,4	-7,0	-5,9
Insgesamt (saisonbereinigt³)	Index	105,7	106,6	106,9	107,0	106,9	106,6	107,3	106,8	107,1	107,3	107,5	107,5	107,5
	gg. Vj. in %	+1,5	+0,9	+0,3	+0,1	+0,3	+0,2	+0,2	+0,1	+0,2	+0,1	+0,4	+0,4	+0,5
HVPI⁴	Index	99,1	99,9	100,0	100,2	100,1	99,6	100,1	100,3	99,8	100,2	100,3	100,7	100,6
	gg. Vj. in %	+1,6	+0,8	+0,1	0,0	+0,2	+0,1	0,0	+0,1	-0,3	0,0	+0,2	+0,4	+0,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte⁵														
Insgesamt	Index	106,9	105,8	103,9	103,9	102,8	101,4	101,7	101,2	101,3	101,7	102,1	102,3	-
	gg. Vj. in %	-0,1	-1,0	-1,8	-1,7	-2,4	-2,8	-2,7	-3,1	-3,1	-2,7	-2,2	-2,0	-
Vorleistungsgüter	Index	104,6	103,5	102,3	102,6	101,2	100,2	100,5	100,1	100,1	100,6	100,9	101,1	-
	gg. Vj. in %	-1,1	-1,1	-1,2	-1,0	-2,1	-2,2	-2,3	-2,3	-2,6	-2,3	-2,0	-1,8	-
Investitionsgüter	Index	103,0	103,5	104,2	104,3	104,4	104,6	104,7	104,6	104,7	104,7	104,8	104,8	-
	gg. Vj. in %	+0,8	+0,5	+0,7	+0,8	+0,7	+0,7	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,6	+0,5	-
Konsumgüter	Index	108,4	109,0	108,1	108,2	108,2	108,2	108,1	108,1	108,0	108,1	108,2	108,7	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+0,6	-0,8	-1,0	+0,1	+0,3	-0,1	-0,1	-0,2	0,0	-0,1	+0,5	-
Gebrauchsgüter	Index	104,3	105,7	107,1	107,3	107,4	108,1	108,4	108,2	108,3	108,4	108,5	108,5	-
	gg. Vj. in %	+1,0	+1,3	+1,3	+1,4	+1,4	+1,4	+1,3	+1,4	+1,3	+1,3	+1,3	+1,2	-
Verbrauchsgüter	Index	109,0	109,5	108,3	108,3	108,3	108,3	108,1	108,1	108,0	108,1	108,2	108,7	-
	gg. Vj. in %	+2,1	+0,5	-1,1	-1,4	-0,1	+0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,2	-0,2	+0,4	-
Energie	Index	112,0	108,5	102,6	102,3	99,7	95,3	96,1	94,9	95,2	95,9	97,1	97,1	-
	gg. Vj. in %	-0,9	-3,1	-5,4	-5,1	-6,8	-8,6	-7,7	-9,2	-8,8	-8,0	-6,5	-6,2	-
Baupreise⁶														
Wohngebäude	Index	107,5	109,4	111,1	111,4	111,6	112,5	113,2	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,8	+1,6	+1,6	+1,6	+1,7	+2,1	-	-	-	-	-	-
Straßenbau	Index	108,9	110,3	111,4	111,4	111,6	111,7	112,1	-	-	-	-	-	-
	gg. Vj. in %	+2,4	+1,3	+1,0	+0,5	+0,7	+0,5	+0,7	-	-	-	-	-	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

1 Preisindex 2010 = 100; Gliederung nach Waren und Leistungen; Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose); 2 Strom, Gas und andere Brennstoffe; 3 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA; 4 Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Ursprungszahlen; Basis 2015 = 100; 5 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; 6 Ursprungszahlen; Preisindex 2010 = 100; Quartalsdaten.

6.2 Entwicklung der Verbraucherpreise, Erzeugerpreise



6.3 Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Wechselkurse des Euro

Bundesrepublik Deutschland

					2015		2016		2016					
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.
Weltmarktpreise für Rohstoffe¹														
Insgesamt	Index	185,5	172,4	100,1	97,2	84,8	70,0	87,9	75,9	81,2	88,6	94,0	90,1	90,9
	gg. Vj. in %	+0,6	-7,1	-41,9	-44,4	-39,5	-32,8	-23,0	-27,4	-26,4	-24,3	-18,5	-14,7	-2,5
Nahrungs- und Genussmittel	Index	123,4	121,6	100,0	98,3	96,2	93,6	105,3	96,0	99,3	105,4	111,1	106,7	104,0
	gg. Vj. in %	-12,2	-1,5	-17,7	-15,3	-15,6	-11,4	+5,4	-5,4	-0,9	+6,5	+10,5	+3,4	+6,8
Industrie-Rohstoffe	Index	156,2	135,2	100,1	96,6	87,8	87,7	95,2	93,7	97,7	94,8	93,0	97,2	98,9
	gg. Vj. in %	-3,2	-13,4	-26,0	-28,3	-28,4	-19,9	-10,7	-11,4	-5,8	-13,2	-12,9	-0,9	+3,5
Energie-Rohstoffe (Rohöl und Kohle)	Index	192,3	179,2	100,1	97,2	83,8	66,8	86,1	72,9	78,4	86,9	93,0	88,4	89,2
	gg. Vj. in %	+1,5	-6,8	-44,1	-46,7	-41,7	-35,5	-25,7	-30,3	-29,9	-26,9	-20,6	-17,0	-3,8
Außenhandelspreise²														
Einfuhrpreise insgesamt	Index	105,9	103,6	100,9	100,6	98,8	96,2	97,2	96,5	96,4	97,3	97,8	97,9	-
	gg. Vj. in %	-2,6	-2,2	-2,6	-3,0	-3,5	-5,2	-5,6	-5,9	-6,6	-5,5	-4,6	-3,8	-
Güter der Ernährungswirtschaft	Index	112,6	111,9	112,7	111,6	111,8	110,8	111,3	111,1	110,5	111,5	111,9	112,0	-
	gg. Vj. in %	+0,9	-0,6	+0,7	+0,5	+0,5	-2,4	-2,1	-2,9	-3,4	-1,8	-1,0	+0,1	-
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Index	105,3	102,8	99,7	99,4	97,4	94,8	95,7	95,1	95,0	95,8	96,4	96,4	-
	gg. Vj. in %	-2,9	-2,4	-3,0	-3,4	-4,0	-5,4	-6,0	-6,2	-7,0	-6,0	-4,9	-4,4	-
Rohstoffe und Halbwaren	Index	118,1	109,0	88,3	86,4	79,7	70,4	75,7	72,4	73,1	76,1	77,9	77,7	-
	gg. Vj. in %	-6,9	-7,7	-19,0	-20,8	-21,6	-23,0	-21,0	-23,1	-24,1	-21,3	-17,5	-14,5	-
Fertigwaren	Index	101,3	100,9	103,3	103,5	102,9	102,3	102,0	102,1	101,8	102,0	102,1	102,3	-
	gg. Vj. in %	-1,4	-0,4	+2,4	+2,5	+1,4	-0,6	-1,7	-1,4	-2,0	-1,5	-1,4	-1,5	-
Ausfuhrpreise insgesamt	Index	104,3	104,0	104,9	105,0	104,3	103,6	103,7	103,6	103,5	103,7	103,9	104,1	-
	gg. Vj. in %	-0,6	-0,3	+0,9	+0,8	+0,2	-1,1	-1,6	-1,6	-2,0	-1,6	-1,3	-1,2	-
Terms of Trade	Verhältnis	98,5	100,4	103,9	104,4	105,6	107,7	106,7	107,4	107,4	106,6	106,2	106,3	-
	gg. Vj. in %	+2,0	+1,9	+3,5	+3,8	+3,8	+4,3	+4,2	+4,7	+5,0	+4,2	+3,4	+2,7	-
Wechselkurs des Euro														
in US-Dollar	Kurs	1,33	1,33	1,11	1,11	1,09	1,10	1,13	1,11	1,13	1,13	1,12	1,11	1,12
	gg. Vj. in %	+3,3	+0,1	-16,5	-16,1	-12,3	-2,2	+2,2	+2,4	+5,2	+1,4	+0,1	+0,7	+0,7
in Yen	Kurs	129,7	140,4	134,3	135,9	132,9	127,0	122,0	125,4	124,3	123,2	118,5	115,3	113,5
	gg. Vj. in %	+26,3	+8,3	-4,3	-1,3	-7,0	-5,3	-9,1	-3,8	-3,6	-8,6	-14,6	-15,1	-17,2
in Pfund-Sterling	Kurs	0,85	0,81	0,73	0,72	0,72	0,77	0,79	0,78	0,79	0,78	0,79	0,84	0,86
	gg. Vj. in %	+4,7	-5,0	-10,0	-9,6	-8,5	+3,6	+9,1	+7,8	+9,9	+7,8	+9,7	+19,0	+19,7
Effektive Wechselkurse des Euro³														
nominal	Index	101,2	101,8	92,3	92,7	92,4	94,1	94,9	94,1	94,8	95,1	94,7	94,9	95,2
	gg. Vj. in %	+3,6	+0,6	-9,3	-8,4	-6,7	+1,2	+4,0	+3,8	+5,7	+3,8	+2,6	+3,9	+2,3
real, auf Basis von Verbraucherpreisen	Index	98,2	97,9	88,4	88,7	88,3	89,5	90,3	89,5	90,1	90,5	90,2	90,3	90,6
	gg. Vj. in %	+3,3	-0,3	-9,7	-8,7	-6,9	+0,4	+3,2	+3,0	+4,7	+3,1	+2,0	+3,3	+1,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft⁴														
25 ausgewählte Industrieländer	Index	98,3	98,5	94,7	94,8	94,5	94,8	95,2	95,0	95,4	95,2	95,0	95,3	95,5
	gg. Vj. in %	+2,5	+0,2	-3,9	-3,6	-3,2	-0,2	+0,8	+0,8	+1,4	+0,6	+0,3	+1,1	+0,7
56 Länder	Index	90,3	91,0	86,3	86,8	86,6	87,4	87,7	87,3	87,6	87,9	87,6	87,4	87,5
	gg. Vj. in %	+2,3	+0,8	-5,1	-4,2	-3,3	+1,0	+2,7	+2,4	+3,6	+2,6	+1,7	+2,1	+0,6

Quellen: HWWI, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

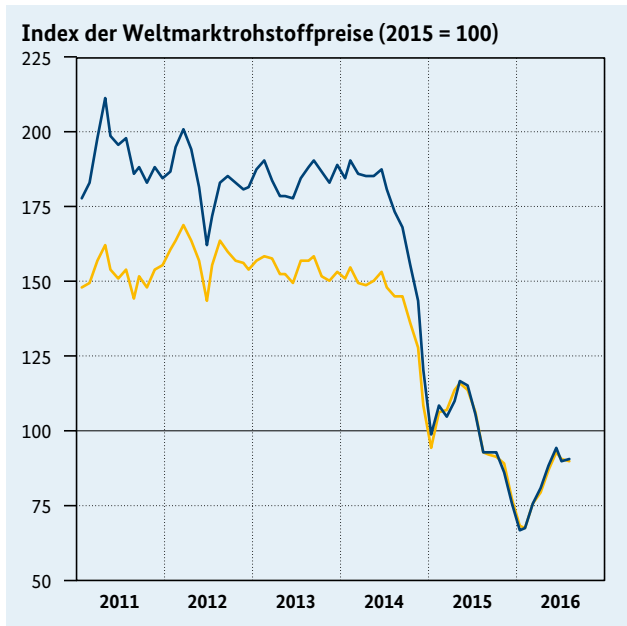
1 HWWI-Index auf US-Dollar-Basis, 2015 = 100;

2 Index 2010 = 100;

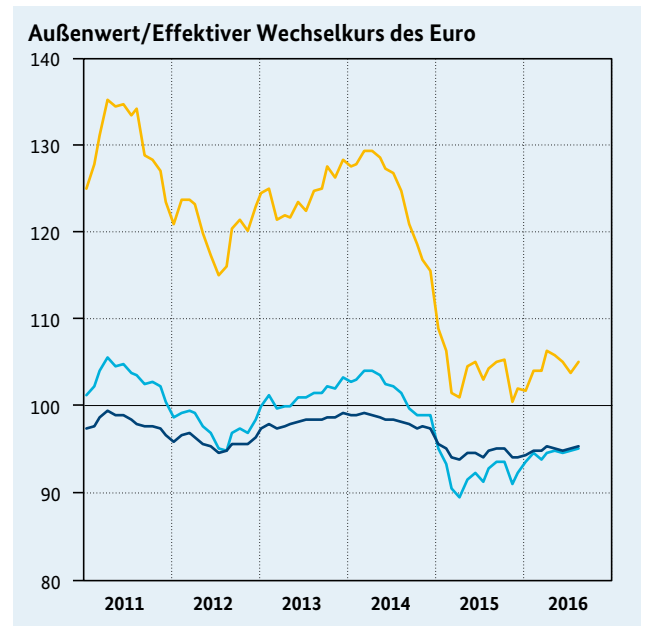
3 Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Die verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 2007 bis 2009 mit den neun nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten sowie Australien, China, Hongkong, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, Singapur, Südkorea, Vereinigte Staaten;

4 Berechnung der Deutschen Bundesbank; auf Basis der Verbraucherpreise.

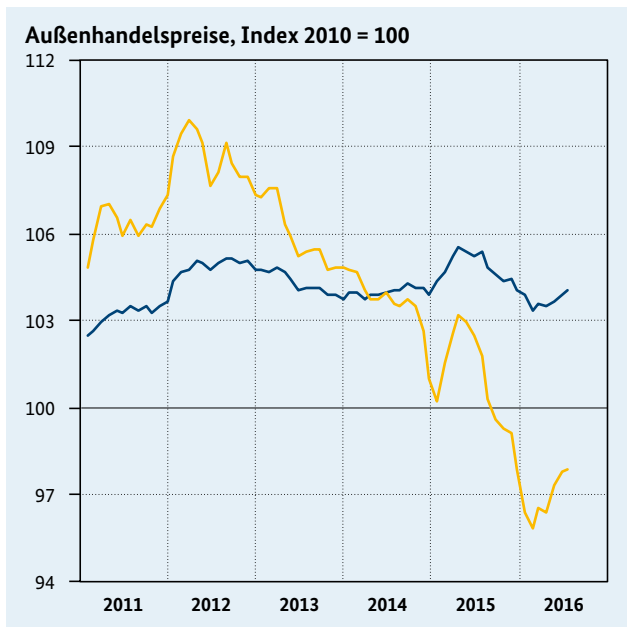
6.4 Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe, Außenhandelspreise, Außenwert des Euro



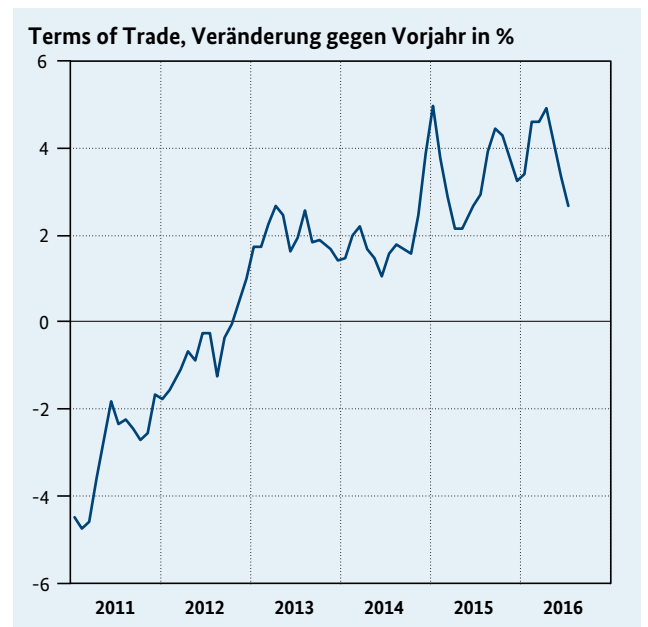
— auf Euro-Basis
— auf US-Dollar-Basis



— Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar; 1999 = 100
— Nominaler effektiver Wechselkurs des Euro ¹;
1. Quartal 1999 = 100
— Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²



— Einfuhrpreise
— Ausfuhrpreise



Quellen: HWWI, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

- 1 Erstes Quartal 1999 = 100; Berechnung der EZB; EWK-19-Gruppe: Durchschnitte der Euro Wechselkurse. Die dabei verwendeten Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen von 1999 bis 2001 mit den Handelspartnern Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Estland, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich sowie Vereinigte Staaten und spiegeln auch Drittmarkteffekte wider;
- 2 Realer effektiver Wechselkurs Deutschlands auf Basis der Verbraucherpreise (25 Industrieländer).

7. Monetäre Entwicklung

7.1 Zinsen, Geldmenge, Kredite, Aktienindizes

					2015		2016		2016						
		2013	2014	2015	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	
Geldmarktsätze, Umlaufrenditen (Monatsdurchschnitte)															
3-Monats Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,12	-0,13	-0,15	-0,20	-0,31	-0,38	-0,31	-0,36	-0,36	-0,37	-0,39	-0,41	
3-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,22	0,21	-0,02	-0,03	-0,09	-0,19	-0,26	-0,23	-0,25	-0,26	-0,27	-0,30	-0,30	
6-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,34	0,31	0,05	0,04	-0,01	-0,10	-0,15	-0,13	-0,14	-0,14	-0,16	-0,19	-0,19	
12-Monats EURIBOR	Zinssatz	0,54	0,48	0,17	0,16	0,09	0,01	-0,02	-0,01	-0,01	-0,01	-0,03	-0,06	-0,05	
Differenz															
3M-EURIBOR ./ 3M-Repo-Satz ¹	Zinssatz	-	0,09	0,11	0,13	0,11	0,13	0,12	0,08	0,11	0,11	0,11	0,10	0,11	
Umlaufrendite															
3-5-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,41	0,22	-0,12	-0,09	-0,19	-0,36	-0,48	-0,43	-0,44	-0,45	-0,54	-0,62	-0,61	
Umlaufrendite															
5-8-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	0,94	0,64	0,13	0,23	0,08	-0,12	-0,27	-0,21	-0,24	-0,23	-0,35	-0,46	-0,45	
Umlaufrendite															
9-10-jähriger Bundesanleihen	Zinssatz	1,57	1,16	0,50	0,66	0,53	0,26	0,08	0,17	0,13	0,13	-0,02	-0,15	-0,13	
Geldmenge															
Wachstum der Geldmenge M1 ²	gg. Vj. in %	7,0	6,0	10,9	11,8	11,2	10,3	9,2	10,1	9,7	9,1	8,7	8,4	-	
Wachstum der Geldmenge M2 ²	gg. Vj. in %	4,0	2,6	5,0	5,2	5,3	5,4	5,0	5,4	5,1	5,0	4,9	4,8	-	
Wachstum der Geldmenge M3 ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,8	5,0	5,0	5,0	4,8	5,0	4,6	4,9	5,0	4,8	-	
Wachstum der Geldmenge M3															
3-Monatsdurchschnitt ²	gg. Vj. in %	2,3	1,9	4,6	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	-	-	
Kredite															
an den privaten Sektor im Euroraum ³	gg. Vj. in %	-0,9	-2,0	+0,4	+0,8	+0,8	+1,0	+1,3	+1,0	+1,2	+1,3	+1,5	+1,3	-	
Buchkredite im Euroraum	gg. Vj. in %	-1,2	-1,6	+0,6	+0,8	+0,8	+1,0	+1,1	+1,0	+1,1	+1,1	+1,1	+1,2	-	
an den privaten Sektor in Deutschland ²	gg. Vj. in %	+0,6	+1,0	+2,5	+2,8	+2,7	+2,4	+2,9	+2,4	+2,8	+3,0	+2,9	+2,4	-	
Buchkredite in Deutschland	gg. Vj. in %	+0,6	+0,8	+2,1	+2,2	+2,5	+2,6	+3,1	+2,8	+3,2	+3,2	+2,9	+3,1	-	
Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in D. ³	gg. Vj. in %	-0,7	-0,2	-0,6	-0,9	+0,1	+1,6	+2,2	+1,8	+2,7	+2,4	+1,7	+1,7	-	
Laufzeit bis 1 Jahr	gg. Vj. in %	-4,5	-2,9	-0,8	-0,9	-1,6	+0,5	+2,0	+2,2	+3,9	+3,1	-1,1	+0,2	-	
Laufzeit über 1 Jahr bis 5 Jahre	gg. Vj. in %	-1,2	+1,1	-1,5	-3,0	-1,6	+0,4	+1,8	+0,3	+2,4	+0,6	+2,4	+2,8	-	
Laufzeit über 5 Jahre	gg. Vj. in %	+0,3	+0,3	-0,4	-0,4	+0,8	+2,2	+2,4	+1,9	+2,4	+2,6	+2,2	+1,9	-	
Buchkredite an private Haushalte in Deutschland ³	gg. Vj. in %	+1,0	+1,2	+2,1	+2,3	+2,6	+2,8	+2,9	+2,8	+2,9	+2,9	+3,0	+3,0	-	
darunter:															
Wohnungsbaukredite	gg. Vj. in %	+2,3	+2,2	+3,4	+3,6	+3,6	+3,5	+3,7	+3,6	+3,8	+3,6	+3,8	+3,7	-	
Aktienmärkte (Monatsdurchschnitte)															
Deutscher Aktienindex (DAX 30) ⁴	Index	8307	9537	10969	10686	10630	9674	9963	9859	10023	10008	9859	9961	10530	
	gg. Vp. in %	+21,1	+14,8	+15,0	-7,9	-0,5	-9,0	+3,0	+6,1	+1,7	-0,2	-1,5	+1,0	+5,7	
Dow Jones Euro Stoxx (50) ⁵	Index	2793	3145	3445	3385	3335	2977	2975	3028	3031	2984	2911	2919	2993	
	gg. Vp. in %	+15,6	+12,6	+9,5	-6,6	-1,5	-10,7	-0,1	+5,8	+0,1	-1,6	-2,4	+0,3	+2,5	
Standard & Poor's 500 ⁵	Index	1642	1931	2061	2026	2053	1949	2076	2023	2076	2067	2084	2147	2177	
	gg. Vp. in %	+19,1	+17,6	+6,7	-3,6	+1,4	-5,1	+6,5	+6,3	+2,6	-0,4	+0,8	+3,0	+1,4	
Nikkei 225 ⁵	Index	13540	15475	19166	19422	19037	16870	16389	16890	16549	16549	16069	16184	16593	
	gg. Vp. in %	+48,6	+14,3	+23,8	-3,0	-2,0	-11,4	-2,9	+3,5	-2,0	0	-2,9	+0,7	+2,5	

Quellen: STOXX, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank, Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company

1 STOXX GC Pooling Index, 3 Monate

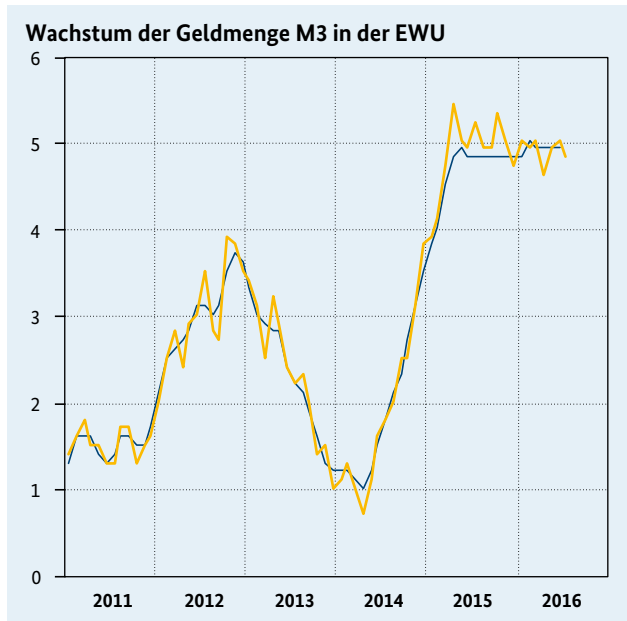
2 Saisonbereinigt, Verfahren Census X-12-ARIMA;

3 Ursprungszahlen;

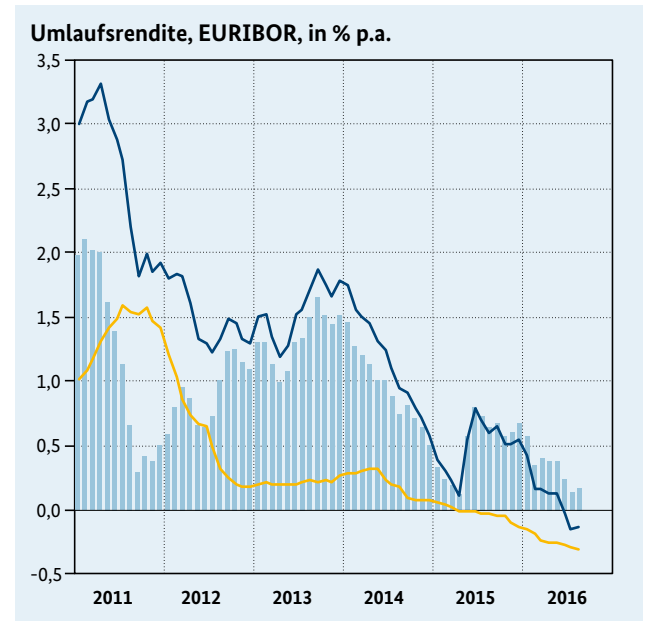
4 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

5 Kurs- bzw. Preisindex.

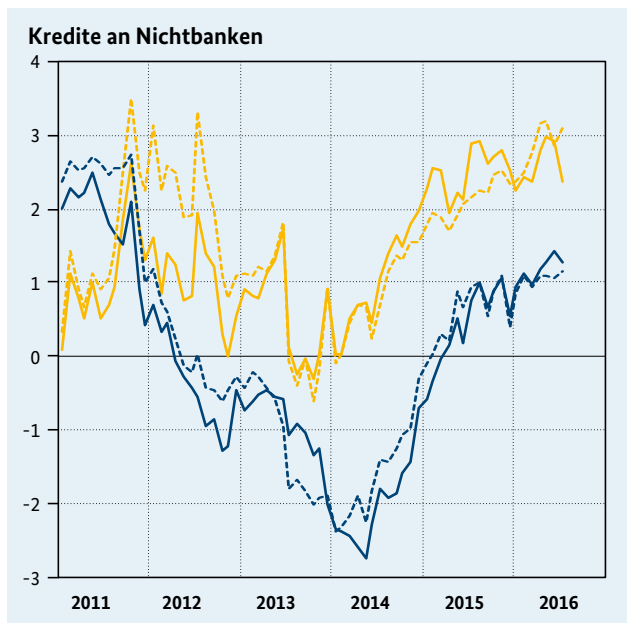
7.2 Monetäre Entwicklung und Zinsstruktur



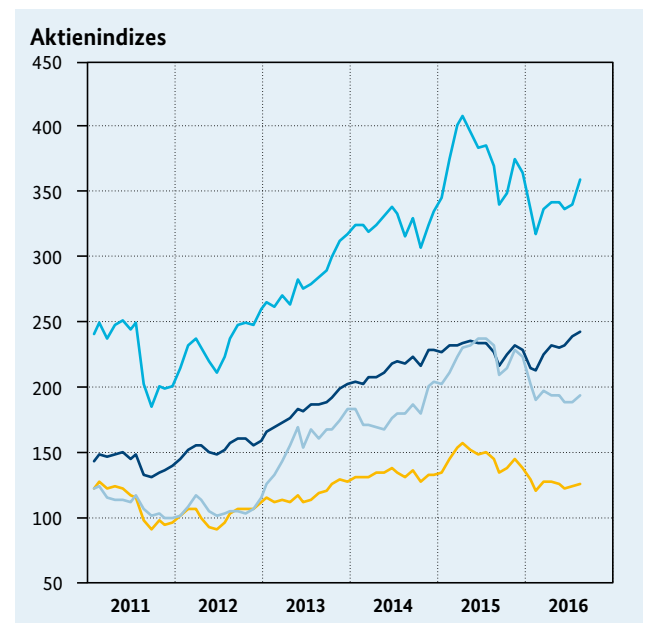
saisonbereinigt, Veränderung gegen Vorjahr in %¹
 — monatlich
 — gleitender 3-Monatsdurchschnitt



— EURIBOR 3-Monatsgeld²
 — Bundesanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit²
 ■ Differenz: Bundesanleihen – EURIBOR



Veränderung gegen Vorjahr in %
 — Deutschland
 — EWU
 - - - Buchkredite Deutschland
 - - - Buchkredite EWU



Monatsdurchschnitte, Januar 2003 = 100
 — DAX 30³
 — Dow Jones Euro Stoxx (50)⁴
 — Standard & Poor's 500⁴
 — Nikkei 225⁴

Quelle: Deutsche Bundesbank.

1 Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA;

2 Monatsdurchschnitte;

3 Performanceindex (mit Bereinigung um Dividendenzahlungen und Kapitalveränderungen);

4 Kurs- bzw. Preisindex.

Erläuterungen zur Konjunkturanalyse

Die Resultate der gesamtwirtschaftlichen Aktivitäten einer Volkswirtschaft finden ihren zusammenfassenden Ausdruck in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). Die konjunkturelle Entwicklung wird daher am umfassendsten in den makroökonomischen Aggregaten der VGR widergespiegelt. Ein wesentlicher Nachteil der VGR-Daten ist es jedoch, dass sie erst vergleichsweise spät vorliegen. In der Regel sind vorläufige Daten aus dem abgelaufenen Quartal erst 6–8 Wochen, endgültige Daten oft erst Jahre später verfügbar. Daher kann auf die VGR-Ergebnisse für die Beobachtung und Analyse der Konjunktur am aktuellen Rand nur in sehr beschränktem Maße zurückgegriffen werden.

Ziel der Konjunkturanalyse ist es, auf Basis der aktuellen Konjunkturindikatoren Aussagen über die tatsächlichen konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaft zu machen. Aus der Konjunkturanalyse sollen außerdem soweit wie möglich auch fundierte Aussagen über künftige Entwicklungen abgeleitet werden. Diese Untersuchungen können nur auf der Grundlage möglichst aktueller statistischer Daten und hierauf basierender Indikatoren erfolgen. Deshalb greift die Konjunkturbeobachtung auf bestimmte Indikatoren als Näherungsgrößen für später zu erwartende VGR-Ergebnisse zurück. Die beobachteten Indikatoren decken dabei für die konjunkturelle Entwicklung wichtige Einzelatbestände und Teilbereiche der Gesamtwirtschaft ab und lassen sich wie folgt kategorisieren:

- ▶ Indikatoren, deren statistische Datenbasis Wertgrößen sind (Produktion, Auftragseingang, Außenhandel, Einzelhandelsumsätze, Geldmenge usw.)
- ▶ Indikatoren auf Basis von Personenzahlen und physischer Größen (Baugenehmigungen, Erwerbstätige, offene Stellen usw.)
- ▶ Indikatoren auf der Grundlage von Umfrageergebnissen (ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima usw.)

Obleich weniger aktuell, sind die Ergebnisse der VGR für die Konjunkturbeobachtung unentbehrlich, da nur sie einen exakten quantitativen Einblick in die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erlauben. Neben der Beobachtung der

konjunkturellen Entwicklung am aktuellen Rand auf der Grundlage von Einzelindikatoren werden im Quartals- und Halbjahresturnus daher auch die jeweils neuesten Ergebnisse der VGR in die Betrachtung einbezogen.

In Bezug auf ihre Aktualität lassen sich die Indikatoren in so genannte vorlaufende Indikatoren (z. B. ifo Konjunkturtest, GfK-Konsumklima, Auftragseingänge, Baugenehmigungen), gleichlaufende (Produktion, Umsätze) und nachlaufende Indikatoren (Erwerbstätige, Arbeitslose) einteilen.

Konjunkturelle Bewegungen unterscheiden sich sowohl in ihrer zeitlichen Abfolge als auch in ihrer Intensität in den einzelnen Bereichen und Zweigen der Wirtschaft. Die einzelnen Indikatoren werden daher nach ökonomischen Teilbereichen der Gesamtwirtschaft (z. B. Gewerbliche Wirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Handel) bis auf die Ebene einzelner Wirtschaftszweige disaggregiert und gesondert betrachtet.

Der sich in den Indikatoren auf der Grundlage der Ursprungswerte (= originäre statistische Daten) ausdrückende konjunkturelle Verlauf wird von saisonalen Schwankungen und irregulären bzw. kalendarischen Einflüssen (Arbeitstage, Ferien u. ä.) überlagert. Indikatoren, die auf Wertgrößen basieren, können bei Veränderungen des Preisniveaus die Analyse der realwirtschaftlichen Aktivitäten zusätzlich erschweren. Durch verschiedene Bereinigungsverfahren können die genannten Einflüsse aber quantifiziert und weitgehend neutralisiert werden. Dies ermöglicht eine Betrachtung der durch realwirtschaftliche Aktivitäten bedingten konjunkturellen Entwicklung im engeren Sinne.

Der überwiegende Teil der im Monatsbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur wirtschaftlichen Lage beobachteten Konjunkturindikatoren wird auf Basis der Ursprungswerte arbeitstäglich bereinigt und saisonbereinigt analysiert. Die auf Wertgrößen basierenden Indikatoren werden dabei so weit als möglich in nominaler (d. h. nicht preisbereinigter) und realer (d. h. preisbereinigter) Form zugrunde gelegt. Die Saisonbereinigung der aktuellen Konjunkturindikatoren einschließlich der VGR und der Erwerbstätigenreihen erfolgt in der Regel nach dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Die Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland umfasst die üblichen Konjunkturindikatoren aus der VGR, Produzierendem Gewerbe, Binnen- und Außenhandel, Arbeitsmarkt, Preisentwicklung und einige wichtige monetäre Indikatoren. Daneben werden Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest (Geschäftsklima) und einige weitere wichtige, aus Umfragen gewonnene Indikatoren berücksichtigt. Im internationalen Vergleich werden die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Leistungsbilanz, der Arbeitslosigkeit und der Verbraucherpreise ausgewiesen.

Ansprechpartner im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:

Dr. David Büttner und Dr. Kai Hielscher
(Investitionen und stabile Staatsfinanzen – kein Widerspruch)

Dr. Malte Rosenberg
(Von Bitcoin zum Smart Contract)

Ruth Lochte
(Studie „Innovativer Mittelstand 2025 – Herausforderungen, Trends und Handlungsempfehlungen für Wirtschaft und Politik“)

Referat IC 1 Beobachtung, Analyse und Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschaftliche Lage)

Fragen und Anregungen können Sie gerne an sdw@bmwi.bund.de richten.

Verzeichnis der Fachartikel der letzten 12 Ausgaben

Ausgabe	Fachartikel
Oktober 2015	<p>Wachstumsdynamik und „Kleinteiligkeit“ der ostdeutschen Wirtschaft Stärkung der Berufsaufsicht über die Wirtschaftsprüfer Ein Jahr Digitale Agenda 2014 – 2017</p>
November 2015	<p>Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2015 Gemeinsam die Industrie stärken Die Bundesregierung zieht Bilanz: 25 Jahre Deutsche Einheit Kernenergie-Rückstellungen: Unternehmen sind in der Lage, die Verpflichtungen des Kernenergieausstiegs zu tragen Die Zukunft des Mittelstands ist digital: „Mittelstand-Digital“ unterstützt Unternehmen Genossenschaften – modern und zeitgemäß?!</p>
Dezember 2015	<p>Mindestlohn: Bisher keine Nebenwirkungen! Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Die Europäische Investitionsinitiative – eine Chance auch für kleine und mittlere Unternehmen Netze neu nutzen – Strategie und Initiative Intelligente Vernetzung Technologiespezifische versus technologieoffene Forschungsförderung: Warum beides wichtig ist</p>
Januar 2016	<p>Energieeffizienzstrategie Gebäude Fünf Schaufenster für die intelligente Energieversorgung der Zukunft Modelle für das Energiesystem der Zukunft 9. Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin: Digitalisierung und Vernetzung weiter ausbauen Keine Beschäftigungsverluste durch Digitalisierung</p>
Februar 2016	<p>Der Jahreswirtschaftsbericht 2016: Zukunftsfähigkeit sichern – Die Chancen des digitalen Wandels nutzen Das Klimaschutzabkommen von Paris Ladestationen für Elektroautos – einfach, sicher, bedarfsgerecht Einigung auf der 10. WTO-Ministerkonferenz</p>
März 2016	<p>Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss in der Kritik Startschuss für eine Modernisierungsoffensive im Gebäudebereich: das neue Anreizprogramm Energieeffizienz Forschungsprojekt PEGASUS</p>
April 2016	<p>Das Urheberrecht in der digitalisierten Welt Neuer Rechtsrahmen für die Digitalisierung der Energiewende auf dem Weg eBusiness-Standards – Schlüssel zur Digitalisierung Digitalisierung als Chance begreifen</p>
Mai 2016	<p>Frühjahrsprojektion der Bundesregierung – Stetiges Wachstum dank solider binnenwirtschaftlicher Auftriebskräfte Das Nationale Reformprogramm 2016 Soziales Unternehmertum heute – Unternehmerische Tätigkeit und soziales Engagement verbinden Smarte Netze ermöglichen effizienteren und umweltfreundlicheren Transport Forschungsinitiative UR:BAN – Innovative Fahrerassistenz- und Informationssysteme für die Stadt</p>

Ausgabe	Fachartikel
Juni 2016	Die Reform des Vergaberechts 2016 Gesundheitswirtschaft: Gesamtdeutscher Wachstumsmotor Bleiben oder Nicht-Bleiben – das ist hier die Frage: Das EU-Referendum im Vereinigten Königreich Wettbewerbliche Ausschreibungen für Stromeffizienz am Start Potenziale für die Wirtschaft: Über den Nutzen von offenen (Geo-)Daten
Juli 2016	Grünes Licht für zügigen Netzausbau 25 Jahre Sanierung der Uranerzbergbau-Gebiete in Sachsen und Thüringen Branchendialog mit der chemischen Industrie
August 2016	Datenschutz für das Digitale Zeitalter – Die EU-Datenschutz-Grundverordnung Abschluss des Europäischen Semesters 2016: Rat der Europäischen Union nimmt neue länderspezifische Empfehlungen an Deutschlands neue Aufsicht über Abschlussprüfer Weiterentwicklung der Garantieinstrumente des Bundes zur Außenwirtschaftsförderung
September 2016	Mit gebündelter Kraft auf in neue Märkte Einbindung aufstrebender Exportnationen in internationale Regeln zur Exportfinanzierung Für ein umfassendes, integriertes Konzept der Regionalpolitik ab 2020



Alle Ausgaben der Schlaglichter der Wirtschaftspolitik
finden Sie im Internet unter
<http://www.bmwi.de/DE/Mediathek/monatsbericht>
